

Auslandsbau

Was ist Auslandsbau? / Historische Datenbank zu Bauprojekten außerhalb Europas /
Deutsche Baufirmen in Buenos Aires / Stadtplanung: digitalisiert und globalisiert /
Forschen im und mit dem „Globalen Süden“ / Kann Deutschland globale Kooperation? /
Erzabbau in Liberia / DDR-Bauprojekte in Kuba / Mobile Architekturen der Sowjetunion

No 101 | April 2024



IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung



4	Medienspiegel
6	Auslandsbau ausgepackt
12	Der deutsche Auslandsbau in Daten
16	Buenos Aires: Made in Germany? 
22	Im Gespräch: Kerstin Brückweh, Monika Motylińska und Kai Drewes
28	Digitalisierte Stadtplanung: Ein neues Nord-Süd-Gefälle?
32	Forschen auf Augenhöhe
34	Position: Wer aus dem Raster fällt
36	Eine Reise in die Geschichte der Bong Mining Company 
42	Bauprojekte der DDR in Kuba 
46	Überlegungen zu provisorischer Architektur in der Sowjetunion

NACHRICHTEN

11	KOMMENDE VERANSTALTUNGEN
49	INSTITUTSNACHRICHTEN Bund und Länder investieren: Sanierung des IRS-Gebäudes gesichert
50	Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ mit neuer Leitung Sicherung und Übernahme des Nachlasses von Fritz Kühn
51	IRS präsentiert neues Onlineportal „Stadt-Raum-Geschichte.de“ MdB Mathias Papendieck zweimal zu Besuch am IRS
52	Journalist in Residence: „Viele Anregungen mitgenommen“ Die Bibliothek des IRS erhält den Open Library Badge
53	FORSCHUNG
56	ALUMNI-INTERVIEW MIT TOBIAS FEDERWISCH
58	PUBLIKATIONEN
62	VERANSTALTUNGEN
65	PERSONALIEN
70	KONTAKTE
71	IMPRESSUM

Liebe Leserinnen und Leser von IRS aktuell,

das Jahr 2024 nimmt Fahrt auf und die Herausforderungen könnten nicht größer sein. Unter dem Druck der nun schon sprichwörtlichen Polykrise findet sich die Welt in einem Superwahljahr. Etwa 3,6 Milliarden Menschen, knapp die Hälfte der Weltbevölkerung, sind 2024 zum Wählen aufgerufen, so viele wie noch nie zuvor. Einige dieser Wahlen werden spürbare Konsequenzen für uns haben. Im Sommer steht die Wahl zum Europaparlament an, im Herbst folgen dann Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Wir sehen der Möglichkeit ins Auge, dass es noch sehr viel schwieriger wird, faktenbasiert über wichtige Themen zu sprechen. Wir am IRS werden diesen Dialog nichtdestotrotz weiterhin führen. Das IRS hat sich der Erklärung der Leibniz-Gemeinschaft „Für Demokratie und Menschenwürde“ angeschlossen und solidarisiert sich mit denen, die gegen Rechts-extremismus auf die Straße gehen.

Das IRS hat in jüngerer Zeit wiederum viel Unterstützung erfahren. Am 14. Februar verkündeten Bundesbauministerin Klara Geywitz und die brandenburgische Wissenschaftsministerin Manja Schüle im Rahmen eines gemeinsamen Besuchs in Erkner, dass dem IRS 15 Millionen Euro für die dringend benötigte Sanierung unseres Hauptgebäudes zur Verfügung gestellt werden. In den Monaten davor hatten wir wiederholt Besuch von unserem Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Matthias Papendieck, der sich in beeindruckender Weise für uns einsetzte. Wir sind dankbar für die Wertschätzung, die wir erfahren.

Sie, liebe Leser*innen, halten die zweite Ausgabe unseres Magazins im neuen Layout in Händen, und möglicherweise fällt Ihnen auf, dass das Heft etwas an Gewicht zugelegt hat. Es gibt viel zu erzählen. Seit Oktober 2023 steht der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ unter neuer Leitung. Gemeinsam mit der Europa-Universität Viadrina wurde die Historikerin Kerstin Brückweh auf die Leitungsposition berufen. In einem ausführlichen Interview äußert sie auch ihre Gedanken zur künftigen Weiterentwicklung des Schwerpunktes. Im Zentrum dieser Ausgabe steht jedoch die Arbeit der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“, die unter der Leitung von Monika Motylińska seit 2020 die globalen Aktivitäten deutscher Bauunternehmen im 20. Jahrhundert erforscht. Was sie herausfand? „Made in Germany“ ist und war ein wirksamer Marketing-Slogan. Doch in Wahrheit landeten die deutschen Auslandsbauer mit ihrer postkolonialen Attitüde oftmals unsanft auf einem harten Boden lokaler Tatsachen.

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Oliver Ibert

Direktor des IRS





29.08.2023

CoWorking und Homeoffice: Chance für ländliche Regionen?

Homeoffice hat sich etabliert in Deutschland. CoWorking steht dagegen erst am Anfang. Beides könnte strukturschwache Gegenden wiederbeleben. [...] „Seit den 2000er Jahren hat sich viel weiterentwickelt in den Städten. Die CoWorking Spaces sind sehr viel größer, vieles wird sehr viel stärker unternehmerisch genutzt“, sagt Suntje Schmidt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung. Und: „Diesen experimentellen Charakter, den man früher in den Großstädten gesehen hat, finden wir jetzt eher in ländlichen Regionen“.



13.10.2023

Neues Online-Archiv zur DDR-Baugeschichte

Das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung hat vor kurzem das Portal Stadt-Raum-Geschichte.de eröffnet, das die Architekturgeschichte der DDR erfassen und systematisieren soll. Der Sammlungsleiter ist der Historiker Kai Drewes. [...] „Das neue Portal [...] dient der Präsentation unserer Schätze im Archiv, aber auch von Forschungsergebnissen, denn bei uns im Institut sind Forschung, Archiv und Vermittlungsarbeit sehr eng miteinander verbunden“.



16.11.2023

Der große Umbau

Wolfgang Haupt erforscht am Leibniz-Institut in Erkner die Widerstandskraft deutscher Städte bei Extremwetter. In den Kommunen passiert schon einiges, beobachtet er. „Aber oft denken die Ämter vor allem an die eigenen Aufgaben und nicht an Querschnittsaufgaben wie die Klimaanpassung. Das ist alles oft noch sehr hierarchisch“. Das liege auch daran, dass Klimaanpassung zwar vom Bund durchaus gefördert werde, aber bislang keine kommunale Pflichtaufgabe sei wie Müllentsorgung.

TAGESSPIEGEL

29.11.2023

Nachhaltige Entwicklung: Wie wird Potsdam eine klimaneutrale Stadt, Frau Kern?

Die erfolgreiche Umsetzung der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende in einer sozialen Stadt setzt jedoch eine übergreifende Strategie voraus, welche die Voraussetzungen dafür schafft, die bereits vorhandenen Strategien zu integrieren und besser aufeinander abzustimmen. Dies betrifft insbesondere Strategien zu Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Digitalisierung und Wohnungspolitik, die ansonsten relativ unverbunden nebeneinander stehen.

22.12.2023

Als Geywitz bei Lanz spricht, wird klar: Wohnungskrise ist härter als gedacht

Während sich die Bauministerin immer wieder an der Zahl „400.000“ festzubeißen schien, warnte Politologe Matthias Bernt davor, nur auf die Baufertigstellungszahlen zu schauen. Laut des Experten sei das eigentliche Problem der Rückgang an Sozialwohnungen. Laut Bernt gebe es mittlerweile nur eine Million Sozialwohnungen – bei einem Anspruch von 11 Millionen. „Wir müssen wirklich gucken, in welchem System wir feststecken und wo wir einen Systemwechsel hinkriegen“, mahnte der Politologe.

14.02.2024

Leibniz-Institut in Erkner bekommt 15 Millionen Euro

Das sanierungsbedürftige Gebäude des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner kann von 2025 an für 15 Millionen Euro instand gesetzt werden. Das teilte das Bundesbauministerium am Mittwoch anlässlich eines Besuchs von Ministerin Klara Geywitz (SPD) in Erkner mit. Das Dach des historischen Institutsgebäudes ist kaputt, auch Wasserleitungen müssen saniert und die Wärmeversorgung auf den neusten Stand gebracht werden, wie es hieß. Die Finanzierung der Sanierungsarbeiten übernehmen der Bund und das Land Brandenburg je zur Hälfte. Die Arbeiten sollen von 2025 bis 2027 erfolgen.

22.02.2024

Ein Hauch von Gallien

Der rote Teppich, den Brandenburgs Landesregierung Tesla ausgerollt hat, hat einen Preis, wie der Sozialforscher Manfred Kühn vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner unweit von Grünheide sagt. Wenn Großprojekte im Eiltempo durchgezogen werden, kommt es zu Kollateralschäden. So könne das Vertrauen in die Demokratie gefährdet werden, da die Ergebnisoffenheit von Verwaltungsverfahren angezweifelt wird, hat der Forscher festgestellt. „Das Vorgehen im Fall Tesla – besonders die vorzeitigen Zulassungen – wird nicht zur Nachahmung empfohlen“, stellte Kühn in seiner Studie fest.

Auslandsbau ausgepackt

Geschmückt mit dem Gütesiegel „Made in Germany“ haben Bauunternehmen während des gesamten 20. Jahrhunderts die Globalisierung des Bauens vorangetrieben und davon profitiert. Diese Geschichte ist in der wissenschaftlichen Forschung weitgehend unbeachtet geblieben. Wenn wir verstehen wollen, wie verschiedene Machtstrukturen die gebaute Umwelt geprägt haben, verdient das Phänomen des Auslandsbaus mit seinen eigenen Logiken, Strategien und blinden Flecken eine genauere Betrachtung. Das Drittmittelprojekt „Conquering (with) Concrete“ gab einem Team am IRS die Möglichkeit, eine wenig beachtete Gruppe von Akteuren zu beleuchten: global operierende Baufirmen. Aus diesem ersten Projekt ist eine Reihe weiterer Forschungsaktivitäten entstanden, die das Spektrum der Forschung zur Geschichte der gebauten Umwelt am IRS erweitern.

Text von
Dr. Monika Motylińska

Made in Germany – in Abidjan?

Auf dem Weg zu einem Projektworkshop entdeckte ich beim Betreten eines Aufzugs in einem der Business-Hotels in Abidjan – der Wirtschaftshauptstadt der Elfenbeinküste und einem der wichtigsten Finanzzentren Westafrikas – ein Schild mit der stolzen Aufschrift „Since 1880 Germany“. Der Hinweis kam vom Hersteller des Aufzugs, Glarie, einem chinesischen Unternehmen aus Suzhou. Unterfüttert wird dieser Claim nur durch nicht nachprüfbare Aussagen auf der Unternehmenswebsite, die in mutigem Englisch behauptet: „With German noble demeanor, we build legendary artistic quality“, und die im weiteren Verlauf auch auf Schloss Neuschwanstein Bezug nimmt. Der Name des Unternehmens taucht allerdings in keiner der bisher von uns ausgewerteten historischen Quellen auf. Dieser Verweis auf Qualität und Vertrauenswürdigkeit in Verbindung mit „Germanness“ mag rätselhaft erscheinen. Doch wie unsere Recherchen in den letzten fünf Jahren gezeigt haben, ist daran nichts zufällig. Überall auf der Welt finden wir Spuren der tatsächlichen oder vermeintlichen Präsenz deutscher Akteure, sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit, seit dem späten 19. Jahrhundert.

Diese Beobachtung der Prävalenz des Labels „Made in Germany“ in der gebauten Umwelt war der Ausgangspunkt für das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Conquering (with) Concrete. German Construction Companies as Global Players in Local Contexts“, das von der VolkswagenStiftung im Rahmen eines Freigeist-Fellowships gefördert und vom IRS kofinanziert wird. Das Projekt läuft von Januar 2020 bis Dezember 2024, eine Verlängerung ist geplant. Wir kombinieren theoretische

Ansätze und Methoden aus der Architektur-, Stadt- und Globalgeschichte, der Wirtschaftsgeographie wie auch der Sozialanthropologie und nutzen den Blick auf deutsche Bauunternehmen als Prisma, um die lokalen Auswirkungen des globalen Bauens in verschiedenen zeitlichen und räumlichen Kontexten zu untersuchen.

Diese Forschung zielt darauf ab, einige der wichtigsten Machtstrukturen und eingefahrenen Paradigmen in der Geschichte der gebauten Umwelt aufzudecken – und damit zu verstehen, wie unsere Straßen, Häfen und Krankenhäuser letztlich entstanden sind. Zu den offensichtlichen Rätseln, vor denen wir stehen, gehört die Frage, wie es zu einer Welt kommen konnte, in der das Bauen mit Beton die (fast) unbestrittene globale Norm ist, trotz des Wissens um seine dramatischen ökologischen und sozialen Kosten. Derzeit schließen drei Promovierende ihre Dissertationen im Rahmen oder in enger Abstimmung mit diesem Projekt ab: Die Stellen von María Jeldes und Paul Sprute werden durch das Freigeist-Fellowship finanziert. Juliane Richter ist an der Bauhaus-Universität Weimar beschäftigt, aber mit unserer Forschungsgruppe assoziiert.

Vom Architekturexport zum Auslandsbau

Der Begriff des Auslandsbaus markiert für uns eine Abkehr von einem Begriff, der in der historischen Forschung am IRS bisher verwendet wurde, nämlich dem des Architekturexports. Diese Forschung hatte die Aktivitäten von Planern, Ingenieurinnen und Architekten hervorgehoben, die am Transfer architektonischer Entwürfe und Bautechnologien aus Deutschland (insbesondere der DDR) in andere Länder, oft im „Globalen Süden“, beteiligt waren. Wir erweitern diese Perspektive

um mehrere Dimensionen: die vielfältigen Organisationen und Netzwerke, die am Bau beteiligt sind, die Rolle der Baumaterialien – ihre Eigenschaften, Stärken und Grenzen, ihren Fußabdruck in Form von Materialströmen und Infrastrukturanlagen –, den Einfluss lokaler Bedingungen wie Klima und Boden, die Handlungsfähigkeit, die Interessen und das Wissen der Akteure in den Zielländern, die Auswirkungen von Großereignissen wie Krisen und Kriegen sowie die langfristigen Hinterlassenschaften von Bauprojekten. Zusammengenommen ergibt sich ein verwirrenderes und zerklüfteteres Bild als die recht klare Vorstellung vom Architekturexport.

Das Phänomen, dass Baufirmen und Zulieferer wie Material- und Maschinenlieferanten über ihre Herkunftsländer hinaus tätig werden, ist keineswegs typisch deutsch. Es entstand um 1880, parallel zur Industrialisierung der Bauwirtschaft, mit der wirtschaftlichen und politischen Expansion von Akteuren aus dem „Globalen Norden“ (mehr zu dieser Terminologie auf Seite 31), die mit den aktuellen oder aufstrebenden Imperialmächten wie Großbritannien, Frankreich, den USA und eben Deutschland verbunden waren. Zement, Eisen und Holz sowie Verarbeitungsmaschinen, Arbeitskräfte und technisches Wissen waren die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung imperialer Infrastrukturen wie etwa von Eisenbahnprojekten. Koloniale Expansion und Bauwesen waren eng miteinander verwoben. Dabei war die Handlungsfähigkeit der Wirtschaftsakteure nicht durch politische oder sprachliche Grenzen limitiert. Sie folgten ihrer eigenen Agenda der „Eroberung mit Beton“ (und anderen Materialien).

In dieser Hinsicht sind deutsche Unternehmen ein besonders geeigneter Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Netzwerke und Auswirkungen der globalen Bauwirtschaft. Durch den Verlust der deutschen Kolonien als Hauptabsatzmarkt außerhalb Europas nach dem Ersten Weltkrieg waren Firmen wie die Grün & Bilfinger AG oder die Philipp Holzmann AG gezwungen, ihre Strategien anzupassen und Kunden und Auftraggeber anderswo zu suchen. Die Verbindungen zur deutschen Diaspora in Südamerika und die frühen Erfahrungen in Ländern wie Chile, Brasilien und vor allem Argentinien erwiesen sich in der Zwischenkriegszeit als Vorteil. Wie wir herausgefunden haben, ist es keine Übertreibung zu sagen, dass die Hälfte von Buenos Aires in den 1920er- und 1930er-Jahren von deutschen Unternehmen gebaut wurde. Dies wird von María Jeldes in ihrem Beitrag zu dieser Ausgabe erörtert.

(Un-)erwartete Orte

Bei der Beschäftigung mit Bauunternehmen machten wir unerwartete Entdeckungen. Die spannendsten von ihnen waren nur dank der umfangreichen Datenbank

möglich, die wir in einem anderen Artikel in dieser Ausgabe vorstellen. Dieses von uns von Grund auf neu entwickelte Instrument ermöglicht die Analyse von zeitlichen Überschneidungen und komplexen Netzwerken – was für die Identifizierung von Großprojekten, die von privaten Unternehmen außerhalb staatlicher Institutionen durchgeführt werden, von entscheidender Bedeutung ist. Hätten wir nur die in den Beständen der Staatsarchive auffindbaren Projekte verfolgt, etwa die im Rahmen von Entwicklungshilfe, wären wir nie auf die größte Einzelinvestition eines Konsortiums deutscher Firmen außerhalb Europas im 20. Jahrhundert gestoßen: nämlich das Eisenerzabbau-Projekt der Bong Mining Company in Liberia. Paul Sprute stellt in seinem Fotoessay dieses Projekt mit neokolonialen Spuren dar.

Die kartografischen Visualisierungen haben sich auch als hilfreich erwiesen, um die Brennpunkte des Engagements deutscher Bauunternehmen zu identifizieren – wie Nigeria, wo Julius Berger, angefangen mit seinem ersten Projekt, der Second Mainland Bridge in Lagos Mitte der 1960er-Jahre, zum größten Bauunternehmen des Landes wurde. Aber auch andere unerwartete Standorte deutscher Bauunternehmen wurden sichtbar. Bemerkenswerterweise wurde das größte Krankenhaus in Subsahara-Afrika in den 1970er-Jahren von der HOCHTIEF AG in Johannesburg gebaut, trotz der Sanktionen gegen das Apartheidsregime in Südafrika. Dies ist eines der Projekte, die ich in meiner kumulativen Habilitation an der Bauhaus-Universität in Weimar analysiere.

Doch der Auslandsbau war nie nur ein kapitalistisches Phänomen. Auch die DDR war an internationalen Bauprojekten beteiligt, vor allem im Kontext des globalen Sozialismus. Hier können wir an unsere frühere Forschung zum Architekturexport anknüpfen und diese erweitern. Juliane Richter erörtert in ihrem Beitrag, wie sich die Kooperationen und Auseinandersetzungen zwischen Akteuren aus dem Ostblock auf den Baustellen in Kuba überschneiden.

Konfrontation mit dem Risiko

Das Bauen in Übersee galt als äußerst anspruchsvoll und riskant – es konnte zum Scheitern, zum Verlust von Kapital, Maschinen oder Leben führen. Ob in deutschen Quellen über den Eisenbahnbau in Tansania aus der Kolonialzeit, in Handbüchern über den Auslandsbau aus der Zeit des Baubooms der späten 1960er-Jahre oder in der jüngeren Diskussion in bautechnischen Fachmedien: Die Überzeugung, dass Bauen im Ausland eine Reihe spezifischer Fähigkeiten wie Einfallsreichtum, exzellente Organisation und eine maskulin konnotierte Abenteuerlust erfordert, zieht sich durch den Diskurs. All dies wird als notwendig erach-



tet, um der Gefahr von Tropenkrankheiten, Missverständnissen oder – wie von den deutschen Akteuren häufig unterstellt – mangelnder Qualifikation der einheimischen Arbeitskräfte zu begegnen.

Unsere Untersuchung von Archivquellen, die Sammlung mündlicher Überlieferungen und Ortsbegehungen in den Schwerpunktregionen des Projekts tragen jedoch dazu bei, dieses Bild zu nuancieren. Wir konnten beobachten, wie unvorbereitet die deutschen Akteure auf das waren, was sie vorfanden; wie sie durch ihre eigenen Vorurteile und Annahmen über die „Anderen“ eingeschränkt wurden, wie sie völlig leere Behauptungen über die hohe Qualität ihrer Projekte und Produkte aufstellten und nicht zuletzt, wie sie ihre postkoloniale Attitüde in Taten umsetzten und beispielsweise segregierte Arbeiterlager errichteten.

Es erwies sich als sehr schwierig, die Bauunternehmen und ihre Subunternehmen ausfindig zu machen. Wir kamen aber zu dem Schluss, dass dieses Problem typisch für das Baugeschäft ist, sowohl heute als auch in der Vergangenheit. Es ist eine übliche Strategie der Baufirmen, sich unauffällig zu verhalten und nur durch ihre Werbung oder spektakuläre Projekte sichtbar zu werden. Die oben erwähnte Unauffälligkeit des Aufzugherstellers Glarie passt in dieses Muster. Es ist daher nicht verwunderlich, dass historische Forschung zum Auslandsbau sowohl in methodischer als auch in logistischer Hinsicht ein schwieriges Unterfangen ist. Archive von Bauunternehmen sind entweder nicht vorhanden, nicht leicht zugänglich oder – bestenfalls – stark kuratiert. Dies macht es nötig, die offizielle Erfolgspropaganda gegen den Strich zu lesen, um Spannungen, Konflikte und Misserfolge zu erkennen. Dann müssen die offiziellen Diskurse durch Interviews und Ortsbegehungen mit der Situation vor Ort abgeglichen werden.

Der interdisziplinäre Blickwinkel hat sich besonders bei vielschichtigen Fallstudien als hilfreich erwiesen. Finanzströme und globale Produktionsnetzwerke der Projekte werden mit Methoden der Wirtschaftsgeographie analysiert, wie María Jeldes in ihrem Promotionsprojekt zum U-Bahn-Bau in Buenos Aires und São Paulo zeigt. Die Rolle von Bauprojekten als Portale der Globalisierung beleuchtet Paul Sprute in seiner Dissertation über die Geschichte der von deutschen Bauunternehmen gebauten Häfen in Westafrika. Juliane Richter verbindet Ansätze aus der Architekturgeschichte und der Denkmalpflege, um am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen der DDR und Kuba Zirkulationen von Wissen im sozialistischen Kontext der Globalisierung besser zu verstehen. In meiner eigenen Arbeit über deutsche Bauunternehmen und ihre Transaktionsarchitekturen in Subsahara-Afrika schließlich verbinde ich Theorien aus der Architekturgeschichte und der Sozialanthro-

pologie, um gebaute Projekte als Ergebnis kontinuierlicher Transaktionen und Verhandlungen zwischen verschiedenen, oft ungleichen Beteiligten zu interpretieren.

Unsere Arbeit wäre ohne das breite Netzwerk von Kooperationspartner*innen, insbesondere im „Globalen Süden“, nicht möglich gewesen. Wie unsere Erfahrungen zeigen, erweisen sich dabei die deutschen Rechts- und Förderbedingungen als das größte Risiko – worauf ich in meinem Positionsbeitrag auf Seite 34 eingehe. Es gibt nur wenige Orte, an denen ein solch komplexes Forschungsprojekt an der Schnittstelle von Geistes- und Sozialwissenschaften möglich gewesen wäre. Das IRS in Erkner ist mit seinem interdisziplinären Profil und seinem Interesse an Räumlichkeit und Zeitlichkeit die ideale Gastinstitution. Am IRS erhielt das Team, das im Rahmen des Freigeist-Projekts zusammenarbeitet, einen formellen organisatorischen Status als permanente IRS-Forschungsgruppe mit dem Namen „Geschichte der gebauten Umwelt“ innerhalb des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“. Dieser Status unterstreicht unser Bestreben, unsere Forschungsagenda über den Rahmen des ursprünglichen Projekts „Conquering (with) Concrete“ hinaus zu erweitern.

Der Ausstieg aus dem Aufzug

Alle Zwänge und Risiken eines anspruchsvollen Forschungsprojekts hielten uns nicht davon ab, die interdisziplinäre Forschung zur globalen Geschichte der gebauten Umwelt weiter zu verfolgen. Der Glarie-Aufzug mit seiner „legendären künstlerischen Qualität“, der angeblich „seit 1880“ aus Deutschland stammt, war ein Zufallsfund auf dem Weg zum Auftaktworkshop des deutsch-flämisch-ivorischen Projekts „Constructing Transport Architecture in West Africa“, kurz CTRAAF. Dies ist eines der Spin-off-Projekte der Freigeist-Forschungsgruppe, das den Blickwinkel von den globalen Auftragnehmern auf eine Vielzahl lokaler Akteure verlagert, die am Bau von Verkehrsinfrastruktur beteiligt sind. Darüber hinaus fließen unsere Beobachtungen zur Rolle der Auftragnehmer in das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Netzwerk zur (post-)kolonialen Wirtschaftsgeschichte und in die Postdoc-Forschung von Ksenia Litvinenko zur mobilen Architektur im Zusammenhang mit Rohstoffprojekten in Westsibirien ein. Diese Vielfalt an Forschungsperspektiven ist notwendig für eine interdisziplinäre globale Geschichtsschreibung der gebauten Umwelt. Diese begann damit, dass wir die Propaganda vom Erfolg des Auslandsbaus in Frage stellten.

Projekt CTRAAF erforscht Bau von Verkehrsinfrastrukturen in Westafrika

1963 fand in Abidjan ein vom Wissenschaftlichen Rat für Afrika und der Commission for Technical Co-Operation in Africa einberufenes Symposium über Straßen statt. Daran nahmen Fachleute aus dem gesamten afrikanischen Kontinent, aus Westeuropa und den USA teil. Es ging um technische Lösungen für den Bau und Betrieb von Straßen, von komplexen Verkehrsmagistralen bis zu einfachen Schotterwegen. Zu dieser Zeit wurde in ganz Westafrika eine große Welle von Infrastrukturprojekten vorangetrieben. Mit groß angelegten Infrastrukturprogrammen versuchten die (neuen) unabhängigen afrikanischen Staaten nicht nur, die Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten zu überwinden, sondern auch überregionale Verbindungen über die willkürlichen imperialen Grenzen hinweg herzustellen. Auf diese Weise wurde die Verkehrsarchitektur zu einem Projekt des Nation Building.

Über einen Zeitraum von drei Jahren, von November 2023 bis November 2026, verfolgt das deutsch-flämisch-ivorische Verbundprojekt CTRAAF Genealogien, Materialisierungen und Hinterlassenschaften verschiedener Formen von Verkehrsarchitektur, hauptsächlich aus den 1950er- bis 1980er-Jahren, um zu untersuchen, wie Vorstellungen von Infrastrukturprojekten – wie sie von Planer*innen und Staatsbeamten beschrieben wurden – in Transportarchitektur umgesetzt wurden, mit anderen Worten: wie sich Verkehrsarchitektur in Westafrika über verschiedene Maßstäbe hinweg, vom Lokalen und Ortsspezifischen bis hin zum Territorialen materialisierte, und wer dabei Handlungsmacht hatte. Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gemeinsam mit ihrem flämischen Pendant, der Research Foundation – Flanders (FWO), gefördert.



Netzwerk „(Post-)Colonial Business History“

Das Netzwerk „(Post-)Colonial Business History“ will zwei im deutschsprachigen Raum bislang getrennte Forschungsfelder miteinander vernetzen: zum einen (global-)historische Ansätze zu imperialen und postimperialen Verflechtungen, zum anderen die Unternehmensgeschichte, verstanden nicht nur als Geschichte einzelner Unternehmen, sondern der organisierten Wirtschaft und des Wirtschaftens. Angesichts der zunehmend globalen Perspektive auf die Unternehmensgeschichte ist eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Kolonialität bzw. Postkolonialität von Unternehmen unerlässlich. „Postkolonial“ verweist dabei methodisch auf eine globale Dezentrierung der Perspektive und auf ein Bewusstsein für koloniale Kontinuitäten und Wirkungen über die Zeit des formalen Kolonialismus hinaus. Umgekehrt eröffnet die Wirtschaftsgeschichte der Global- und Kolonialgeschichte die Möglichkeit, die wirtschaftliche Dimension historischer Ereignisse stärker in den Blick zu nehmen und die Geschichte impe-

rialer Metropolen und Kolonien als eine einzige, miteinander verwobene Geschichte zu bearbeiten. Ziel ist es, den Austausch über relevante neuere Fallstudien zu fördern, solche Forschungen programmatisch weiterzuentwickeln und damit die (post-)koloniale Wirtschaftsgeschichte als Forschungsfeld im deutschsprachigen Raum zu etablieren. Die Teilnehmenden kommen zum einen aus der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, zum anderen aus der Globalgeschichte mit den Schwerpunkten Kolonialgeschichte, Afrikastudien und globale Architekturgeschichte. Ein Drittel von ihnen arbeitet an nicht-deutschen, teils außereuropäischen Institutionen. Das Netzwerk wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und läuft von Oktober 2023 bis März 2027. Im IRS sind Monika Motylińska und Paul Sprute beteiligt. PCBH wird von Nina Kleinöder (Universität Bamberg) und Alexander Engel (Ludwig-Maximilians-Universität München) koordiniert.

(Mit) Beton globalisieren

Beton ist ein Verbundbaustoff bestehend aus Zement (meist auf Kalkbasis) als Bindemittel, Wasser und Zuschlagstoffen wie Kies oder Sand. Im Lauf des 20. Jahrhunderts wurde er zum am weitesten verbreiteten Baustoff der Welt.

Ohne Beton sind groß angelegte Infrastruktur- und Architekturprojekte nicht mehr denkbar. Wegen seiner geringen Reißfestigkeit wird Beton seit dem 19. Jahrhundert mit Metallstäben oder später mit Spannkabeln verstärkt. Innovative Baumethoden mit Stahlbeton treiben bis heute die weltweite Verbreitung des Betonbaus und das Erreichen immer neuer Rekorde im Bau von Wolkenkratzern, Brücken und Tunneln. Die Firmen, die, wie Philipp Holzmann und Grün & Bilfinger, im Lauf des 20. Jahrhunderts moderne Methoden des Betonbaus weltweit zur Anwendung brachten, „exportierten“ die Technologie dabei nicht nur. Im Gegenteil: Sie lernten von den lokalen Problemen und Gelegenheiten, auf die sie bei ihren Bauprojekten stießen, und nutzten das gewonnene Wissen anderswo. Die Geschichte des Betons ist also die einer „Zirkulation“ von Wissen.

Doch nicht nur das Wissen musste bewegt werden. Betonbau geht mit gigantischen Material- und Energieströmen einher. Bauprojekte werden einfacher, wenn Kalk-, Sand- und Kiesvorkommen lokal verfügbar sind. Denn anders als angenommen, liegen Sand und Kies nicht bereit „wie Sand am Meer“. Das Material muss bestimmte Eigenschaften mitbringen, die nur in zunehmend seltenen, schwierig abzubauenen Kies- und Sandvorkommen zu finden sind. Selbst wenn das Material verfügbar ist, werden Transportinfrastrukturen und Verarbeitungsmaschinen benötigt. Als die Bauwirtschaft mit Beton weltweit Märkte „eroberte“, musste sie auch diese Ströme orchestrieren. Und so beziehen sich im Betonbau Ströme von Wissen, Material und, nicht zu vergessen, Kapital aufeinander. Das klappt nicht immer reibungslos. Brüche – oft im Wortsinn – gehören dazu.

Auch Stahlbeton hält nicht alles aus. Aufgrund mechanischer und chemischer Einflüsse kann er seine Stabilität verlieren, und wenn er nicht richtig geschützt wird, können die Bewehrungsstäbe korrodieren. In manchen Fällen wird diese Verschlechterung erst im Laufe der Zeit sichtbar, wenn die inneren Schäden an der betreffenden Struktur bereits fortgeschritten sind. Auch die Auswirkungen von Stahlbeton auf die Umwelt sind gravierend. Die Herstellung von Zement, Beton und Stahl führt zu hohen CO₂-Emissionen

(besonders beim „Brennen“, also einer chemischen Umsetzung des Kalks). Sie erschöpft Wasservorkommen und emittiert gesundheitsgefährdende Stoffe. Doch selbst wenn diese Probleme durch neue Beton-Technologien gelöst werden sollten, bleibt ein weiteres Grundproblem: Beton gilt als flexibel und anpassungsfähig. Doch das stimmt nur für die Planungs- und Bauphase. Danach sind die entstandenen Strukturen rigide und nahezu unveränderlich. Sie wieder zu entfernen, kostet viel Energie und produziert nicht recycelbaren Abfall. In den Worten der Landschaftsarchitektin Jane Hutton werden so die einst aus Sedimenten geschaffenen Betonstrukturen am Ende selbst wieder zu einer Sedimentschicht.

APRIL

Do. 11. – Fr. 12. April Neue Forschungen zur DDR-Planungsgeschichte. 18. Werkstattgespräch des IRS

Das 18. Werkstattgespräch des IRS wird in Kooperation mit Prof. Dr. Stephanie Herold (TU Berlin, Professur für Städtebauliche Denkmalpflege und urbanes Kulturerbe), Prof. Dr. Hans-Georg Lipert (TU Dresden, Professur für Baugeschichte), Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier (Bauhaus-Universität, Weimar/Professur Denkmalpflege und Baugeschichte) sowie Prof. Paul Zalewski (Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Kulturwissenschaftliche Fakultät) durchgeführt.

Ein besonderer Fokus wird auf die Rezeption der DDR-Architektur seit der politischen „Wende“ von 1989/90 und auf die mediale und architekturtheoretische Rezeption der Ostmoderne gelegt – ein bis heute umstrittenes und gesellschaftlich relevantes Thema. Fachleute aus den Bereichen Architektur und für aktuelle ostdeutsche Diskursfragen erörtern in einer Podiumsdiskussion die Rezeption der DDR-Architektur, von der pauschalen Abwertung in den frühen neunziger

Jahren bis zur wachsenden Wertschätzung seit der Jahrtausendwende, sowie die Bedeutung dieses Themas für aktuelle Diskurse in und zu Ostdeutschland.

Das 18. Werkstattgespräch wird in hybrider Form durchgeführt: eine begrenzte Zahl von Teilnehmer*innen kann die Vorträge physisch vor Ort erleben und alle Interessierten haben die Möglichkeit, den Vorträgen digital zu folgen und mit zu diskutieren.

Mi. 24. April Von Tesla lernen? 56. Brandenburger Regionalgespräch zu Planung zwischen Beschleunigung und Beteiligung

Zunehmend wird gefordert, für die Beschleunigung von Planungsprozessen die Beteiligung der Öffentlichkeit einzuschränken. Einwendungsfristen sollen verkürzt und Klagewege eingeschränkt werden. Auch eine Digitalisierung der Erörterungstermine oder sogar ihre völlige Abschaffung in Genehmigungsverfahren wird gefordert. Im Fall des beschleunigten Genehmigungsverfahrens

der Gigafactory Tesla im brandenburgischen Grünheide war die Erörterung in der Stadthalle Erkner ein Höhepunkt der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Konflikte wurden hier sehr emotional ausgetragen. Unklar blieb, ob die Erörterung in Erkner dem demokratischen Streit diene oder der Informationssammlung für die Behörde, die dann nach Abwägung der Belange entscheidet. Das zweite Geneh-

migungsverfahren zur Aufstockung der Produktionskapazitäten bei Tesla führte bei den Gegnern schließlich zur Verweigerung der Beteiligung.

Das Regionalgespräch diskutiert Konflikte zwischen Beschleunigung und Beteiligung in Planungsverfahren. Es sollen Lehren aus dem Fall Tesla für die Beschleunigung von Verfahren gezogen werden.

MAI

Mo. 13. – Do. 16. Mai 7. IRS Spring Academy zu Transdisziplinarität in der raumbezogenen Sozialforschung

Transdisziplinäre Forschung ist eine kollaborative Form der Wissensgenerierung und -anwendung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Sie integriert Perspektiven und Akteure aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

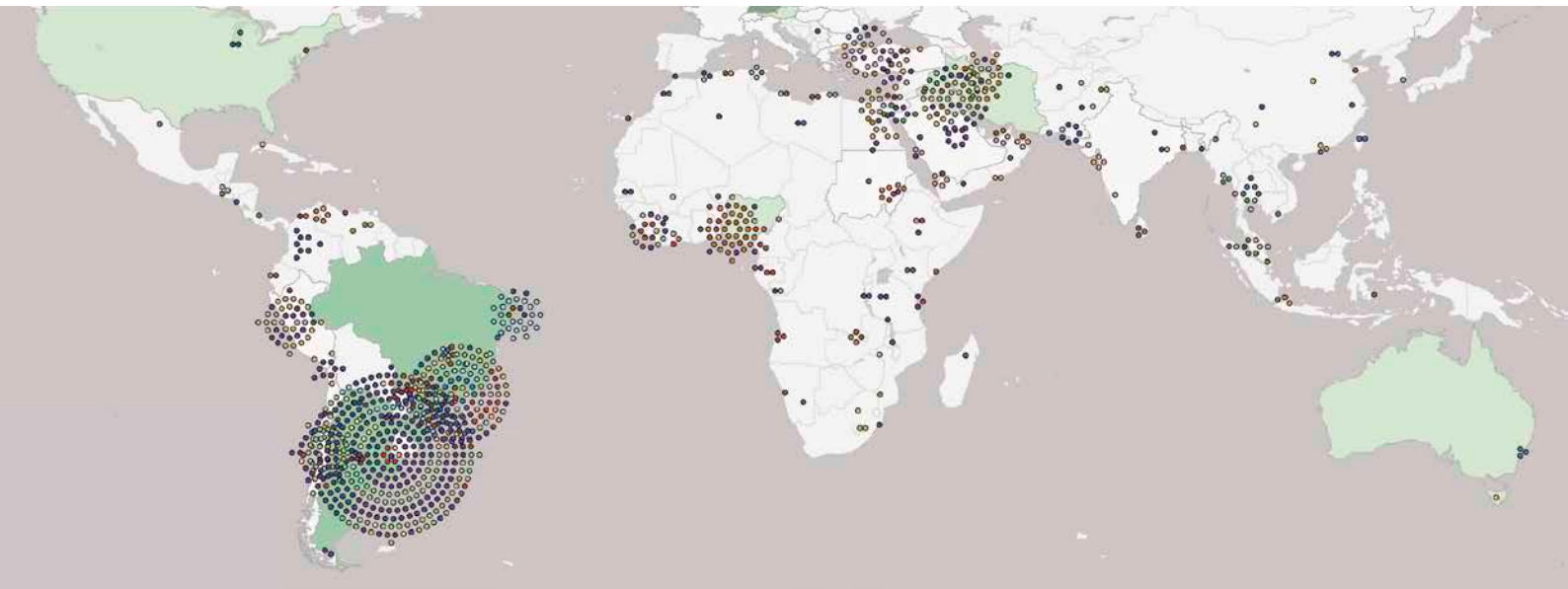
Transdisziplinarität ist mit großen Versprechungen verbunden. Erstens sind die Befürworter davon überzeugt, dass durch die Integration mehrerer Perspektiven und Praktiken auf denselben Untersuchungsgegenstand und durch

die Berücksichtigung unterschiedlicher normativer Ansätze ein ganzheitlicheres Verständnis der Realität erreicht werden kann. Zweitens wird argumentiert, dass die Zusammenarbeit von gesellschaftlichen Akteuren und Forschenden eine problemorientierte und gesellschaftlich relevante Forschung fördert. Doch transdisziplinäre Forschung bringt auch neue Herausforderungen mit sich.

Diese Ausgabe der IRS Spring Academy behandelt den Stand der transdisziplinären Forschungspraxis und -methoden

in den Raumwissenschaften. Sie adressiert ihre Vorteile und Fallstricke, die Besonderheiten der transdisziplinären Forschung mit räumlichem Fokus, Organisationsformen für die Umsetzung transdisziplinärer Forschung, praktische Beispiele für transdisziplinäre Initiativen und die Beziehung zwischen transdisziplinärer Forschung und akademischen Karrieren.

Der deutsche Auslandsbau



In mühsamer Kleinarbeit sammelten die Forschenden der Nachwuchsgruppe „Conquering (with) Concrete“ Daten zu Bauprojekten deutscher Bauunternehmen außerhalb Europas im 20. Jahrhundert. Ziel war es, die Globalisierung des Bauens durch deutsche Unternehmen zu dokumentieren. Die Datenbank zeigt wechselnde Konjunkturen der Globalisierung und kann dabei helfen zu verstehen, wie globale Produktionsnetzwerke der Bauwirtschaft entstanden.

Text von
María Ignacia Jeldes
Olivares

Die vierzig Jahre von 1930 bis 1970 waren für die Länder des „Globalen Südens“ eine prägende Zeit. Die afrikanischen Staaten befreiten sich aus der Herrschaft des europäischen Kolonialismus und schlugen verschiedene Wege der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ein. In Lateinamerika war das Paradigma des Developmentalismus die Grundlage für eine ehrgeizige Politik der industriellen Modernisierung unter der Führung des Staates. Auf beiden Kontinenten und in der ganzen Welt wurde der Bau von Häfen, Straßen und Eisenbahnlinien, Kraftwerken und Stromnetzen, kulturellen Einrichtungen und Verwaltungszentren massiv ausgeweitet. Gleichzeitig erfuhr der Infrastrukturbau einen Bedeutungswandel: Bis zur Krise von 1929 wurde er in der Wirtschaftsgeschichte vor allem als Mittel zur Gewinnung von Ressourcen aus kolonisierten Gebieten charakterisiert. Mit der Unabhängigkeit der

ehemaligen Kolonien spielten Infrastrukturprojekte nun eine wichtige Rolle bei den Bemühungen um eine souveräne wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung. Zugleich wurde der Bau von Infrastrukturen weiterhin im Rahmen verschiedener kollaborativer Arrangements mit globaler Reichweite vorangetrieben, die den Strom von Material, Kapital und Wissen zwischen den Hemisphären ermöglichten.

Für uns als Forschungsgruppe ist der Bau von Infrastrukturen in den Ländern des „Globalen Südens“ ein wichtiger Zugang, um zu verstehen, wie die konkreten Eigenschaften der Bauten mit den globalen Verbindungen zusammenhängen, in die sie eingebettet sind, und auch, welche politischen und sozialen Kräfte ihre Entstehung antrieben. Die in diesen Jahrzehnten gebauten Infrastrukturen sind erstaunlich vielfältig, was ihre Funktionalität, ihre zeitlichen und räumlichen Kontexte,

in Daten

die Beteiligung von Unternehmen, Nutzern und staatlichen Institutionen, die verwendeten Materialien und das eingesetzte technische Wissen betrifft. Ein Merkmal haben sie jedoch alle gemeinsam: Als buchstäbliches Fundament globaler Verbindungen sind sie in der Forschung bisher unterbelichtet geblieben. Viele Dinge, die den Infrastrukturbau erst ermöglichen – Ideen, politische und wirtschaftliche Strategien, Materialien – „zirkulieren“ zwischen verschiedenen Regionen der Welt. International tätige Bauunternehmen, im Austausch mit anderen Akteuren wie Regierungen und Investoren, sind die Schlüsselfiguren in diesen globalen Kreisläufen.

In unserer Untersuchung konzentrierten wir uns auf die Beteiligung deutscher Bauunternehmen an Projekten außerhalb Europas. Unternehmen wie Hochtief, Philipp Holzmann und Julius Berger wurden im 20. Jahrhundert wiederholt in die Liste der wichtigsten Ingenieur- und Bauunternehmen aufgenommen. Alle diese Unternehmen dehnten ihre Aktivitäten im beobachteten Zeitraum auf Afrika, Asien und Lateinamerika aus und unterhielten Geschäftsbeziehungen zu internationalen und lokalen Partnern. Den Kontext bildeten dabei oft Megatrends wie Urbanisierung und Industrialisierung.

Ein wichtiger Ansatz bei der Untersuchung von Bauprojekten war die Erstellung einer Datenbank, die es uns ermöglicht, Projekte auf einer Karte zu verorten, sie mit ihren jeweiligen Regionen zu verknüpfen, ihre wichtigsten Merkmale zu beschreiben und sie mit verschiedenen Akteuren in Verbindung zu bringen. Ein solcher quantitativer Ansatz ermöglicht es uns, den Werdegang von Bauunternehmen im Laufe der Zeit und in verschiedenen Regionen der Welt zu verfolgen, ihre Verflechtungen mit anderen Akteuren aufzuzeigen und ihre Rolle bei der Beförderung von Material und der Verbreitung von technischem Wissen zu ermitteln. Mit einem solchen datenorientierten Vorgehen leisten wir auch einen Beitrag zum schnell wachsenden Feld der „Digital History“.

Andererseits wollen wir auch neue Perspektiven für thematisch naheliegende Forschungsdisziplinen wie die Wirtschaftsgeographie, insbesondere die Forschung zu globalen Produktionsnetzwerken (Global Production Networks, GPN) eröffnen: Mit GPN sind globale Verflechtungen zwischen verschiedenen Orten gemeint, die alle auf unterschiedliche Weise an der Produktion von Waren und Dienstleistungen beteiligt sind, wobei meist

große Unternehmen das gesamte Netzwerk orchestrieren. Auch Regierungen, Beratungsunternehmen, Banken, Subunternehmer und Dienstleister tauchen häufig in Berichten über GPN auf – Bauunternehmen hingegen kaum. Die Bauindustrie als Ganze wird weithin als projektbasierte Industrie verstanden, nicht als eine, die globale Produktionsnetzwerke aufbaut. Auch die Entstehung globaler Produktionsnetzwerke im Laufe der Geschichte wurde bisher wenig beachtet. Mit unserer Datenbank wollen wir Wege zur Erforschung der historischen Entstehung globaler Produktionsnetzwerke in der Bauwirtschaft, vorangetrieben von global operierenden Baufirmen, eröffnen.

Nur, wo sollten wir anfangen? Die Daten, nach denen wir suchen, sind nicht ohne Weiteres verfügbar. Wir mussten sie finden, sammeln und zusammenführen. Nehmen wir das Beispiel des Silo-Terminals in Rosario in der argentinischen Provinz Santa Fe, gebaut von Oktober 1930 bis Juni 1931 für die Corporación Americana de Fomento Rural (siehe Seite 15). Dieses Bild stammt aus einem zeitgenössischen Katalog des Bauunternehmers Philipp Holzmann. Mit solchen Marketingmaterialien präsentierten die Unternehmen sich als global aktive Pioniere, die an fernen, klimatisch anspruchsvollen Orten, mit innovativen Methoden und Materialien komplexe und mutige Projekte realisieren. Angeführt wurden dabei besonders oft Infrastruktureinrichtungen von regionaler oder sogar nationaler Bedeutung wie Häfen, Autobahnen und Kraftwerke. Darüber hinaus veröffentlichten mehrere Firmen detaillierte Berichte über ihre Unternehmensgeschichte. Die „Auslandsprojekte“ nahmen darin einen prominenten Platz ein.

Für uns boten diese Materialien Einstiegspunkte. Ausgehend davon sammelten und systematisierten wir Daten über abgeschlossene Projekte, die wir in veröffentlichten Materialien fanden, und bezogen, wenn möglich, Quellen aus den Archiven der jeweiligen Unternehmen ein. In diesen Fällen sind die technischen und Hintergrundinformationen zu den Projekten in der Regel dichter und reichhaltiger. Durch Archivmaterial haben wir nicht nur Zugang zu Plänen, Zeichnungen, Diskussionen über technische Entwicklungen und Spezifikationen im Zusammenhang mit den Projekten. Wir können auch die Verträge, Verantwortlichkeiten, Vereinbarungen und Rollen anderer am Bau einer bestimmten Infrastruktur beteiligter Parteien, wie Investoren,

Entwicklungsbanken und Regierungen, untersuchen. Diese Materialien eröffnen gewissermaßen den Blick hinter die glänzende Fassade.

All diese Informationen zu sammeln und in einen kohärenten Datensatz umzuwandeln, erwies sich als eine schwierige Aufgabe. Unsere Quellen waren über verschiedene Bibliotheken und Archive verstreut, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Regionen, zu denen wir forschen. Es kostete viel Mühe, sie ausfindig zu machen. Wir reisten zu den Orten, die uns interessierten, oft ohne genau zu wissen, was wir in einer bestimmten Sammlung finden würden. Wir stießen auf eine breite Palette von Fällen: von sehr einfachen Bauprojekten, wie einem städtischen Markt, der an einen einzigen Auftragnehmer vergeben wurde, bis hin zu sehr komplexen Projekten, wie einem Kraftwerk mit nationaler und internationaler Finanzierung, an dem mehrere Auftragnehmer und Subunternehmer beteiligt waren. Erschwerend kam hinzu, dass die Informationen über ein und dasselbe Projekt mitunter widersprüchlich waren, beispielsweise wenn in verschiedenen Quellen unterschiedliche Baujahre angegeben wurden. Auch der Detaillierungsgrad war unterschiedlich: Für viele kleinere Projekte waren weniger Informationen verfügbar, vermutlich weil die Unternehmen sie nicht attraktiv oder speziell genug fanden. In einigen Fällen wurde sogar der Standort eines Projekts vom Auftragnehmer nicht eindeutig angegeben. So wurde beispielsweise der Standort von Brücken oft nur mit dem Namen des Flusses angegeben, über den sie führen.

Die Bewältigung dieser Komplexität bedeutete für die Forschenden eine zeitaufwändige und mitunter anstrengende Arbeit: die mühsame Transkription jedes einzelnen Infrastrukturprojekts aus der Originalquelle, also die Umwandlung von Text auf Papier in digitale Aufzeichnungen. Dieser Prozess kann fehleranfällig sein, so dass er Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Gründlichkeit erforderte, dazu eine klare Zuordnung der Quellen und manchmal auch das Aufzeigen von Unstimmigkeiten. Außerdem ist ein gutes Datenmodell, also die Struktur der Informationen in der Datenbank, von entscheidender Bedeutung, um diese Übersetzungsprobleme zu bewältigen. Unsere Datenbank modelliert den Bauprozess einer bestimmten Infrastruktur, indem sie die Standorte abbildet und die beteiligten Akteure und Materialien einbezieht. Unser Modell musste flexibel genug sein, um der großen Vielfalt der Fälle Rechnung zu tragen, und gleichzeitig ausreichend standardisiert sein, um systematische Vergleiche zu ermöglichen. Nach mehreren Runden entschieden wir uns für ein relationales Datenmodell. Anstatt jeden Datensatz als isolierten Informations-„Container“ zu sehen, stellen wir die Beziehungen der Daten ins Zentrum. In der

relationalen Struktur werden verschiedene Arten von Akteuren (Unternehmen, Institutionen, Personen) mit der Entwicklung eines jeden Bauprojekts verknüpft und die Informationen und Quellen werden diesen Parteien zugeordnet. Auf diese Weise können wir die Daten leichter mit Querverweisen versehen, um die Verbindungen zwischen Projekten, Unternehmen, Kunden und staatlichen Einrichtungen aufzudecken und gleichzeitig Widersprüche zwischen den Quellen aufzuspüren. Jedes einzelne Projekt wird im Hinblick auf seine architektonische Typologie, den Standort, das Baudatum, die Materialien, die Technologien und die Finanzierungsmechanismen beschrieben. Darüber hinaus werden die spezifischen Rollen der einzelnen Akteure (etwa Hauptauftragnehmer, technische Entwicklung etc.) bei der Finanzierung, Inbetriebnahme und Errichtung der Projekte erfasst.

Gegenwärtig umfasst unsere Datenbank über 1.200 Projekte, die im untersuchten Zeitraum von deutschen Bauunternehmen gebaut wurden. Darin zeigt sich die massive Präsenz deutscher Bauunternehmen in Regionen wie Westafrika und Südamerika sowie frühere Aktivitäten im Nahen Osten. Die Datenbank soll zunächst ein Instrument für unsere eigene Forschung sein. Sie beschreibt das Ausmaß der Präsenz deutscher Bauunternehmen in bestimmten Regionen und Zeiträumen, die für unser Projekt relevant sind, und bildet Multi-Akteurs-Konstellationen und unterschiedliche räumliche Skalen ab. Bis Mitte 2024 wollen wir die Datenbank auf der Grundlage des verfügbaren Materials vervollständigen und die Analyse von Verflechtungen und Zirkulationen in der globalen Infrastrukturproduktion vertiefen. Im Jahr 2025 soll die Datenbank der wissenschaftlichen Community über eine Onlineplattform zugänglich gemacht werden, die die Daten in Form einer geographischen und zeitlichen Visualisierung darstellen wird.

Die Datenbank hat jedoch bereits ihren Nutzen als Ressource für die Digital History bewiesen. Erstens ermöglicht sie durch die Gegenüberstellung der Perspektiven verschiedener Quellen eine digitale Erkundung des Quellenmaterials und geht damit auf ein zentrales Problem der historischen Forschung ein: die Zuverlässigkeit der Quellen. Unternehmenspublikationen allein zeigen uns lediglich die Perspektive eines einzelnen Unternehmens, wobei oft nur die vorteilhaften Aspekte hervorgehoben werden. Wenn wir jedoch verschiedene Berichte über dasselbe Projekt, denselben Zeitraum oder dieselbe Region zusammenführen, können diese Teilgeschichten erweitert werden. Wir konnten beispielsweise zeigen, dass die Herausforderungen, denen diese „Auslandsprojekte“ gegenüberstanden, nicht nur technischer, sondern auch politischer Natur

waren. Das Bild wird vielschichtiger. In einigen Fällen erwiesen sich die Herausforderungen als unüberwindbar, wie die Beschlagnahme deutscher Unternehmen in lateinamerikanischen Ländern am Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt.

Zweitens übersteigt die schiere Anzahl der von uns erfassten Bauprojekte den möglichen Umfang einer eingehenden Studie. Die Lösung, die wir fanden, war die Einführung digitaler Methoden, um Querverbindungen in den Daten zu entdecken – zwischen Projekten, Unternehmen, Kunden und staatlichen Institutionen. Auf diese Weise konnten wir die Internationalisierungspfade der Unternehmen und die globalen Baunetzwerke, an denen sie beteiligt waren und die sie koordinierten, aufzeigen. Wir konnten feststellen, dass diese internationalen Netzwerke von europäischen Unternehmen dominiert wurden, dass aber auch lokale Unternehmen an den Kooperationsbeziehungen beteiligt waren. Wir stellten die Hypothese auf, dass Wissen in diesen Netzwerken in beide Richtungen floss, dass also alle Seiten voneinander lernten.

Ein weiterer Eckpfeiler für die Nutzbarkeit unserer Datenbank für die Digital History ist die Visualisierung des gesammelten Materials, die wiederum eine Herausforderung darstellt. Da der Datensatz sowohl räumliche als auch zeitliche Bezüge enthält – wann und wo ein Projekt gebaut wurde – ist es schwierig, die Daten mit herkömmlicher geographischer Informationssoftware zu visualisieren, die meist für die Anzeige von Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt konfiguriert ist. Idealerweise sollten geographische Bezüge und ihre Veränderungen im Laufe der Zeit visualisiert werden, beispielsweise durch die Darstellung der räumlichen Muster der internationalen Aktivitäten eines Bauunternehmens in verschiedenen Jahrzehnten. Aus diesem Grund arbeiten wir derzeit mit dem spezialisierten Softwareanbieter Nodegoat zusammen, um zeitliche, räumliche und relationale Visualisierungen zu erstellen.

Unsere Datenbank ermöglicht es uns, eine methodische Brücke zwischen Geschichtswissenschaft und der Forschung über globale Produktionsnetzwerke zu schlagen. Unsere Daten zeigen deutlich, dass der Bau von Infrastrukturen in Produktionsnetzwerken stattfindet, und zwar schon seit langem. Einblicke in die globale räumliche Organisation der Bauindustrie durch historische Daten und Fallstudien könnten zu einem besseren Verständnis der heutigen Produktionsnetzwerke beitragen. Globale Netzwerke sind schließlich nicht statisch. Auf eine Phase verstärkter weltwirtschaftlicher Integration kann eine Phase der Deglobalisierung folgen. Das zeigt sich auch in unseren Daten. Muster abnehmender Aktivitäten im Infrastrukturbau im Ausland gaben uns Hinweise auf Verbindungen zwi-



Silo-Terminal in Rosario, Santa Fe, 1930-31 gebaut von Philipp Holzmann für die Corporación Americana de Fomento Rural.

schen vergangenen Episoden des „Globalisierungs-Backlash“ und Wellen von wirtschaftlichem Protektionsismus und Nationalismus, beispielsweise in Brasilien in den 1960er- und 1970er-Jahren. Auch die Beziehungen zwischen Regierungen und Unternehmen variieren im Laufe der Zeit, ebenso wie die Rolle der internationalen Auftragnehmer bei Bauprojekten. Zwischen 1930 und 1960 haben sich beispielsweise deutsche Bauunternehmen in Südamerika in ihrer Rolle weg von einer intensiven Beteiligung am physischen Bauprozess als Hauptauftragnehmer und hin zu Planung, Beratung, Finanzierung und Management verlagert. In Brasilien hing dieser Trend mit der Förderung der nationalen Bauindustrie durch den Staat während der Zeit des Developmentalismus zusammen, der die nationalen Bauunternehmen gegenüber ausländischen Firmen wettbewerbsfähiger machte.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir noch weit davon entfernt, das volle Potenzial der gesammelten Daten auszuschöpfen. Daher ist die „Conquering (with) Concrete“-Datenbank nicht nur ein Werkzeug für unsere eigene Forschung, sondern auch eine Einladung an andere, sich an der Arbeit zu beteiligen. Wir möchten mit Bau- und Architekturhistoriker*innen und darüber hinaus mit Forschenden der Wirtschaftsgeographie und -geschichte zusammenarbeiten, um unser Verständnis der Zusammenhänge in der globalen Produktion von Infrastruktur zu verbessern.



KONTAKT

Maria Ignacia Jeldes Olivares
Dr. Monika Motyllńska

Buenos Aires: Made in Germany?



Ein technisches Büro von GEOPÉ aus der Broschüre des Unternehmens aus dem Jahr 1938

Im frühen 20. Jahrhundert war Buenos Aires eine boomende Stadt, die Investitionen aus der ganzen Welt anzog. Deutsche Baufirmen leisteten einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der Infrastruktur. Sie waren auch sehr erfolgreich darin, sich als Technologiepioniere zu vermarkten. Buenos Aires wurde für sie zu einer wichtigen Drehscheibe. Das Projekt „Conquering (with) Concrete“ untersucht die Entwicklung der deutschen Unternehmensnetzwerke in Argentinien. Das Team prüfte auch die Behauptung, dass deutsche Bauunternehmen wichtige Innovationen nach Argentinien exportierten.

Eine Fahrt mit der Linie A des Subterráneo, der U-Bahn von Buenos Aires, endet in östlicher Richtung an der Station „Plaza de Mayo“ – ein guter Startpunkt für einen Spaziergang. Wer hier aussteigt, könnte beispielsweise in Richtung Westen über den repräsentativen Platz schlendern, der im Laufe der Geschichte immer wieder Schauplatz wichtiger politischer Ereignisse und auch politischer Gewalt war. Am Ende des Platzes beginnt, halb rechts, die Avenida Roque Sáenz Peña, ein breiter, lebendiger Boulevard. Bereits nach dem ersten Straßenblock kommt rechts der sehr beeindruckende Hauptsitz der Industrial and Commercial Bank of China in Argentinien in den Blick. Das 1924 für die First National Bank of Boston errichtete Gebäude zeigt eine klare, moderne

Fassade, die zum Teil mit Ornamenten im spanischen Renaissancestil verziert ist. Weiter auf der Avenida läuft man frontal auf den weithin sichtbaren Obelisken von Buenos Aires zu, der, 67 Meter hoch, in der Mitte der Plaza de la Republica steht.

Was haben all diese Bauten gemeinsam? Sie wurden mit Hilfe deutscher Bauunternehmen errichtet und erinnern an eine Zeit, in der diese Unternehmen in der argentinischen Hauptstadt stark vertreten waren. Bis heute ist die deutsche Bautätigkeit im Stadtbild von Buenos Aires nicht zu übersehen. Sie zeigt sich in Form von Verwaltungsgebäuden, Monumenten, Kraftwerken, U-Bahn-Stationen und vielen anderen Bauwerken.

Text von
Dr. Felix Müller

Projektorte deutscher Unternehmen in Buenos Aires.
Visualisierung der Datenbank des Projekts „Conquering (with) Concrete“

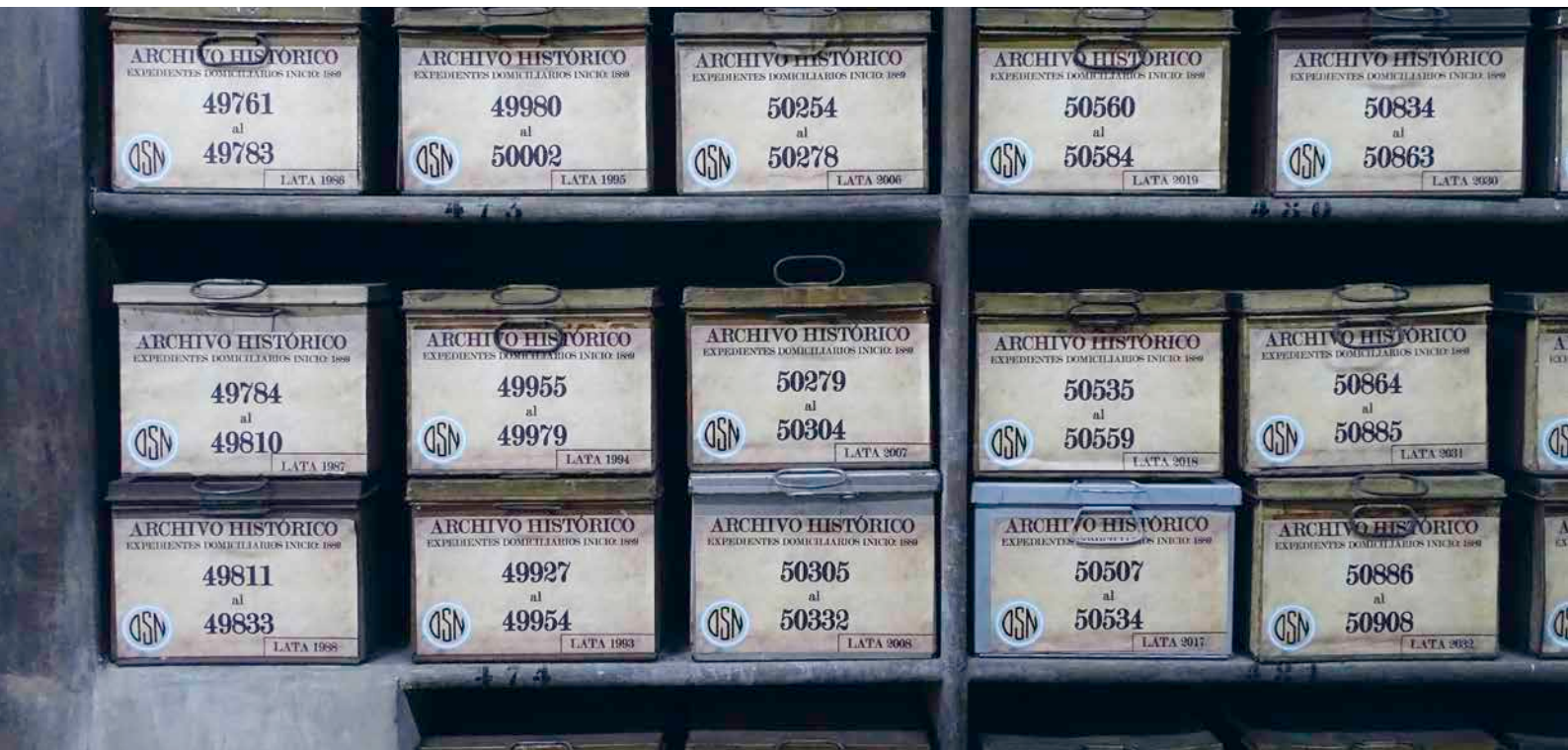


v.l.n.r. Gebäude der First National Bank of Boston in Buenos Aires, der Obelisk 1938 und heute, das SAFICO Gebäude 1938 und heute

Die Doktorandin María Ignacia Jeldes Olivares arbeitet daran, die globalen Netzwerke der deutschen Bauunternehmen in Buenos Aires zu rekonstruieren. Dabei experimentiert sie als Soziologin und Wirtschaftsgeographin mit historisch orientierter Forschung. Sie möchte verstehen, wie es den deutschen Baufirmen gelang, sich in der Stadt unverzichtbar zu machen; wie sie sich in Wirtschafts- und Planungskreisen etablierten, wie sie Netzwerke untereinander und mit lokalen Partnern aufbauten, aber auch, wie sie es schafften, sich als Technologiepioniere zu vermarkten und zugleich von lokalen Gegebenheiten und lokalem Wissen zu profitieren. María Jeldes ist Mitglied des Projektteams „Conquering (with) Concrete“ am IRS. Ihr Interesse an Buenos Aires wurde durch erste Ergebnisse der quantitativen Datenerhebung der Gruppe geweckt (siehe Seite 12). „Als ich dazukam, war unsere Projektdatenbank bereits zu einem großen Teil erstellt worden. Als ich mir die Daten ansah, wurde mir schnell klar, dass Buenos Aires eine Art Hotspot des Bauens in Südamerika ist, und diese Region ist mein Interessengebiet“, sagt sie. Buenos Aires wurde somit zu einem wichtigen Standort für das Forschungsteam, um die Expansion deutscher Bauunternehmen in Südamerika zu untersuchen.

Buenos Aires wird oft als die „europäischste“ Stadt Lateinamerikas bezeichnet: Mit ihren breiten Boulevards

und Alleen, Parks und großzügigen Plätzen sowie ihrer Vielfalt an frühmodernen Architekturstilen wurde ihre Gestaltung sichtlich von der Renovierung von Paris im 19. Jahrhundert inspiriert. Wie Berlin erhielt die Stadt ihr modernes Stadtbild in einer Phase des schnellen Wachstums zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals war Argentinien ein Musterbeispiel für marktwirtschaftliche Entwicklung. Als reichstes Land Südamerikas – und eines der reichsten Länder der Welt – verfügte es über eine florierende Exportwirtschaft, die sich hauptsächlich auf Rindfleisch und andere Rohstoffe konzentrierte. So hatte Argentinien ein Interesse an offenen Märkten. Mit seinen liberalen Institutionen galt es als die richtige Adresse für internationale Investoren. Unternehmen errichteten Niederlassungen in Buenos Aires, um von dort aus Zugang zum gesamten südamerikanischen Markt zu erhalten. Die Stadt zog Arbeitskräfte an, zunächst aus Europa und später aus dem argentinischen Umland. Von 40.000 Einwohnern im Jahr 1810 wuchs die Stadt auf knapp 200.000 im Jahr 1870 und stieg von dort auf über 1,5 Millionen im Jahr 1914. Dem entsprechend wuchs die bebaute Fläche von Buenos Aires, und die Infrastrukturen der Stadt kamen an ihre Grenzen: Eisenbahnen, Straßen, Elektrizität, Telegrafleitungen, Kanalisation und U-Bahn mussten gebaut oder erweitert werden. Die lokalen Eliten übernahmen mit Begeisterung die Ideen und Ideale der Moderne,



Im Archiv der nationalen Wasserwerke (Obras Sanitarias de la Nación)

was sich in einer klaren modernistischen Agenda für alle Aspekte der Stadtplanung niederschlug. In dem Bemühen, Buenos Aires als Weltmetropole zu positionieren, veröffentlichten die Behörden offene Ausschreibungen und holten ausländisches Fachwissen ins Land. So spielten internationale Ingenieur-, Bau- und Verkehrsunternehmen eine wichtige Rolle beim Bau der expandierenden Stadt. Buenos Aires erhielt auf diesem Weg unter anderem den ersten Wolkenkratzer und die erste U-Bahn Südamerikas.

Es ist weithin bekannt, dass deutsche Maschinenbauunternehmen wie Siemens und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) zu dieser Zeit begannen, international zu expandieren. Weniger bekannt ist, dass auch Baufirmen wie Grün & Bilfinger, Julius Berger und Philipp Holzmann ihre Fühler ausstreckten. Besonders einflussreich wurden sie in Buenos Aires. Die Stadt wurde zu ihrer wichtigsten Drehscheibe in Südamerika, der Bedeutung nach nur vergleichbar mit São Paulo. Aber wie kamen die Firmen in diese Position? Wie haben sich ihre Netzwerke im Laufe der Zeit entwickelt und welche Faktoren haben sie geprägt? Und außerdem: Was ist dran an der Behauptung, die in vielen Unternehmenspublikationen jener Zeit zu finden ist, dass die Deutschen wichtiges technologisches Know-how mitbrachten, das den Einheimischen nicht zur Verfü-

gung stand? Um diese Fragen zu beantworten, zog das Team Sekundärquellen heran und besuchte Archive in Deutschland, wie das Bilfinger+Berger-Archiv in Mannheim. Um jedoch die Entwicklung der Ereignisse wirklich zu verstehen, musste María Jeldes nach Buenos Aires reisen, um die Materialien zu studieren, die nur in den örtlichen Bibliotheken und Archiven verfügbar sind, wie etwa in der Bibliothek der Architektenkammer und der des Wirtschaftsministeriums.

Zu der fraglichen Zeit war Argentinien sehr offen für Investoren. Allerdings waren die Bauunternehmen nicht die ersten deutschen Unternehmen, die in das Land kamen. Zwei Branchen waren bereits vor der Ankunft der deutschen Bauwirtschaft präsent: das Bankwesen und die Elektrotechnik. AEG und Siemens waren an der Modernisierung des argentinischen Energiesystems beteiligt. Und die Banco Alemán Transatlántico, eine argentinische Tochter der Deutschen Bank, finanzierte seit 1887 Überseehandel und Infrastrukturprojekte. Beide Sektoren gaben Bauprojekte in Auftrag – Kraftwerke bzw. Bürogebäude. Wie María Jeldes hervorhebt: „Das Besondere an der Baubranche ist, dass so viele verschiedene Akteure eine Nachfrage danach haben, nicht nur die Regierung. Jeder kann bauen.“ Und da auch jeder bauen wollte, insbesondere andere deut-



Die Avenida Callao mit einem Querschnitt durch die Baugeschichte



Außenplatten am COMEGA Gebäude, gebaut von GEOPÉ 1933

sche Unternehmen, gab es eine Einstiegsgelegenheit für deutsche Baufirmen.

Philipp Holzmann war wohl das produktivste deutsche Bauunternehmen in Buenos Aires. Im Jahr 1906 begann das Unternehmen mit dem Bau von drei riesigen Kraftwerken für AEG im neuen Hafengebiet, von denen zwei heute noch in Betrieb sind. Der Hafen selbst musste erweitert werden, und auch hier wurde Holzmann aktiv. 1909 erteilte die Stadtverwaltung der Anglo-Argentine Tramways Company, die in Buenos Aires bereits eines der größten Straßenbahnnetze der Welt betrieb, eine Konzession für den Bau einer U-Bahn-Linie. Die 10,8 Kilometer lange Linie A zwischen der Plaza de Mayo und der Plaza Once sollte die erste Linie des Subterráneo, kurz Subte, werden. Philipp Holzmann wurde mit dem Bau beauftragt. Die Strecke wurde 1913 eröffnet. Andere frühe Projekte waren Banken, öffentliche Bürogebäude und Geschäftshäuser.

In den ersten Jahren seiner Präsenz war Philipp Holzmann direkt von Deutschland aus tätig, lediglich mit einer Repräsentanz in Buenos Aires. Aber 1913, im selben Jahr, in dem die U-Bahn eröffnet wurde, gründete das Unternehmen offiziell eine argentinische Tochtergesellschaft in deutschem Besitz mit dem Namen Compañía General de Obras Públicas oder GEOPÉ. Nach 25 Jahren, im Jahr 1938, konnte GEOPÉ eine Broschüre veröffent-

lichen, in der Hunderte von erfolgreichen Bauprojekten vorgestellt wurden. Die Publikation dokumentiert auch, dass sich das Unternehmen auf viele andere Standorte in Südamerika ausgedehnt hatte: Bogotá (Kolumbien), Lima (Peru), Santiago (Chile), Montevideo (Uruguay) und Rio de Janeiro (Brasilien). GEOPÉ, wie auch andere deutsche Bauunternehmen, profitierten stark von ihrem Image als Technologiepioniere, die über einzigartiges Fachwissen, insbesondere beim Bauen mit Stahlbeton verfügten. In Werbematerialien wie der genannten Broschüre wurde diese Botschaft stark betont. Aber solche Behauptungen sind umstritten und die Wahrheit ist komplexer. Lokales Wissen spielte eine viel wichtigere Rolle, als die PR-Materialien vermuten lassen. Der in den 1930er-Jahren begonnene Ausbau der U-Bahn ist in dieser Hinsicht ein sehr aufschlussreicher Fall, weshalb María Jeldes ihm eine ausführliche Fallstudie gewidmet hat.

Der Ausbau des Subterráneo bot die Gelegenheit, eine neue Bauweise für U-Bahn-Tunnel in der Stadt umzusetzen und zu etablieren. Die erste und die zweite U-Bahn-Linie von Buenos Aires, die 1913 bzw. 1930 fertiggestellt wurden, waren in der traditionellen Deckelbauweise gebaut worden. Dabei werden die Straßen aufgeschnitten und die Tunnel im Wesentlichen als Gräben entlang des Straßenverlaufs ausgehoben, bevor sie wieder abge-



Aussenansicht des CADE Kraftwerks gebaut von GEOPÉ 1925



Innenansichten des Kraftwerks



deckt werden. Diese Methode hat erhebliche Nachteile, da sie während des Baus den Verkehr behindert und am Ende die U-Bahn-Züge in enge Kurven zwingt.

Daher gab die Stadtverwaltung 1929 einen Plan zur Erweiterung des Netzes um drei Linien (C, D und E) in Auftrag. Die Tunnel sollten in größerer Tiefe durch den Untergrund der Stadt gegraben werden, wobei die Oberfläche nur für den Bau neuer Stationen aufgebrochen werden sollte. Die Armierung der Tunnel mit Stahlbeton während des Baus wurde als Schlüsseltechnologie für diese Art von Projekt angesehen. Die Compañía Anónima de Proyectos y Construcciones de Madrid (CAPYC) erhielt die Konzession und vergab die Bauarbeiten an die Siemens-Bauunion, die Grün & Bilfinger AG und teilweise an GEOPÉ. Im Rückblick werden die deutschen Bauunternehmen als Experten für den Stahlbetonbau und als Pioniere des städtischen Tunnelbaus in Buenos Aires angesehen, und sie selbst profilierten sich aktiv und höchst erfolgreich in diesem Sinn. Die Tunnelbaumethode wurde umgangssprachlich sogar als „deutsche Methode“ oder „Berliner Methode“ bezeichnet.

Die Wahrheit ist jedoch weniger eindeutig und beinhaltet mehr Einflussnahme durch lokale Fachleute sowie eine größere Rolle der örtlichen Gegebenheiten, wie María Jeldes herausfand. Tatsächlich hatten die deutschen Bauunternehmen mehr Erfahrung mit der traditionellen Deckelbauweise, die sie bei anderen U-Bahn-Projekten von Berlin bis Athen angewandt hatten und weiterhin nutzten. Nur versuchsweise übernahmen sie das Urban Tunnelling, das sie in erster Linie als Bergbaumethode betrachteten. Der Tunnelbau war ein ständiger Anlass für Auseinandersetzungen zwischen argentinischen Ingenieur*innen und ihren deutschen Pendants. Ein Hauptstreitpunkt war die Qualität des örtlichen Bodens, einer besonders kompakten Art von Löss. Die argentinischen Fachleute lobten die inhärente Stabilität des Bodens, die keine umfangreiche Bewehrung erforderte und eine gewagtere Durchführung des Projekts erlaubte, als die Deutschen aufgrund früherer U-Bahn-Projekte in Europa glaubten. Ein häufig verwendetes deutsches Ingenieurhandbuch wurde besonders kritisiert. Die Argentinier argumentierten, es sei „nicht der Weisheit letzter Schluss“.

Die deutsche Ingenieurszunft in Argentinien war ihrerseits gut organisiert. Der „Verein Deutscher Ingenieure – Freundeskreis Argentinien“ vertrat kontinuierlich die Botschaft von der außergewöhnlichen deutschen Kompetenz und versuchte sogar, Regulierungsprozesse zu beeinflussen – auf der Grundlage deutscher Vorstellungen von Best Practice. Deutsche und argentinische Fachleute stritten offen in Medien wie dem Bulletin des Ministeriums für öffentliche Bauten und der Fachzeitschrift „La Ingeniería“ miteinander. Der Tunnelbau für

die U-Bahn war ein beliebtes Thema in diesen Debatten und wurde besonders lebhaft diskutiert.

Während die argentinischen Ingenieur*innen, die an dem Projekt arbeiteten, auf mehr Innovation drängten, überwachten die Behörden das Projekt streng und kritisch. Die Regulierungsbehörden bremsten das, was sie als zu viel Innovation ansahen, und verlangsamten beispielsweise die Untertunnelung von Gebäuden. Mit der Zeit setzten sich aber die Innovatoren durch, und spätere U-Bahn-Linien wurden unabhängiger von anfänglichen Bedenken gebaut. Die deutschen Bauunternehmen hatten dabei zwar durchaus ihre Kompetenz im Stahlbetonbau mitgebracht, aber das Urban Tunnelling im U-Bahn-Bau ging nicht allein auf sie zurück. In der Folgezeit setzten sie ihr neues Wissen bei anderen Projekten in der ganzen Welt ein. Der argentinische Technikhistoriker Dhan Zunino Singh, ein Kooperationspartner unserer Gruppe, konnte bei anderen Akteuren vergleichbare Transferprozesse belegen.

Neben ihrer Lern- und Anpassungsfähigkeit spielten weitere Faktoren eine Rolle für den Erfolg der deutschen Unternehmen. Es scheint, dass sie besonders bereit waren, Mitglieder der lokalen wirtschaftlichen, technischen und politischen Eliten in ihre Vorstände zu berufen. Manchmal waren die Vorstandsmitglieder auch für andere Unternehmen tätig. Selbst die Präsidenten der Unternehmen – und auch hier ist GEOPÉ ein gutes Beispiel – waren manchmal Argentinier, obwohl diese Position in der Regel mit einem deutschen Staatsangehörigen besetzt wurde. Die Präsidenten waren wichtig für den Aufbau von Kontakten zu den relevanten Akteuren. Die gesamte Rekrutierungsstrategie diente dazu, deutschen Unternehmen Zugang zu potenziellen Kunden, Partnern und Entscheidungsverantwortlichen zu verschaffen, aber auch Einblicke in entstehende technische Standards und Vorschriften zu gewähren.

Ein weiterer Faktor, der sowohl den Erfolg der deutschen Unternehmen als auch ihr Image als Technologiepioniere unterstützte, war ihre oligopolistische Geschäftspraxis. Deutsche Bauunternehmen bezogen typischerweise andere deutsche Zulieferer in Bauprojekte ein. Wenn ein Kraftwerk gebaut wurde, kamen die Generatoren und Turbinen natürlich von Siemens. Maschinen für Bauprojekte wurden aus Deutschland importiert. Beim Ausbau der U-Bahn lieferte Siemens die Signalanlagen für das Netz und für die Wagen. Die ersten Wagons wurden sogar komplett aus Hamburg verschifft. Apropos Verschiffung: Früh im 20. Jahrhundert wurden sogar die Rohstoffe für Zement aus Europa verschifft. Solche schweren und relativ geringwertigen Materialien konnten nur deshalb effizient verschifft werden, weil Argentinien auch große Mengen an Rohstoffen nach Europa exportierte. Statt die Frachtschiffe leer nach

Hause fahren zu lassen, wurden sie mit Zement beladen. Schon bald begann Argentinien, seine Rohstoffe vor Ort zu beschaffen und eine eigene Zementindustrie aufzubauen, die bis heute äußerst wettbewerbsfähig ist. Allerdings war die Industrie noch sehr lange auf importierte Maschinen angewiesen, die zu einem Großteil aus Deutschland kamen.

Die Ausbauphase der U-Bahn wurde 1944 abgeschlossen. Dieser Zeitrahmen zeigt, dass Unternehmen in deutschem Besitz bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein in Argentinien tätig sein konnten. Die außergewöhnliche Offenheit des Landes für deutsche Unternehmen war ein weiterer Faktor, der den Erfolg von Bauunternehmen wie GEOPÉ begünstigte. Nach dem Ersten Weltkrieg untersagten viele Länder deutschen Unternehmen und ihren Tochtergesellschaften die Tätigkeit. Argentinien tat dies nicht – wiederum höchstwahrscheinlich aus Interesse am Export und an offenen Märkten. So wurde Argentinien für deutsche Baufirmen noch wichtiger, und sie konzentrierten sich noch stärker auf diesen Markt. Die Zwischenkriegszeit wurde zur produktivsten Zeit für deutsche Bauunternehmen in Argentinien. Daran änderte auch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933 nichts. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs geriet Argentinien, das ursprünglich eine neutrale Haltung eingenommen hatte, jedoch zunehmend unter Druck der US-Regierung, deutsche Unternehmenstätigkeit zu verbieten. Einige Unternehmen evakuierten vorsorglich ihre Vermögenswerte. Ende 1944 wurden schließlich die Büros der deutschen Unternehmen, die sich noch im Land befanden, beschlagnahmt und ihre Vermögenswerte verstaatlicht. Dazu gehörte auch GEOPÉ. Das Unternehmen arbeitete noch eine Zeit lang als rein argentinisches Unternehmen weiter, bevor es verschwand.

Schon in den 1950er-Jahren öffnete sich Argentinien wieder, und die Regierung bot den ehemaligen deutschen Muttergesellschaften sogar an, ihre Vermögenswerte zurückzukaufen. Philipp Holzmann nahm das Angebot nicht an, aber andere Unternehmen schon. Heute ist zum Beispiel Siemens in Argentinien recht stark vertreten, allerdings nur im Maschinenbau und nicht im Bauwesen. Viele Jahre nach der Schließung von GEOPÉ, im März 2002, schlitterte die Philipp Holzmann AG in den Konkurs. Mehrere Tochtergesellschaften wurden an andere Unternehmen verkauft. Holzmann existierte als Mantelgesellschaft weiter und ihre Aktien blieben an der Börse notiert. 22 Jahre später, während Deutschland Anfang 2024 durch die größte Baukrise seit Jahrzehnten geht, ist absehbar, dass die Börsennotierung von Philipp Holzmann verschwinden wird. Aber die Auslandsaktivitäten und Netzwerke des Unternehmens bleiben ein spannendes und weiterhin wenig erforschtes Thema.



KONTAKT

María Ignacia Jeldes Olivares

„Es ist unsere Aufgabe, immer wieder mit Mut und Augenmaß an den Strukturen zu kratzen.“

Ein Gespräch mit
Forschungsschwerpunktleiterin Kerstin Brückweh,



Der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ mit seinen Wissenschaftlichen Sammlungen hat über viele Jahre sein Profil in der Forschung zur europäischen Bau- und Planungsgeschichte, speziell der DDR, entwickelt. Doch der Horizont für Forschung und Archivarbeit erweitert sich. Globale Kooperationen und Forschung zu globalen Zusammenhängen werden wichtiger. Mit der neuen Leitung des Forschungsschwerpunktes stehen weitere inhaltliche Akzentverschiebungen an.

**Frau Brückweh, fangen wir mit Ihnen an.
Was heißt es für Sie, von einer Hochschulprofessur in den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ zu kommen?**

Kerstin Brückweh

Ich habe schon einmal in einem Leibniz-Institut gearbeitet und schätze gerade diese Arbeitskontexte zwischen Lehre und Forschung. Das heißt, mir bereitet die Lehre an der Universität und der Umgang mit Studierenden sehr viel Freude und ich finde, dass das IRS durch die Einbindung in die Leibniz-Gemeinschaft auch mit anderen Forschungsinstituten verbunden ist und viele Möglichkeiten bietet. Konkret auf das IRS bezogen, freut es mich, dass mein Vorgänger Christoph Bernhardt durchaus andere Schwerpunkte hatte als ich, und auch andere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dort Stärken haben. Ich sehe das als eine ideale Ergänzung zwischen Themen, die mich interessieren, und Themen, die von anderen bearbeitet werden.

Wir haben unterschiedliche historische Expertisen – ich selbst verstehe mich als Zeithistorikerin, die auch gerne zum Verstehen gegenwärtiger Problemlagen bis ins 19. Jahrhundert zurückblickt. Im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ wird aber immer in irgendeiner Weise die Stadt-, Planungs- und Architekturgeschichte erforscht werden, einmal mit Blick auf die DDR, aber eben auch auf die 90er und die Wertschätzung der DDR-Architektur – oder eben die Nicht-Wertschätzung. Gerade durch die Erforschung der langen Geschichte von 1989 habe ich in den letzten Jahren viel Erfahrung und Wissen erworben. Außerdem wird ein Kern unserer Arbeit im Forschungsschwerpunkt immer die Arbeit mit Karten in den verschiedensten Formen sein, als Forschungs- und als Visualisierungstool. Wie sich der Schwerpunkt weiterentwickeln wird, das möchte ich gerne im Team entwickeln.

An der Arbeit als Historikerin schätze ich, dass ich immer wieder auf die historischen Quellen zurückgeworfen werde. Ich kann nur das sagen, was ich mit Materialien aus der Vergangenheit belegen kann. Aus

Interview
Dr. Felix Müller



Forschungsgruppenleiterin Monika Motylińska und Archivleiter Kai Drewes.

diesem Grund finde ich unseren Schwerpunkt besonders schön, denn wir haben mit den Wissenschaftlichen Sammlungen einen Teil unserer Quellen schon immer mit im Haus. Das empfinde ich als puren Luxus.

Stichwort Sammlungen: Herr Drewes, wie funktioniert die Verbindung zwischen Archiv und Forschung in diesem Forschungsschwerpunkt?

Kai Drewes

Die Zusammenarbeit ist hier traditionell sehr eng zwischen Forschenden und Archivteam, was sehr schön ist. Das bringt für beide Seiten große Vorteile. Gleichzeitig ist es so, dass das Archiv von sehr vielen und vor allem von Personen von außerhalb genutzt wird. Und unsere Forschenden gehen mehr in andere Archive als in unser Archiv. Das ist ganz natürlich bei den vielen Forschungsfragen, da kann man nicht erwarten, dass sie für alle Fragen einschlägige Quellen ausschließlich hier im IRS finden. Und trotzdem ist die Schnittmenge groß, und wir tun viel dafür, die Verschränkung unter veränderten Voraussetzungen weiterzuführen.

Nicht zu vergessen sind Forschungs- und andere Projekte in den Sammlungen selbst, um etwa Erschließungsprozesse zu verbessern. Dafür nutzen wir auch Citizen-Science-Elemente und laden die Öffentlichkeit ein, sich mit ihrem Wissen zu beteiligen.

Während wir zusammensitzen, entsteht eine IRS aktuell-Ausgabe zur Globalisierung des Bauens. Inwiefern gehört es zu diesem Forschungsschwerpunkt, global zu forschen?

Monika Motylińska

Ein Umbruch kam für uns mit unserem Projekt zum Architekturexport der DDR. Das war der erste Moment, in dem wir tatsächlich die globalen und außereuropäischen Perspektiven in Betracht gezogen haben. Das hat sofort auch methodische Konsequenzen nach sich gezogen, denn wir wurden dann auch mit Fragen zu unserer Positionalität konfrontiert und mussten das ganz anders reflektieren. Ich will jetzt nicht sagen, dass man sich dem davor ganz entziehen konnte. Aber ich glaube, es hat vorher keinen so großen Stellenwert gehabt, dass wir unsere Rolle als Forschende so deutlich reflektieren. Das war wirklich der Moment, in dem wir angefangen haben, umzudenken. Was auch interessanterweise Konsequenzen für den ganzen Forschungsschwerpunkt hatte, denn wir konnten dann ganz anders ins Gespräch kommen.

Kerstin Brückweh

In den letzten Jahren habe ich durch meine Forschungen zur langen Geschichte der „Wende“, also der Zeit vor, während und nach 1989, aber auch erfahren, dass ich immer wieder – gerade in öffentlichen Diskussionen – meine Position erklären musste, also: ob ich in der DDR geboren bin. Ich finde, das ist eine verständliche Frage, weil es bestimmte Erfahrungsräume gibt, die ich nicht teile. Aber zugleich muss ich mich als Historikerin immer empathisch auf die historischen Akteure einlassen. Ich bin der Meinung, dass

wir zu allem forschen können, das heißt, es gibt keine Beschränkung für wissenschaftliche Neugier aufgrund von Herkunft, aber auch keine Berechtigung durch Herkunft. Wichtig ist die Begegnung, die Empathie, das Zuhören, das gemeinsame Gespräch. Wir dürfen es uns nicht gemütlich machen, sondern müssen mit allen sprechen und wach bleiben. Einige im Forschungsschwerpunkt, darunter auch ich, beziehen sich in ihren Forschungen auf Europa und vor allem auf Deutschland und versuchen, über Kooperationen und internationalen Austausch den Blick zu weiten – also Deutschland in den europäischen und internationalen Kontext zu setzen. Das ist über die Einladung von Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern, über Tagungen oder über eigene Vortragsreisen und anderes mehr zu realisieren. Ich bin an der Stelle stark geprägt durch meine sechsjährige Tätigkeit in London und die Vielzahl der Veranstaltungen, die wir dort für die Wissenschaft aber auch für eine interessierte Öffentlichkeit ausgerichtet haben. Es ist mir sehr wichtig, dass wir hier im Schwerpunkt über diese unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungshintergründe sprechen können.

Gibt es auch in den Sammlungen Zeugnisse globaler Beziehungen?

Kai Drewes

Ja, da haben wir etwas zu bieten. Das sind schon vor allem Sachen aus DDR-Perspektive, muss man sagen. Aber immerhin. Es geht zum einen um die Fachbeziehungen von Architektinnen und Architekten und vor allem auch um Gremien-Kontakte in die sozialistischen Länder der Welt, aber auch in nicht-sozialistische Länder. Das betrifft zum anderen ganz konkrete Projekte und Einsätze von Architekten, manchmal auch Architektinnen aus der DDR, insbesondere in Afrika, zum Teil auch in Asien, zum Beispiel schon in den 50er-Jahren in Nordkorea – eine sehr interessante Geschichte. Aber dann vor allem ab den 70er-, 80er-Jahren in Afrika, also beispielsweise Tansania, Mosambik, aber auch Nigeria als nicht-sozialistischer Staat. Da gibt es hochinteressante Unterlagen, die auch mittlerweile von der Forschung im Haus und darüber hinaus gerne genutzt werden.

Frau Motylińska, Ihre Gruppe heißt „Geschichte der gebauten Umwelt“. Was ist damit gemeint?

Monika Motylińska

„Gebaute Umwelt“ ist eine Übersetzung des englischen Ausdrucks „Built Environment“. In der englischsprachigen Architektur- und Stadtgeschichte ist er etabliert

seit, ich würde sagen, ungefähr 20 Jahren. Letztendlich geht es hier um die Erweiterung der Architekturgeschichte – von der Beschäftigung mit den Einzelobjekten und mit den konkreten Bauten hin zum Gesamtzusammenhang. Und es geht dabei nicht nur um den städtischen Kontext, der ist ja bereits abgedeckt durch die Stadtgeschichte oder Urban History. Sondern man beschäftigt sich genauer mit den Umweltbezügen des Bauens und ist zugleich auch offen für seine sozialen Kontexte, aber auch für die wirtschaftlichen Faktoren. Bei uns in der Forschungsgruppe geht es speziell sehr stark um die Geschichte der Materialität der gebauten Umwelt, also um die Frage, wie die Eigenschaften von Materialien und physischen Gegebenheiten in der Geschichte des Bauens wirksam wurden. Gerade Beton spielt in unseren gegenwärtigen Forschungen eine wichtige Rolle.

Ist der Begriff der gebauten Umwelt auch für den ganzen Forschungsschwerpunkt bedeutsam?

Kerstin Brückweh

Da ist für mich entscheidend, wie an der Stelle „Umwelt“ verstanden wird. Geht es um Umwelt im Sinn von natürlicher Umwelt, die wir schützen? Oder geht es mehr um die Frage: In welchem Verhältnis steht ein Bau zu seiner Umgebung? Dann wäre Umwelt so etwas wie Kontext und in der geschichtswissenschaftlichen Analyse müssen wir immer kontextualisieren. Andererseits kann auch gefragt werden: Was ist heute nicht gebaute Umwelt? Wenn der Begriff zu breit verwandt wird, dann ist er so beliebig, dass er analytisch nicht mehr trägt. Was mich als Zeithistorikerin interessieren würde, ist immer die kulturelle, die soziale, aber auch die informationelle Umwelt. Darunter würde ich auch so etwas fassen wie historische Zahlen und Statistiken für bestimmte Planungen, die um ein Bauprojekt herum stattfanden; für verschiedene Formen von Infrastrukturen, wobei ich „Infrastrukturen“ hier wieder ganz weit fassen würde. Dann finde ich es eigentlich einen ganz charmanten Begriff für den Forschungsschwerpunkt. Ich hätte es jetzt aber von mir selbst aus nicht unbedingt so gesagt, weil ich glaube, dass der Begriff der gebauten Umwelt, wie Monika ja erklärt hat, sehr stark aus der Architekturgeschichte kommt. Und der Forschungsschwerpunkt ist hier viel breiter aufgestellt. Nicht nur Architekturgeschichte, auch wenn sie einen sehr wichtigen Teil unserer Arbeit darstellt.

Monika Motylińska

Aber ich sehe hier eine gewisse Ähnlichkeit zu einem Begriff aus der Geographie, nämlich der Kulturlandschaft. Letztendlich ist mittlerweile alles Kulturlandschaft, weil man nirgendwo mehr von Naturzuständen

ausgehen kann, die vom Menschen nicht geprägt sind. Und in dieser Hinsicht wäre das auch eine Analogie, dass alles letztendlich auch gebaute Umwelt ist oder sein kann, je nachdem, wie wir das interpretieren. Ich finde auch den anderen Begriff, den du verwendest hast, ganz wichtig: nämlich den der Infrastruktur im weitesten Sinn.

Kai Drewes

Ich kann vielleicht noch ergänzen: In einer längerfristigen Perspektive gibt es Quellenfunde aus DDR-Schriftstücken, wo „gebauter Umwelt“ auch schon als Begriff verwendet wird. Das scheint dann aber irgendwann weniger geworden zu sein. Und die Frage ist: Zu welcher Zeit genau ist der Begriff aufgekommen, mit welchen Hintergründen und bis wann wurde er verwendet? Es scheint so zu sein, dass das ein Begriff vor allem aus den 60er- und 70er-Jahren war. Ich kann dazu aus dem Stegreif wenig sagen, ich weiß nur: Es gibt den Begriff, er taucht auf und er wird dann enger gefasst – für Bauten, aber offenkundig in einem größeren

Es ist für mich wirklich eine Freude, dass im Schwerpunkt Forschung und Archiv vereint sind!

Heißt Hinwendung zur gebauten Umwelt gerade bei den Sammlungen nicht auch, dass man anders sammelt, also nicht mehr „nur“ mit Blick auf Architektur und Städtebau?

Kai Drewes

Man kann natürlich zunächst mal sagen, dass wir ohnehin nicht immer beschränkt waren auf „reine“ Architektur und Städtebau. Das ist der Kern unserer Sammlungen, auch weiterhin. Aber wir haben jetzt schon sehr viel mehr, zum einen im planungsgeschichtlichen Sinn. Das betrifft sehr stark beispielsweise Regionalplanung, Landesplanung, das betrifft auch Verkehrsplanung, ganz viel Landschaftsplanung und Grünplanung – dazu haben wir wirklich viele Bestände, sehr

„Citizen Science wird hier im Forschungsschwerpunkt schon praktiziert. Das finde ich besonders herausfordernd, weil der wissenschaftliche Betrieb eigentlich keine Zeit lässt für das, was hier zwischenmenschlich zu leisten ist.“

Kerstin Brückweh

Maßstab. Und „Umwelt“ hat natürlich schon spezielle Implikationen im Denken, auch damals. Das mag mit Kybernetik als Paradigma in den 60er-Jahren zusammenhängen. Sicherlich gab es dieses Denken in Wirkungszusammenhängen schon vor den Umweltdiskursen der 70er-Jahre. Und die Frage ist: Bis wann wurde „gebauter Umwelt“ in der DDR verwendet als Begriff? Hatte das Anklänge an sowjetische Diskurse eventuell?

Monika Motylińska

Das ist auf jeden Fall etwas, das wir uns genauer angucken sollten: was wir in den Sammlungen schon zu der Begriffsgeschichte finden können. Und das können wir als Ausgangspunkt nehmen.

Kerstin Brückweh

Damit schlägst du etwas vor, was mir sehr am Herzen liegt, nämlich die Forschung mit den wissenschaftlichen Sammlungen zu verbinden. Dafür müssen wir, genau wie wir es jetzt tun, zusammensitzen und im Gespräch sein. Sonst kommen wir gar nicht unbedingt darauf, was alles in den Sammlungen vorhanden ist.

hochkarätige auch, aus der DDR-Zeit. Und wohin wir auch mehr und mehr gehen, sind sozialwissenschaftliche Beschäftigungen mit Gesellschaftsräumen, wenn man so will. Stadtsoziologie ist ein Beispiel. Befragungen, Statistiken, das spielt da alles mit hinein. Wir werden sicherlich nicht ein Allerweltsarchiv werden. Alltagsgeschichte interessiert uns natürlich auch, da haben wir noch zu wenig. Das wird sich aber auch nicht ohne Ende verändern lassen.

Monika Motylińska

Das ist etwas, was sich jetzt übersetzt auf die Architekturgeschichte als wichtiges Plädoyer sehe. Weil es auch bei uns ein Anliegen ist, sich die Alltagsarchitekturen anzuschauen, das Alltägliche im Gebauten zu analysieren und das deutlich mehr in den Fokus zu stellen als nur das Herausragende. Hier sehe ich das Potenzial für die Architekturgeschichte, von der Geschichte zu lernen, und andere Phänomene mit einzubeziehen, ohne zu werten und damit manchmal sogar abzuwerten.

Also Alltagsgeschichte als Fokus?

Kerstin Brückweh

Da die Alltags-, aber auch die Sozialgeschichte ein Schwerpunkt meiner Forschung ist, würde ich das sofort bejahen, aber darüber müssen wir in Ruhe sprechen. Sicherlich wird sich der zeitliche Fokus erweitern, denn bisher ging es deutlich um die DDR-Zeit, jetzt werden die 1990er stärker in die Sammlungsstrategie einfließen. Das verbindet sich dann wiederum mit einem unserer inhaltlichen Schwerpunkte: der Transformationsgeschichte. Es kommt jetzt auch darauf an, zu definieren, was wir künftig sammeln wollen. Was soll für die Nachwelt aufgehoben werden? Das ist schwierig, weil wir nicht wissen, was künftige Forscher und Forscherinnen interessieren wird. Deshalb ist es wichtig auch zu notieren, warum wir uns in diese oder die andere Richtung entscheiden. Aus aktuellem Anlass finde ich derzeit zum Beispiel biografische Erzählungen und kommunale Praktika oder Gemeindestudien interessant, die mehr über die Erfahrungen und den Alltag der historischen Akteure zu Tage fördern.

Wichtig ist dabei, dass Alltags- und Erfahrungsgeschichte nichts Beliebiges ist, wo jeder seine Meinung sagen kann, sondern erst eine Mehrzahl von Erzählungen, die sich wiederholen, werden als gesättigte Erzählmuster sichtbar. Sie können systematisch mit bestimmten Methoden herausgefiltert werden. Gerade für die Geschichte von Planungen ist auch die Wissensgeschichte interessant – also mit welchen Methoden, mit welchen Fragen, mit welchen Instrumenten wurde überhaupt das Wissen erzeugt, das dann zum Ausgangspunkt von Planung wurde? Für mich mit einem Schwerpunkt in der Wissensgeschichte ist es dann besonders interessant, nicht nur zu analysieren, was in den Archiven des Wissens enthalten ist und wie das durch wen und über welche Netzwerke dorthin gekommen ist, sondern selbst mitzugestalten. Ich hoffe sehr, dass der Zeit- und Arbeitsdruck hier nicht so hoch werden, dass diese wichtigen Momente der Metareflexion unter den Tisch fallen. Denn das müssen wir im Prinzip auch für nachfolgende Forschergenerationen festhalten.

Zusätzlich gibt es dann immer noch Funde nebenbei. Denn für gewöhnlich werden Quellen zur Alltagsgeschichte nicht gesammelt, sondern diese ergeben sich häufig aus anderen Quellen. Nebenbei laufen dann Kinder auf der Straße oder sind Balkonschmuck oder Weihnachtsbäume zu sehen. Es ist also immer eine Mischung aus gezieltem Sammeln und Nebenbei-Fundstücken und -Informationen. Das macht unser Dasein als Historiker und Historikerinnen erst aus, finde ich.

Möchten Sie als neue Forschungsschwerpunktleiterin auch grundsätzlich neue inhaltliche Akzente setzen?

Kerstin Brückweh

Durch mich wird es wahrscheinlich eine Verschiebung in Richtung Vorstadt oder auch Land geben. Also nicht mehr nur die Stadt als Untersuchungsraum, obwohl das sogar im Titel meiner Professur steht. Die Stadt ist für mich aber nur ein Raum neben mehreren. Und die Vorstadt wurde in der Geschichte auch häufig später zum Teil der Stadt. Ich werde also immer verschiedene Räume betrachten und damit auch die verschiedenen Wohnformen, die verschiedenen Wohntypen. Ob man nun in der Stadt wohnt oder im Einfamilienhaus am Stadtrand oder eben auf dem Land oder im Villenviertel – das macht einen Unterschied. Auf diese Differenzierungen werde ich noch viel stärker gucken und mich immer auch auf das lange 20. Jahrhundert beziehen, also im Prinzip die Zeitspanne vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Jetztzeit oder möglichst nahe dran an die Jetztzeit.

Und was mich zudem interessiert, was hier noch nicht so stark war, sind die Eigentumsformen. Es macht einen erheblichen Unterschied, ob man Eigentümer, zum Beispiel von einer Wohnung oder einem Haus, ist oder nicht. Das hat Auswirkungen darauf, wie man sich um Gebäude, um die gebaute Umwelt kümmert, nicht nur um das Gebäude, in dem man wohnt, sondern in einem größeren Kontext. Aspekte von Care, Repair, Instandhaltung werden an dieser Stelle stärker in die Forschung einfließen, dann aber auch Fragen von Materialität, aber vor allen Dingen auch Praktiken und Aneignungsformen. Und in einer eher sozialgeschichtlichen Richtung wird es um Fragen nach den sozialen Ungleichheiten gehen, und darum, wie diese eben auch durch die gebaute Umwelt bedingt sind.

Monika Motylińska

Das passt eigentlich sehr gut zu dem, was auch mir vorschwebt. Die Frage nach dem Landeigentum, das ist etwas, was wir bisher noch nicht untersuchen konnten. Aber das spielt natürlich auch eine enorm wichtige Rolle in den kolonialen und postkolonialen Kontexten in unseren Untersuchungsräumen. Und da sehe ich auch eine interessante Anknüpfungsmöglichkeit in Bezug auf die Transformationsforschung, weil wir uns letztendlich auch Kontexte der gesellschaftlichen und systemischen Transformation in anderen Ländern anschauen, wie in meinem Fall Südafrika. Also ich glaube, da gibt es auch sehr viele Möglichkeiten, um sich die 90er nicht nur in Deutschland anzugucken, sondern zum Beispiel im südlichen Afrika und vielleicht sogar auch in Argentinien, wo sehr spannende Par-

allelen, aber natürlich auch Unterschiede bestehen. Aber gerade in Bezug auf die gebaute Umwelt gibt es da auch noch viel Potenzial und bisher auch eine Lücke in der Forschung, diese sehr diversen Räume und Kontexte nebeneinander zu betrachten.

An Sie alle: Was wünschen Sie sich für Ihre Arbeit? Speziell: Für welche Aspekte Ihrer Arbeit wünschen Sie sich mehr Aufmerksamkeit?

Kai Drewes

Vielleicht ein oder zwei Botschaften dazu. Einerseits freuen wir uns natürlich sehr und sind auch darauf angewiesen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen an dem, was wir hier tun, indem sie uns an ihrem Wissen über bestimmte Dinge teilhaben lassen. Sowohl das Wissen in Form von Unterlagen als auch das Wissen, das praktisch im Kopf sitzt, das man nur durch Gespräche heraus zaubern kann, um die Zusammenhänge klarzumachen. Aber wir haben auf dem Schirm, dass immer noch viel an wirklichen Schätzen in Privatbesitz ist. Viele haben in verdienstvoller Weise Dinge gerettet um die Wendezeit. Ganz viel ist ja weggeschmissen und entsorgt worden in kürzester Zeit, aber manches ist zum Glück gerettet worden. Einiges davon haben wir mittlerweile hier, anderes noch nicht, und da freuen wir uns sehr, wenn wir noch mehr bekommen.

Und vielleicht eine zweite Botschaft, die hängt mit der ersten zusammen: Was wir tun, ist sehr voraussetzungsvoll und macht sich nicht von selbst. Also, wir würden natürlich auch gerne sehen, dass noch viel mehr digitalisiert ist und im Internet zur Verfügung steht – ganz niederschwellig und leicht zugänglich. Aber das muss getan werden, dafür braucht man Ressourcen. Wir brauchen Ressourcen, um die Sachen lagern, beschreiben, digitalisieren zu können, um Nutzende zu betreuen und so weiter und so fort. Das ist wirklich keine Sache, die sich von selbst macht. Und dann müssen wir immer wieder um Verständnis werben, dass wir Drittmittel brauchen, dass wir Haushaltsmittel brauchen. Also, Unterstützung jeglicher Art ist da gerne gesehen.

Kerstin Brückweh

Ich stimme Dir zu, Kai, dass dieses Wirken in eine wie auch immer geformte Öffentlichkeit etwas besonders Interessantes ist, aber auch eine große Herausforderung. Citizen Science wird ja im Forschungsschwerpunkt schon praktiziert. Das finde ich besonders herausfordernd, weil der wissenschaftliche Betrieb eigentlich keine Zeit lässt für das, was hier zwischenmenschlich zu leisten ist. Denn wenn wir Citizen Science nicht richtig betreiben, wenn wir die Akteure nur zu Forschungsobjekten machen und nicht als Subjekte, also als Handelnde, betrachten, dann haben wir ein Problem. Dann

richten wir im schlimmsten Fall mehr Schaden an, als wir irgendwie Positives erreichen mit diesen Citizen Science-Ansätzen. Und gleichzeitig zählt das im Wissenschaftsbetrieb nicht. Also, das kann nicht mit Publikationen im Peer Review oder ähnlichen Verfahren gemessen werden. Das ist etwas, wo sich die Wissenschaft und die für das Wissenschaftssystem Verantwortlichen wirklich überlegen müssen, was sie für die Gesellschaft leisten wollen, gerade in aufgeladenen Zeiten. Wie soll wissenschaftliches Publizieren und Einbindung der Öffentlichkeit erreicht werden? Top-down oder dialogisch? Ich bin klar für dialogisch. Für diese zwischenmenschliche Arbeit brauchen wir mehr Anerkennung. Es ist auch unsere Aufgabe, immer wieder mit Mut und Augenmaß an diesen Strukturen zu kratzen.

„Wir müssen viel besser auf die realen Bedingungen eingehen, unter denen unsere Partner im ‚Globalen Süden‘ arbeiten.“

Monika Motylińska

Monika Motylińska

Das passt sehr gut zu dem, wofür ich auch plädieren möchte, mit Blick auf unsere internationalen Netzwerke, die wir für eine global orientierte Forschung brauchen. Hier geht es auch um zwischenmenschliche Arbeit, die nicht ausreichend anerkannt wird. Zudem bewegen wir uns in Kontexten mit krassen Ungleichheiten, und es ist nicht immer möglich, unsere deutschen Standards, die sich in unseren formalen Regelungen zeigen, eins zu eins auf unsere Kooperationspartner zu übertragen, nehmen wir hier als Stichwort das Bundesreisekostengesetz. Wir müssen viel besser auf die realen Bedingungen eingehen, unter denen unsere Partner im „Globalen Süden“ arbeiten. Hier können wir uns in der wissenschaftlichen Community, aber auch in der Gesellschaft allgemein noch stärker dafür einsetzen, dass forschungsethische Fragen deutlich stärker in den Vordergrund gestellt werden. Was heißt es überhaupt, wirklich international miteinander zu kooperieren?

Vielen Dank für das Gespräch!



KONTAKT

Prof. Dr. Kerstin Brückweh
Dr. Kai Drewes
Dr. Monika Motylińska

Digitalisierte Stadtplanung: Ein neues Nord-Süd-Gefälle?

Die Nutzung digitaler Tools in der baulichen Planung ist inzwischen weltweit gelebter Standard. Das hat die Planungspraxis grundlegend verändert – und verstärkt potenziell bereits bestehende Ungleichheiten zwischen dem „Globalen Norden“ und dem „Globalen Süden“. Zu diesem Ergebnis kommt das Team des IRS-Projekts „Digitale städtebauliche Planungen“.

*Text von
Prof. Dr. Gabriela Christmann*



Lagos und seine Lagune
mit Blick auf das Bauprojekt
Eko Atlantic (Nigeria)

Die Arbeit von Planungsbüros weltweit, wie die praktisch aller anderer Branchen auch, stützt sich inzwischen selbstverständlich auf digitale Technologien. Dabei geht es jedoch nicht nur um die üblichen digitalen Kommunikations- und Organisationssysteme, die in allen Büros genutzt werden. Planungsbüros nutzen spezifische Anwendungen, mit denen Räume datengestützt abgebildet, modelliert, analysiert, visualisiert und auch – zunächst im Modell, später in Wirklichkeit – verändert werden. Eine Reflexion über diese Art der Digitalisierung und ihre gesellschaftlichen Folgen ist dringend geboten, findet aber noch viel zu wenig statt.

Am IRS haben wir in den letzten Jahren intensiv die Auswirkungen von Digitalisierungsprozessen untersucht. Der Fokus lag dabei auf sozial-räumlichen Transformationen, also auf der Veränderung konkreter Räume und ihren sozialen Dimensionen. In einem Teilprojekt des Sonderforschungsbereichs „Re-Figuration von Räumen“ der Technischen Universität Berlin widmeten wir uns von 2018 bis 2021 den „Digitalen städtebaulichen Planungen“. Geleitet von der Autorin dieses Textes waren daran mit Martin Schinagl und Sophie Mélix noch zwei weitere Mitarbeiter*innen am IRS beteiligt. Die beiden letzteren legten zusätzlich Dissertationen zu dem Thema vor. Unsere Kernfrage, auf die wir in unserem Projekt Antworten suchten, lautete: Gibt es globale Gemeinsamkeiten bei aktuellen Planungspraktiken, die auf die Digitalisierung zurückzuführen sind, und die unabhängig von verschiedenen kulturellen Kontexten auftreten?

Forschung in Afrika, Europa und Nordamerika

Erste Literaturanalysen zeigten uns bereits zu Beginn des Projektes, dass es sich beim digitalisierten Planen tatsächlich um ein globales Phänomen handelt – gute Voraussetzungen also, um die Auswirkungen der Digitalisierung in verschiedenen Weltregionen zu untersuchen. Wir waren uns dabei bewusst, dass spezifische Stadtplanungskulturen, nationale Planungssysteme, aber auch übergreifende kulturelle Spezifika Planungspraktiken prägen können. Unsere Kernfrage war deshalb in diesem Spannungsfeld zwischen globaler Verbreitung und lokaler Spezifik verortet.

Um möglichst unterschiedliche kulturelle Kontexte berücksichtigen zu können, wählten wir vier Städte in drei Ländern aus: New York City (USA/Nordamerika), Frankfurt am Main und Berlin (Deutschland/Europa) sowie Lagos (Nigeria/Afrika). Insgesamt haben wir in den genannten vier Städten über mehrere Wochen empirische Daten erhoben. Wir sprachen mit über 50 Planer*innen und Expert*innen, und besuchten zwei Dutzend private Planungsbüros und öffentliche Pla-

nungsbehörden, die wir teilweise auch bei ihrer Arbeit beobachten durften. Alle der von uns ausgewählten Einrichtungen verfügen über langjährige Erfahrungen mit digitalen Tools und haben zahlreiche Stadtplanungsprojekte damit durchgeführt. Zusätzlich werteten wir für unsere Analyse Dokumente aus.

Digitalisierung in der Planung – weltweit, aber zeitversetzt

Wenig überraschend stellte sich schnell heraus, dass die USA, und insbesondere New York City, in Sachen digitaler Planung schon seit den 1990er-Jahren Vorreiter sind; gefolgt von Deutschland, wo seit den 2000er-Jahren mit digitalen Werkzeugen experimentiert wird. Nigeria zählt hingegen zu den Spätentwicklern, hat in den 2010er-Jahren aber deutlich aufgeholt und entwickelt sich innerhalb Afrikas recht dynamisch. Das Land nimmt damit innerhalb Afrikas eine Vorreiterrolle ein. Insgesamt konnten wir feststellen, dass an den vier untersuchten Orten der Einsatz von digitalen Tools – wie etwa von geographischen Informationssystemen (GIS) – im Planungshandeln weit verbreitet und auffallend ähnlich ist, und das, obwohl die kulturellen Kontexte so unterschiedlich sind.

Geographische Informationssysteme sind umfassende Datenbanken, in welchen Daten nicht nur thematisch sortiert, sondern räumlich verortet sind. Diese Systeme gestatten neben der Erfassung von Geodaten auch deren Analyse und Darstellung in Form von Karten oder 3D-Szenarien. Dafür müssen die räumlichen Gegebenheiten natürlich zunächst einmal grundlegend erfasst und kartiert worden sein. Hier stellten wir zwischen Lagos und den anderen drei Städten Unterschiede fest: Während in den USA und Europa bereits umfassende Datenbanken bestehen und aktuell deren Vernetzung und Verbesserung vorangetrieben wird, steht in der Mega-City Lagos die Datenerfassung noch am Anfang. Für diese Ersterfassung werden nicht etwa Vermesungsteams losgeschickt, sondern Drohnen.

Was wir außerdem herausfanden: Die Planungspraxis findet oft nicht (mehr) vor Ort statt. Zunehmend werden Planungsprojekte translokal, also arbeitsteilig und standortübergreifend, oft sogar global verteilt, bearbeitet. Dies erfordert nicht nur die Ausstattung mit den gängigen digitalen Technologien an allen beteiligten Standorten, sondern etwa auch gemeinsame Serverstrukturen und VPN-Tunnel. Die hohen Kosten, die für die Anschaffung und Wartung der beschriebenen digitalen Tools anfallen, spielen in Nigeria noch immer eine Rolle, während sie in den Städten des „Nordens“ bereits eingepreist sind.

Digitale Daten ersetzen Präsenz vor Ort

Getrieben und ermöglicht wird dieses translokale Vorgehen durch die „Datafizierung“ von Räumen. Die digitale Erfassung von immer mehr Räumen mit verschiedensten Parametern hat bereits – zumindest in der nördlichen Hemisphäre – in größtem Ausmaß stattgefunden. Die Bereitstellung und Vernetzung dieser digitalen Daten in GIS-Datenbanken hat die Planungspraxis schon heute stark verändert: Planende verlassen sich zunehmend auf Daten und strukturieren Räume auf deren Basis weiter – teilweise ohne, dass sie selbst schon einmal vor Ort waren. Überwiegend technisierte Konstruktionen von Raumwissen durch GIS und digitale Kartendienste ersetzen zunehmend Begehungen und physische Präsenz.

Der Mangel an direkter Interaktion mit den räumlichen und kulturellen Kontexten der geplanten Räume wird – so vermuten wir – in Zukunft zunehmend standardisierte und rationalisierte Planungsergebnisse hervorbringen. Für Länder des „Globalen Südens“ könnten solche Entwicklungen einen Verlust an Kontrolle und Autonomie bedeuten, und zwar darüber, wie ihre eigenen (Stadt-) Räume geplant und gestaltet werden.

Untermauern lässt sich diese Deutung am Beispiel des Unternehmens Kohn Pedersen Fox (KPF), wie Martin Schinagl herausarbeitete. 1976 in New York City gegründet, hat sich das Unternehmen inzwischen zu einem typischen Global Player in der Welt der räumlichen Planung entwickelt. In dem Unternehmen arbeiten heute mehr als 700 Mitarbeiter*innen an neun Standorten in der nördlichen Hemisphäre, darunter in London, Shanghai und Berlin. So soll eine kontinuierliche und schnelle Bearbeitung von Projekten im Zeitablauf über den Globus hinweg ermöglicht werden. Die Standorte der Planungsprojekte und -gebiete von KPF sind – und auch das ist typisch – im Gegensatz zu den Arbeitsstandorten weltweit verteilt und umfassen durchaus auch solche im „Globalen Süden“.

Ein neues altes Gefälle

Als wir die Niederlassungen und die Projektstandorte der von uns untersuchten Planungsbüros näher betrachteten, wurde dieses räumliche Muster noch einmal deutlicher: Es zeigten sich vernetzte und weitreichende Aktivitäten, und damit eine globale Verteilung der Planungspraxis. Gestützt auf digitale Infrastrukturen können Global Player mit bis zu mehreren tausend Mitarbeitenden eine weltweite Reichweite erreichen und komplexe und kapitalintensive Projekte umsetzen. Die Verteilung zeigt dabei aber gleichzeitig auch räumliche Disparitäten auf: Die digitalisierte Planungspraxis erfolgt zunehmend nur in eine Rich-

tung: vom „Globalen Norden“ in den „Globalen Süden“. Einen Global Player aus Lagos gibt es (bis heute) nicht.

Was also sichtbar wurde, und im Übrigen auch in zahlreichen Interviews erwähnt wurde, ist ein deutliches „Nord-Süd-Gefälle“ bei der digitalen Planung. Damit ist das, was die Digitalisierung in der Planungspraxis eigentlich ermöglicht, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Raumwissen und Planungsideen über große Distanzen hinweg, unter den Planungsakteuren weltweit ungleich verteilt. Die Digitalisierung der Planungspraxis an sich hat dominante, teilweise hegemoniale oder postkoloniale Machtstrukturen und Ungleichheiten auf globaler Ebene nicht überwunden. Stattdessen wurden sie reproduziert. Es bleibt abzuwarten, ob Länder des „Globalen Südens“ diese ungleich verteilte Planungspraxis künftig als eine Form der „digitalisierten Kolonialisierung“ durch Länder des „Globalen Nordens“ wahrnehmen werden.

Leider war es auch uns nicht möglich, uns intensiv mit unseren Fachkolleg*innen aus Nigeria zu unseren Daten, Befunden und Schlussfolgerungen auszutauschen – ganz anders als wir es angestrebt und geplant hatten –, denn die COVID-19-Pandemie hat unsere Forschungen, gerade in Nigeria, stark eingeschränkt. Die Erforschung der Auswirkungen der Digitalisierung muss auch daher fortgesetzt, und die Debatte über ihre Auswirkungen auf sozialräumliche Transformationen weltweit geführt werden.



KONTAKT
Prof. Dr. Gabriela Christmann

Der Sonderforschungsbereich 1265 „Re-Figuration von Räumen“ wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Das IRS ist über den Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ am SFB beteiligt, dessen Koordination bei der Technischen Universität Berlin liegt. Der SFB läuft seit 2018 und befindet sich in seiner zweiten Förderphase (2022-2025). Das Projekt „Digitale städtebauliche Planungen: Planerisches Handeln und materiell-physische Anordnungen“ (2018-2021) wurde am IRS im Rahmen des SFB bearbeitet.

Publikation

Martin Schinagl (2022)

Digitale Stadtplanung
Alltag und Räume technisierten
Planens

transcript, Bielefeld
OPEN ACCESS



Was bedeutet „Globaler Süden“?

Wenn vom „Globalen Norden“ und dem „Globalen Süden“ gesprochen wird, ist damit eine Beziehung gemeint, die von einer langen Geschichte der Kolonialisierung geprägt ist. Die Anführungszeichen, die in diesem Heft durchgängig verwendet werden, signalisieren dabei, dass die so angesprochenen Räume eben nicht gleichbedeutend sind mit der nördlichen und der südlichen Halbkugel der Erde. Die Bezeichnung verweist auf einen dynamischen Diskurs und nicht auf fixe Kategorien. Dennoch lassen sich Länder grob zuordnen. Zu den wichtigsten Kolonialmächten gehörten bekanntlich Spanien, Portugal, Großbritannien, Frankreich, das Deutsche Kaiserreich, aber auch die USA, Russland sowie Japan. Für die kolonisierten Länder bedeutete die Kolonialisierung eine Zeit der Unterdrückung der kulturellen Formen, die dort existierten, aber auch der Ausbeutung durch einen massiv und gewaltsam betriebenen Ressourcenabbau sowie der Vertreibung und/oder Versklavung ganzer Bevölkerungsgruppen.

Der Begriff der Dekolonialisierung wurde eingeführt, um die Ablösung der kolonisierten Länder von ihrer jeweiligen Kolonialherrschaft und die Wiedererlangung staatlicher, wirtschaftlicher und kultureller Autonomien zu beschreiben. Prozesse der Dekolonialisierung setzten in den Weltregionen unterschiedlich ein: im 18. und 19. Jahrhundert in Südamerika, nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Südostasien, und später in Nord- und Subsahara-Afrika. Gemeinhin wird jedoch beklagt, dass es in dieser Hinsicht nie klare Zäsuren gab. Vielmehr muss

ein Nachwirken, wenn nicht sogar ein Fortbestehen von Beziehungsmustern kolonialer Herrschaft festgestellt werden, was heute unter dem Begriff des Postkolonialismus diskutiert wird. Die Bezeichnung „Globaler Norden“ steht in diesem Kontext für die immer noch privilegierte Position – überwiegend westlich geprägter – Industrienationen, während der Begriff des „Globalen Südens“ gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich immer noch benachteiligte Länder bezeichnet.

Sensibilisierungen für Fragen des Postkolonialismus haben erst in den 1980er-Jahren eingesetzt. Inspiriert wurden sie durch Wissenschaftler wie den Ethnologen Arjun Appadurai und den Theoretiker Homi K. Bhabha. Seit den 2000er-Jahren werden sie nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch öffentlich verstärkt diskutiert. Auch und gerade in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung haben sie Bedeutung erlangt, wenn es darum geht, sozio-räumliche Transformationen zu verstehen und vor allem fortbestehende globale Ungleichheiten zu erkennen. Zunehmend haben Wissenschaftler*innen erkannt, dass es enorme Forschungsbedarfe gibt. Die institutionalisierte Wissenschaft weiß viel über Länder des „Globalen Nordens“, aber nur wenig über Länder des „Globalen Südens“ – ein Ergebnis struktureller Ungleichheiten im globalen Wissenschaftssystem. Das gilt

besonders, wenn es um Beziehungsmuster in und zwischen Ländern des „Globalen Südens“ in Zeiten von Modernisierung, Globalisierung, digitaler Vernetzung, erhöhten räumlichen Mobilitäten, Migration oder Klimawandel geht.





Forschen auf Augenhöhe

Wenn Wissenschaftler*innen aus dem „Globalen Norden“ über Fragen der Raumentwicklung im „Globalen Süden“ forschen, riskieren sie, Missverständnissen aufzusitzen und postkoloniale Ungleichheitsstrukturen zu reproduzieren. Ein internationales Netzwerk zur urbanen Nachhaltigkeitsforschung und Methodenausbildung geht einen anderen Weg: Es arbeitet daran, gemeinsam und auf Augenhöhe zu forschen. Ungleichgewichte bei der Ressourcenausstattung versucht es aufzufangen.

*Text von
Prof. Dr. Gabriela Christmann*

Wie kann Forschung zu Raumentwicklungsfragen im „Globalen Süden“ organisiert werden, wenn sie postkolonialen Ungleichheitsstrukturen begegnen will? Und können wir als Forschende, die im „Globalen Norden“ sozialisiert sind, solche Forschungen überhaupt unternehmen? Die Frage stellt sich in methodologischer und forschungsethischer Sicht.

In methodologischer Sicht, weil alle, die im „Globalen Norden“ sozialisiert sind, sich nur in begrenztem Umfang Gegenstände und Prozesse in Ländern des „Globalen Südens“ erschließen können – und umgekehrt. Das gilt sowohl für die qualitative wie für die quantitative Forschung. So gilt es in der Umfrageforschung als sehr schwierig, standardisierte Befragungen in internationalen Kontexten durchzuführen.

Das Problem fängt damit an, wie man Interviewfragen formuliert, damit sie beim Gegenüber auch „richtig“, also im Sinne der dahinterstehenden Forschungsfrage, verstanden werden (können). Letztlich besteht diese Herausforderung nicht nur für Forschungen mit globaler Reichweite. Das Problem kann schon auftreten, wenn Deutsche über Frankreich forschen – oder umgekehrt. Nach der Friedlichen Revolution von 1989 und dem Beitritt der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gab es sogar innerhalb Deutschlands (aufgrund verschie-

dener Sozialisationserfahrungen in zwei unterschiedlichen politischen Systemen) Missverständnisse und Fehlerquellen im empirischen Forschen.

Das Problem verschärft sich umso mehr, je mehr sich die Kontexte der Forschenden und der Beforschten sprachlich, politisch oder kulturell unterscheiden, und vor allem je mehr die Kontexte durch Logiken, Rationalitäten und Erfahrungswelten charakterisiert sind, die sich gegenseitig fremd sind. Natürlich können sich Forschende grundsätzlich sehr viel Wissen über den von ihnen beforschten Kontext aneignen. Es ist aber eine Frage, ob dieses Wissen im Rahmen eines Forschungsvorhabens tatsächlich in der gebotenen Zeit und in hinreichender Tiefe erworben werden kann.

Das bringt mich zu der Frage, ob es forschungsethisch überhaupt wünschenswert ist, als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler des „Globalen Nordens“ über den „Globalen Süden“ zu forschen. Britische Kolleg*innen berichten, dass sie es mitunter sehr schwer haben, in Indien zu forschen. Das legt nahe, dass auch sie als Forschende, zumindest aus Sicht mancher Menschen in Indien, die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien repräsentieren. Sie stoßen auf Widerstand oder zumindest auf Zurückhaltung. Aus historischen leidvollen Erfahrungen mit der Kolonialmacht vermuten

indische Akteure neue Formen der Ausbeutung (etwa in der Form eines Abgreifens von Wissen). Doch auch ohne direkten Bezug zu einer ehemaligen Kolonialmacht haben Menschen in Ländern des „Globalen Südens“ Gründe, um Vorbehalte gegenüber Akteuren des „Globalen Nordens“ zu hegen. Die Gründe dafür liegen in den historisch tief verwurzelten und in der Gegenwart noch lebendigen Kolonialisierungserfahrungen, aber auch in den aus ihrer Sicht immer wieder neu genährten Erfahrungen von geringer Wertschätzung oder Vernachlässigung, bei gleichzeitigen Versuchen der Ausbeutung, Bevormundung oder Fremdbestimmung.

Wie lässt sich mit diesen Problemen forschungspragmatisch in angemessener Weise umgehen? Müsste man nicht so konsequent sein und entsprechende Forschungen unterlassen?

Nein. Als Partner im „Global Center for Spatial Methods on Urban Sustainability“ (GCSMUS) und im Sonderforschungsbereich „Re-Figuration von Räumen“ an der Technischen Universität Berlin haben wir am IRS gelernt, dass wir nicht über den „Globalen Süden“, sondern idealerweise zusammen und auf Augenhöhe mit Wissenschaftler*innen aus dem „Globalen Süden“ in deren Ländern forschen sollten. Nur zusammen mit ihnen, in einem intensiven fachlichen Austausch, mit ihrem Wissen und ihrer Expertise, können wir methodische Forschungsinstrumente in geeigneter Form entwickeln und absichern, Daten angemessen interpretieren und verstehen und Ergebnisse richtig einordnen. Das ist nicht immer einfach, denn Forschungsprogramme, über die gemeinsame Forschungsprojekte durchgeführt werden können und in denen Wissenschaftler*innen des „Globalen Nordens“ und „Südens“ gleichermaßen finanziert werden, sind leider (noch) eher selten. Ganz generell findet man Forschende aus dem „Globalen Süden“ auch wesentlich seltener auf internationalen Konferenzen oder Workshops, weil deren Wissenschaftsinstitutionen im Vergleich mit denen des „Globalen Nordens“ mit deutlich schlechteren finanziellen Ausstattungen zurechtkommen müssen. Deshalb sind sie auch in Forschungsnetzwerken unterrepräsentiert. Als Gastwissenschaftler*innen werden sie zudem, als Folge davon, weil sie weniger sichtbar sind, seltener eingeladen. Auch die Ausbildung und Förderung von Promovierenden des globalen Südens, die interessante Forschungen zu ihren Regionen durchführen, ist noch eher unbefriedigend.

GCSMUS ist angetreten, diese Situation zu verbessern. Finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen des DAAD-Programms „Higher Education Excellence in Development Cooperation – exceed“ wurde ein Netzwerk mit 48 Partnern aus 47 Ländern und acht Weltregionen aus dem „Globalen Süden“ aufgebaut. Im

Netzwerk wird jährlich eine große internationale Konferenz abgehalten, in der entsprechend in hohem Maße Wissenschaftler*innen des „Globalen Südens“ präsent sind, sei es als Vortragende und/oder als Session Organizers. Dafür können sie aus dem Netzwerk Reisemittel beantragen. Ein besonderes Augenmerk gilt ferner der methodischen Ausbildung und Förderung von Doktorandinnen und Doktoranden aus diesen Ländern. Das inhaltliche Augenmerk des gesamten Netzwerks ist auf einen intensiven Austausch über und eine gemeinsame Entwicklung von neuartigen empirischen Forschungsmethoden für die sozialwissenschaftliche Raumforschung gerichtet, und zwar speziell für das Forschungsfeld urbane Nachhaltigkeit – sowohl in Ländern des „Globalen Südens“ als auch des „Globalen Nordens“. Im Rahmen von Workshops wird nicht nur international, sondern interdisziplinär gearbeitet, um von den verschiedenen Perspektiven und Ansätzen gegenseitig lernen zu können. So sollen die Grundlagen für eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen raumwissenschaftlich forschenden Wissenschaftler*innen aus dem „Globalen Süden“ und dem „Globalen Norden“ geschaffen werden. Im Sonderforschungsbereich „Re-Figuration von Räumen“ wird das Netzwerkwerk von GCSMUS zwar nicht ausschließlich, aber ganz wesentlich genutzt, um Gastwissenschaftler*innen aus Ländern des „Globalen Südens“ mehrere Monate in den SFB an die TU Berlin einzuladen. Mit ihnen können Forschende der SFB-Teilprojekte, die Forschungen in jeweils passenden Ländern in Afrika, Südamerika oder etwa Südostasien unternehmen, zusammenarbeiten. Sie können methodische Fragen und empirische Zugänge diskutieren, aber auch Datenmaterial präsentieren und interpretieren, sowie vorläufige Ergebnisse zur Diskussion stellen. Natürlich haben die Gastwissenschaftler*innen ihrerseits zahlreiche Gelegenheiten, ihre Forschungen vorzustellen.

Insgesamt erweist sich die Arbeit im GCSMUS-Netzwerk als sehr erfolgreich. Es ist leichter geworden, Wissenschaftler*innen aus dem „Globalen Süden“ einzuladen und Workshops mit ihnen zu veranstalten, weil sie über die Netzwerkregistrierung sichtbar sind und leicht kontaktiert werden können, aber auch weil finanzielle Mittel dafür abgerufen werden können. Gerade auch junge Wissenschaftler*innen können so besser gefördert werden. Im Rahmen von Workshops ist dabei immer wieder erstaunlich, wie in den Diskussionen ganz andere Perspektiven und Interpretationen entwickelt werden, als es meiner Erfahrung nach sonst der Fall ist. Das ist besonders – wenn auch nicht nur – im Themenfeld der Postkolonialismusforschung auffällig. Die Erfahrungswelten von Kolleg*innen aus dem „Globalen Süden“ sind hier unverzichtbar und erweitern unsere bisherigen Denkhorizonte.

 **KONTAKT**
Prof. Dr. Gabriela
Christmann

Wer aus dem Raster fällt

Die deutschen Institutionen der Wissenschaftsförderung und der internationalen Kooperation haben einen großen blinden Fleck. Die Hürden, die internationalen Forschenden, besonders aus dem „Globalen Süden“, in den Weg gelegt werden, wenn sie mit deutschen Einrichtungen kooperieren, zeigen: Es gibt in Deutschland ein strukturelles Unvermögen, internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu organisieren. Wir können uns diese Unbeweglichkeit nicht mehr leisten.

von Monika Motylińska

Am 11. Juli 2023 hielt ein westafrikanischer Wissenschaftler einen Gastvortrag im Rahmen des Midterm Workshops unseres Projekts „Conquering (with) Concrete“, gefördert im Freigeist-Programm der Volkswagen-Stiftung. Der Wissenschaftler möchte nicht mit seinem richtigen Namen genannt werden, weshalb er von nun an Professor Thomas genannt wird. Unsere Projektgruppe arbeitet intensiv mit Partner*innen in Westafrika und anderen Regionen des „Globalen Südens“ zusammen. Damit entsprechen wir den Zielen führender deutscher forschungspolitischer Institutionen wie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Professor Thomas ist ein renommierter Architekturhistoriker, der zu den wichtigsten Kooperationspartner*innen unserer Forschungsgruppe zählt. Wir hatten ihn zu uns ans IRS eingeladen, um vor Ort in Erkner zu sprechen. Dazu kam es nicht. Der Vortrag wurde schließlich online gehalten. Damit entging uns das, was Begegnungen für die Wissenschaft so wertvoll macht: die Kreativität des Moments, der persönliche Austausch, die unmittelbare Erfahrung, wie Forschende anderswo arbeiten, in welchen Kontexten sie sich bewegen. Warum es nicht geklappt hat, und warum das kein Unfall war, sondern Folge eines tiefsitzenden Strukturproblems nicht nur der deutschen Wissenschaftsförderung, sondern des gesamten deutschen „Apparats“ der internationalen Kooperation, darum geht es hier.

Der Hauptgrund für das Scheitern von Professor Thomas Reise ist schlicht: Er bekam kein Visum. Deutschland verfügt nicht über das Format des Konferenzvisums, das Forschenden kurze Aufenthalte für wissenschaftlichen Austausch ermöglichen würde. Stattdessen muss ein reguläres Kurzzeitvisum für den Schengenraum für 90 Tage beantragt werden. Bei der Antragstellung konkurriert man dann mit allen anderen Reisenden, und diese Konkurrenz ist hart. Professor Thomas bekam noch nicht

einmal einen Termin bei der zuständigen Auslandsvertretung. Dabei fehlte es weder an Zeit noch an Engagement. Programm und Einladung waren mehrere Monate im Voraus finalisiert. Unser gesamtes Forschungsteam jagte im offiziellen Onlinesystem des Auswärtigen Amts Tag und Nacht nach einem Termin – vergeblich. Auch Anrufe bei dem zuständigen Konsulat halfen nicht. Wir scheiterten schon am Visumsantrag. Folgerecherchen zeigten, dass sich die Situation über den Sommer 2023 nicht besserte. Und unsere langjährige Forschungserfahrung in Westafrika lehrt uns zudem, dass die Chancen auf ein deutsches Visum für Reisende aus dieser Region schlecht sind. Über die Gründe lässt sich nur mutmaßen. Wie ein Konferenzvisum funktioniert, erfahren wir allerdings 2021 bei einer Reise nach Pakistan: Sobald von Gastgeberseite alle Auflagen erfüllt sind, dauert das Onlineverfahren zwei Tage.

Wäre Professor Thomas nach Deutschland gekommen, hätte es weitere Probleme gegeben. Der Wissenschaftler hatte zur Vorbereitung auf seinen Vortrag umfangreich in Archiven recherchiert. Er verdiente eine Aufwandsentschädigung. Im Zusammenhang mit seiner Reise hätte er außerdem viele Ausgaben gehabt, angefangen bei Verpflegung. Bei Gästen aus dem „Globalen Süden“ kann nicht pauschal davon ausgegangen werden, dass sie eine finanziell reich ausgestattete Institution im Rücken haben. Das Bundesreisekostengesetz (BRKG) ist umgekehrt extrem restriktiv bei der Frage, was man alles erstatten darf: Flug bzw. Fahrt und Übernachtung, mehr nicht. Also auch keine Verpflegungspauschale. Ein Honorar – das von den Regelungen des BRKG nicht berührt wird – ist hier die einzige Möglichkeit dafür zu sorgen, dass eine Reise nicht am Geld scheitert. Hinzu kommt noch eine viel grundsätzlichere Überlegung: Bei unseren Forschungen in Westafrika hat Professor Thomas uns sehr geholfen. Ohne seine Gastfreundschaft, Kontakte und Expertise wären wir nicht weit gekommen – immerhin ist die Region, in



der wir zusammen geforscht haben, vom Auswärtigen Amt als Risikogebiet kategorisiert. Er ist in Vorleistung gegangen. Kooperation aber erfordert Reziprozität. Es wäre nun an uns gewesen, unserer Wertschätzung Ausdruck zu verleihen. Leider ist die Zahlung von Honoraren aus unserer Förderung durch die VolkswagenStiftung nicht möglich.

Dennoch konnten wir den Arbeitsaufwand – theoretisch – entschädigen. Für seinen Onlinevortrag sollte Professor Thomas ein Honorar von 500 € aus dem Internationalisierungsbudget des IRS bekommen. Doch die beauftragte Überweisung kam auch nach mehreren Versuchen nicht durch. Professor Thomas' Bank ist an das SWIFT-Zahlungssystem angebunden. Aus uns nicht ersichtlichen Gründen konnte die Bank in Erkner dennoch nicht mit ihr kommunizieren. Die Nutzung von Zahlungsanbietern, die sich auf Märkte im „Globalen Süden“ spezialisieren, wie beispielsweise Western Union, ist bei Überweisungen an Externe für das IRS nicht zulässig. Auch die Zahlung scheiterte übrigens nicht am Engagement. Die Finanzverwaltung des IRS legte große Geduld und Durchhaltevermögen an den Tag. Am Ende gelang eine Scheck-Überweisung an Professor Thomas' Bankfiliale, die ihm das Geld auszahlen konnte. Professor Thomas erhielt sein Honorar am 6. Dezember 2023, fünf Monate nach seinem Vortrag.

Die Geschichte von Professor Thomas' gescheitertem Besuch in Erkner ist weder besonders extrem noch besonders selten. Viele in der wissenschaftlichen Community, die über den „Globalen Norden“ hinaus kooperieren, erleben Enttäuschung und Dilemmata, die uns schlaflose Nächte bereiten und an den Rand der Verzweiflung bringen. Nichts hat mich in den letzten Jahren so viel Zeit und Kraft gekostet, wie die Auseinandersetzungen mit den formellen Hürden in Deutschland, die größtenteils an den gesetzlichen Rahmenbedingungen hängen; allen voran: dem Bundesreisekostengesetz.

Doch auch die Institutionen der Forschungspolitik und -förderung ziehen Kritik auf sich. Die Frustration unter Wissenschaftler*innen ist so groß, dass eine Gruppe von 27 Institutionen und 49 individuellen Forschenden im April 2022 einen offenen Brief an die Spitzen von BMBF, DFG und DAAD veröffentlichte. Darin beklagen die Unterzeichnenden unter anderem Überregulierung, Benachteiligung von Forschenden aus und Kooperationen mit dem „Globalen Süden“ sowie latentes Misstrauen selbst gegenüber renommierten Forschungseinrichtungen des „Südens“. Was sie fordern, ist nicht neu: Entbürokratisierung, direkte Mittelvergabe an Partner und mehr Vertrauen.

Ein Beispiel der jüngeren Zeit zeigt, wie schwierig das ist, selbst bei einer Maßnahme, die eigentlich einen

Hoffnungsschimmer darstellt. Bei der DFG ist ein Modul beantragbar, das es ermöglicht, die Stellen direkt an den Universitäten in den Kooperationsländern zu finanzieren. Dank der organisatorischen Unterstützung im IRS ist es auch möglich geworden, dass Anteile von Projektmittel-Overheads (die „Verwaltungskosten“) an Partnerinstitutionen im „Globalen Süden“ zu übertragen. Doch auch dieses Format ist mit Einschränkungen verknüpft. Es fängt damit an, dass das Modul „Kooperationen mit Entwicklungsländern“ heißt. Gerade in postkolonialen Kontexten ist diese Titulierung brisant, und es ist herausfordernd für eine Kooperation auf Augenhöhe, wenn man seinen Kooperationspartner*innen diese Benennung erläutern muss. Noch mehr Unbehagen erzeugen die Auflagen, laut denen wir in den Kooperationsvereinbarungen festlegen müssen, dass die deutsche Institution über die Mittel verfügt und diese an die Partnerinstitution im Ausland überweist. Wenn auch aus rechtlichen Gründen nachvollziehbar, reproduziert dieses Vorgehen doch alte Ungleichheitsstrukturen – was allen Beteiligten, auch den Mittelgebern, bewusst sein dürfte.

Ob IT-Problem, Verwaltungsvorschrift, Bundesgesetz oder Förderregularium – die einzelnen Bausteine ergeben ein Gesamtbild: In Deutschland gibt es ein äußerst eng gestricktes Raster für internationale Kooperation, und wer aus diesem Raster herausfällt, sieht sich mit massiven Problemen konfrontiert. Die Auseinandersetzung damit sollte sich aber nicht in technisch-administrativen Fragen erschöpfen. Es geht um mehr: um die fundamentale Frage, wie wir unsere Privilegien innerhalb des globalisierten Wissenschaftssystems reflektieren, welche Annahmen wir über „die Anderen“ haben, wie wir uns verhalten, was wir dabei riskieren und was es uns wert ist. Die üblichen Denkmuster müssen wir herausfordern, denn sie hindern uns daran, effektiv und auf Augenhöhe zu kooperieren. Wir als Forschende müssen öfter und lauter darüber sprechen, was es heißt, mit der Welt jenseits unserer nationalen Gewohnheiten in Kontakt zu sein. Und die Akteure der Forschungsförderung und internationalen Kooperation – die sich des Problems bewusst sind – müssen sich ehrlich machen und gesetzliche Reformen einfordern.

Professor Thomas' Vortrag im Juli 2023 war übrigens trotz allem ein großer Erfolg. Er brachte bahnbrechende Forschungsergebnisse über die Rolle der deutschen Bauunternehmen in Afrika – dem Kernthema unseres Projekts – sowie spannende neue methodische Ansätze für die Archivforschung mit.

 **KONTAKT**
Dr. Monika Motylińska





Eine Reise in die Geschichte der Bong Mining Company

1

In den 1960er-Jahren baute die westdeutsche Stahlindustrie eine Eisenerzförderung in Liberia auf. Das Unternehmen verließ das Land im Jahr 1990 wieder, doch viele der Anlagen sind noch zu sehen. Entlang der Strecke vom Verladehafen in Monrovia bis zur Erzmine im Landesinneren hat Paul Sprute die Geschichte des Projekts und seiner Verwicklungen rekonstruiert. Ein Foto-Essay.

Text von Paul Sprute

Wir stehen auf einer Landungsbrücke am Rande des Hafengebiets in der liberianischen Hauptstadt Monrovia. Es ist überraschend ruhig. Matrosen zweier an der Brücke liegender chinesischer Fischtrawler angeln im Hafenbecken. Der von der Brücke aufragende Schiffsbelader (eine bewegliche Ladevorrichtung) und das zu ihm führende Förderband stehen still 1.

Stellt man sich vor, dass das man an dem Förderband wie an einem Filmprojektor die Rückspultaste drücken könnte und das Band ganz zurücklaufen ließe, käme man in den frühen 1960er-Jahren an.

Dieser Teil des Hafens von Monrovia würde sich in eine Baustelle zurückverwandeln, auf der deutsche Bauarbeiter und Ingenieure der Baufirmen Grün & Bilfinger und Philipp Holzmann liberianischen Arbeitern Anweisungen geben – die aber von den Rammen übertönt werden, die Pfähle für die Pier im Hafenbecken verankern. Einmal kurz auf die Vorspultaste gedrückt und von einem an der Brücke liegenden Schiff werden Eisenbahnschienen entladen. Noch einmal kurz vorgespult und ein beeindruckend großer Rotor wird auf einen bereitstehenden Güterwagen gesetzt.

Beim nächsten Stopp besteigt eine Delegation liberianischer Würdenträger einen geschmückten Eisenbahnwaggon, der von einer Güterlok gezogen das Hafengebiet landeinwärts verlässt. Spult man von hieran kontinuierlich weiter, so sieht man im Zeitraffer ungezählte Schiffe an der Pier ankern, von denen Frachtkisten ent-

laden werden, bevor der Schiffsbelader tausende Tonnen Eisenerz in die Schiffskörper befördert.

Zunächst sieht man noch, wie die Hafenanlagen ausgebaut werden. Bald ist dieser Ausbau aber abgeschlossen. Von nun an prägen die immer selben Routinen der Eisenerzverladung das Bild. Später stellt man kurze Unterbrechungen fest. Manchmal scheint der Hafen fast still zu stehen. Mal erscheinen die liberianischen Arbeiter nicht und in den Büros herrscht hektischer Betrieb, Soldaten fahren vor, bevor die Routine bald wieder beginnt. Ein anderes Mal beladen einige wenige Deutsche das Schiff ohne die liberianischen Arbeiter, die sonst den Ladevorgang steuern. Schließlich kommt die Routine endgültig zum Erliegen. Die deutschen Angestellten verschwinden, der Hafen liegt verlassen da. Beim nächsten Drücken der Stopptaste ist ein Teil der Hafenanlagen entweder zerstört oder abgebaut, an der Pier liegen Schiffe der nigerianischen Marine und Frachter, von denen Säcke mit Mehl entladen werden. Noch zwei Mal halten wir das Band an: beim ersten Mal, als die Eisenbahn für kurze Zeit wieder den Betrieb aufnimmt und augenscheinlich die einmal landwärts geschafften Maschinen zurückschafft und sogar die Verladevorrichtungen abgebaut werden. Beim letzten Stopp scheint sich hingegen die Geschichte der 1960er-Jahre zu wiederholen. Dieses Mal baut ein chinesisches Bauunternehmen einen neuen Schiffsbelader auf die Pier. Die Routinen der Erzverschiffung werden aber nicht wieder aufgenommen.



Im Zeitraffer an einem vorbei lief die Geschichte des Hafens der Bong Mining Company (BMC). Die BMC war eine von der westdeutschen August Thyssen-Hütte dominierte deutsch-liberianische Eisenerzmine, die 80 Kilometer von Monrovia entfernt in den liberianischen Bong-Bergen über beinahe 30 Jahre Erz abbaute, bevor das Unternehmen im Jahr 1990 das Land verließ. Das Erz wandelte sich in Westdeutschland häufig in Karosserien von Volkswagen. Genauso lief Liberias Geschichte eines Ressourcenbooms an einem vorbei.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts von ehemals versklavten Menschen aus den USA gegründete Republik an der Westküste Afrikas profitierte nach dem Zweiten Weltkrieg von der Vergabe einer Vielzahl von Konzessionen – unter anderem an die BMC. Der Abschwung kam mit der Ölkrise und führte zu den politischen Unruhen, Putschs und Streiks der 1980er-Jahre, die sich auf den Hafen und die Mine auswirkten. Im Jahr 1990 eskalierte schließlich der liberianische Bürgerkrieg und erst in den 2010er-Jahren erneuerten die liberianische Regierung und internationale Unternehmen das Versprechen der Bergbaukonzessionen, ohne dass diese ins Werk gesetzt worden wären. Natürlich kann man die Geschichte nicht wirklich im Zeitraffer an einem vorbeilaufen lassen. Man kann ihr aber mit Hilfe von historischen Quellen nachgehen. Im Forschungsprojekt „Conquering (with) Concrete“ befassten wir uns dabei mit Auslandsprojekten deutscher Bauunternehmen und stießen auf diesen Bergbaukomplex. Er stellte sich als eine der wichtigsten Auslandsinvestitionen der westdeutschen Industrie überhaupt heraus. Seine zeitliche Ausdehnung wie auch der räumliche Maßstab dieses Komplexes sind außergewöhnlich.

Ich befasste mich mit dem Bau des Komplexes als Teil meiner Dissertation, die sich mit der Geschichte von Hafenbauprojekten in Westafrika in ihren materiellen und räumlichen Verbindungen ins Hinterland auseinandersetzt. Diese Fallstudie in Liberia zeigte mir dabei, wie der Hafen zum Ausgangspunkt für Verbindungslinien wurde, deren Aufbau, Funktionieren und vor allem auch deren

Unterbrechungen eine Perspektive auf die Geschichte der Eisenerzmine selbst eröffnen. Hierfür war es wichtig, den Hafen zu besuchen – nicht selbstverständlich für eine historische Arbeit – und so ein unmittelbares Verständnis für seine Zusammenhänge zu entwickeln. Durch diesen Besuch wurde mir klar, dass die entscheidenden Verbindungen der BMC-Pier nicht im Hafen selbst oder der Stadt Monrovia lagen. Vielmehr musste ich die Verbindungen zwischen dem BMC-Hafen und der Mine ins Zentrum rücken.

Während das fiktive rückwärtslaufende Förderband nur ein Bild für die Reise in die Vergangenheit war, ist es glücklicherweise sehr wohl möglich, den Verbindungslinien des Hafens zur Mine selbst zu folgen. Vom Endpunkt der Bahnlinie im Hafen, an dem auch heute noch Lokomotiven stehen, führen die Schienen über eine Brücke, welche den United Nations Drive, eine Hauptverkehrsader Monrovias, überquert ².

Könnte man direkt den Schienen folgen, so hätte man von hier einen guten Blick auf das städtische Leben in Monrovia, bevor die Bahnlinie den Wasserlauf Stockton Creek auf einer weiteren Brücke überquert. 1988 gab ein Pfeiler dieser Brücke nach, was zu einer weiteren, baulich bedingten Unterbrechung in der Eisenerzförderung führte. Noch in Monrovia kommt man auch an einem ehemaligen Gelände der BMC vorbei, auf dem während des liberianischen Bürgerkriegs im Jahr 1990 der damalige liberianische Präsident ermordet wurde, nachdem Rebellengruppen entlang der Bahnstrecke nach Monrovia marschiert waren. Von Monrovia aus führt die Eisenbahnlinie durch hügeliges Gelände, grob dem Lauf des Saint Paul-Flusses folgend, an Anpflanzungen und Siedlungen vorbei. Die Nachbarn der Bahnlinie hatten in den 1960er-Jahren erfolgreich Entschädigungen für den Bau der Eisenbahn reklamiert und die BMC gleichzeitig dazu gebracht, Zufahrtswege für sie zu legen. Hier wurde den deutschen Vertretern der BMC überhaupt erst klar, wie abhängig sie von ihrer liberianischen Umgebung tatsächlich waren. Das war mit ihrer kolonial geprägten Weltsicht nur schwer vereinbar.

In der Gegenwart kann man der Bahnlinie aber nicht bis zur Mine folgen, da momentan kein Eisenerz abgebaut wird und der Eisenbahnverkehr eingestellt ist. Stattdessen folgt man einer Hauptstraße von Monrovia an den Firestone-Kautschukplantagen vorbei, bevor die Straße zur Mine in der Marktstadt Kakata von der Hauptstraße abzweigt (3).



Die deutschen Angestellten der BMC verbanden diese Straße genauso mit ihrem eigenen Ankommen in der Mine wie auch mit ihren Ausflügen nach Monrovia. Zu Zeiten der deutschen Mine wurde diese Straße, trotz häufiger Ankündigungen, nie asphaltiert. Das wurde erst von dem chinesischen Unternehmen erledigt, das die Konzession im Jahr 2009 übernahm.

Angekommen im Zentrum von Bong Mines, treffen die Eisenbahn und die Straße an einem Bahnübergang wieder aufeinander. Bong Mines ist heute eine belebte Landstadt, die nicht mehr vom Eisenerzabbau lebt, in der die Geschichte der Mine aber noch auf der Straße liegt. Auf dem Boden des Busbahnhofs finden sich immer noch die kleinen Eisenerzkügelchen, die aus dem kargen Erz der Bong gepresst wurden, um so den Erzgehalt im transportierten Material zu erhöhen (4).

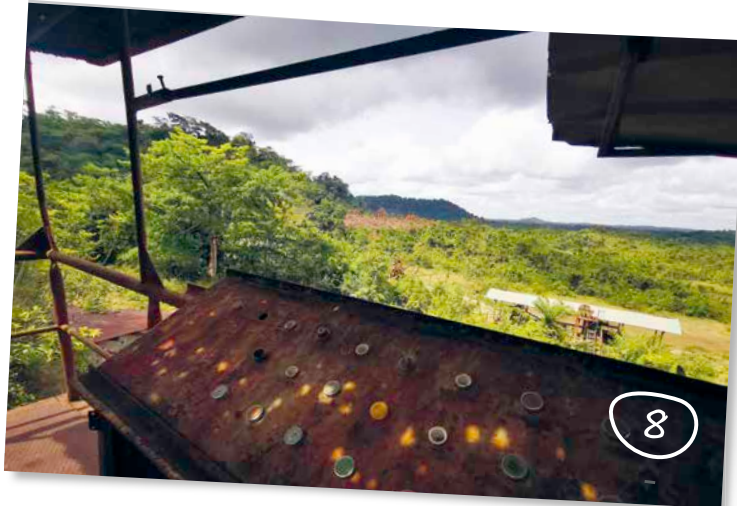


Während die BMC aus Liberia genauso verschwunden ist, wie die deutschen Bauunternehmen, die den Hafen, die Eisenbahnlinie und den Minenkomplex bauten, prägen ihre Werke weiterhin die Landschaft (5) (6).



Trotzdem wäre es aber falsch, hier nur eine postindustrielle Ruinenlandschaft zu sehen. Eine solche Sichtweise wird dadurch gebrochen, dass eine chinesische Konzession seit 2009 ihre eigenen Strukturen schuf, teilweise angrenzend zu alten Anlagen der BMC, teilweise aber auch verschwundene Anlagen der BMC wiederaufbaute oder überbaute (7) (8).





Hier vermischen sich die Zeitschichten im Vergleich zu der zu Beginn unternommenen Zeitreise.

Außerdem sind die ehemalige Bergbausiedlung und die heutige Stadt Bong Mines mitnichten deckungsgleich. Bong Mines knüpft teilweise an die Geschichte der BMC an, zum Beispiel durch den Fortbestand des ehemaligen BMC-Krankenhauses, ⁽⁹⁾



heute das räumliche Bindeglied zwischen der Landstadt der Gegenwart und der überwachsenen, ehemaligen Minensiedlung. Schon zu Zeiten des Bestands der Mine war das Krankenhaus ein solches Bindeglied zwischen zwei ansonsten räumlich strikt getrennten Sphären: der großzügig auf Hügeln angelegten Siedlung der internationalen Angestellten einerseits und den gedrängteren und uniformeren Arbeitersiedlungen andererseits.

Diese Abgrenzung setzte sich beispielsweise auch in der getrennten Beschulung fort. In der Gegenwart ist in einer der ehemaligen Arbeitersiedlungen eine neue weiterführende Schule eröffnet worden, während die alte Schule der internationalen Minensiedlung überwuchert wird. Die von der BMC errichteten ehemaligen Arbeiterhäuser wurden schließlich durch das chinesische Kon-

zessionsunternehmen geräumt. Die Bewohner*innen von Bong Mines leben deswegen in Vierteln, die nicht von der BMC geplant oder gebaut wurden ^{(10) (11)}.



Trotzdem bleibt die Geschichte der angrenzenden Mine für die Bewohner*innen von Bong Mines natürlich präsent. Das steht im krassen Gegensatz zur öffentlichen Erinnerung in Deutschland, die sich dieses bedeutsamen Ortes der deutschen Globalisierungsgeschichte kaum bewusst ist. In Bong trifft man auf ehemalige Beschäftigte der BMC oder von Bauunternehmen. Sie verbinden die Mine mit der Stabilität der Vorkriegszeit, erinnern sich andererseits aber auch daran, wie sich die BMC nach der Ölkrise von ihren übernommenen, sozialen Verpflichtungen zurückzog. Das führte zu den Streiks, welche die Förderlinien zum Hafen unterbrachen. Als der liberianische Bürgerkrieg im Jahr 1990 eskalierte, stellte die BMC ihre Produktion ein. Die internationalen Mitarbeiter*innen wurden von der deutschen Luftwaffe evakuiert, das Minengelände selbst wurde zur provisorischen Landebahn. Die Bergbauarbeiter mit ihren Familien aus Liberia und anderen afrikanischen Ländern durchlebten den Bürgerkrieg hingegen bis zu seinem Ende im Jahr 2003. Man könnte meinen, dass genau solche wenig vorteilhaften Verwicklungen zu der Vergesslichkeit

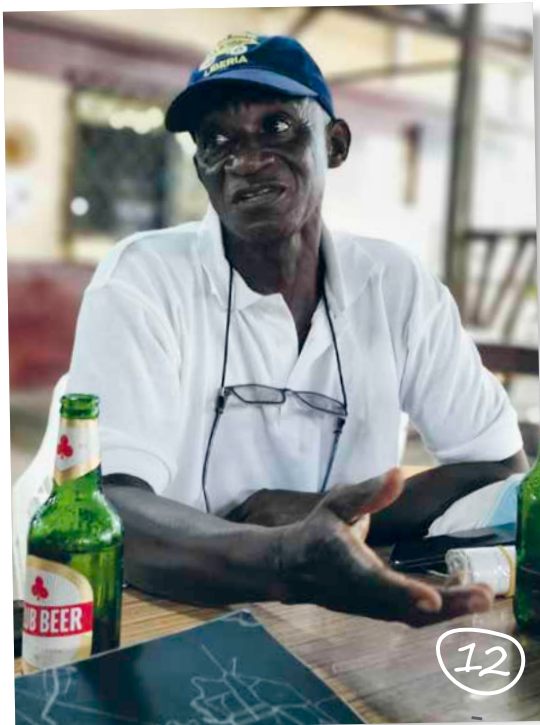
der deutschen Öffentlichkeit und Industrie beigetragen haben, welche die Geschichte der Bong-Mine umhüllt. Da sich eine solche Vergesslichkeit bereits für Besucher*innen ausschließt, ist sie für die Einwohner*innen von Bong Mines erst recht keine Option.

Der Fall der Bong-Mine zeigt daher, wie die historische Forschung Bauprojekte nutzen kann, um internationale Verflechtungen und Verwicklungen aufzudecken, die weit über die reine Bautätigkeit hinausgehen. Außerdem zeigen sich hier sowohl die Möglichkeiten als auch die Herausforderungen historischer Feldforschung. Konkret lagen für mich die Chancen darin, dass die Präsenz vor Ort es mir möglich machte, wichtige räumliche und materielle Verbindungen zu identifizieren, die durch Archivforschung nicht genauso so deutlich werden. Das traf hier beispielsweise für die Abgrenzung des BMC-Hafens zu. Genauso ermöglichte mir die historische Feldforschung, die vielfältigen Lebenslinien um die Bong-Mine so sehr in den Mittelpunkt meines Verständnisses für die Geschichte der Bong-Konzession zu rücken.

Gleichzeitig zeigt der Fall der BMC-Mine aber auch manche Herausforderungen für historische Feldforschung, die in der Vermischung verschiedener Zeitschichten liegen. Zum einen lassen sich diese Zeitschichten in der gebauten Umwelt kaum so klar für die Analyse trennen, wie zum Beispiel Textquellen. Zum anderen wurde mir klar, wie präsent die Vergangenheit der BMC-Mine für die ehemaligen Minenarbeiter und Nachbar*innen der Konzession auch in der Gegenwart ist und wie wichtig es ist, diese Bedeutung auch in historische Arbeiten einfließen zu lassen. Mir selbst bietet sich in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, diese Fallstudie westdeutscher Globalisierung in ihren problematischen Verflechtungen in der Geschichtswissenschaft zur Diskussion zu stellen. Kooperationspartnern wie unserem Guide Joseph Konah in Bong Mines ist es dagegen möglich, ein Oral History-Projekt mit ehemaligen Arbeitskräften der BMC und Bauunternehmen zu entwickeln.



12 Der ehemalige Angestellte der Bong-Eisenbahn Nathanael Sekou berichtet uns von seinen Aufgaben und Erfahrungen während und nach dem Ende der BMC-Mine



13 Eine Fähre verbindet Haindi am Ende der über Bong Mines führenden Straße nach Kakata mit der Dobli-Insel und weist auf eine noch zu untersuchende, reiche Geschichte von Transportverbindungen hin, die vor der Existenz der BMC-Mine in der Umgebung bestanden.



14

Zurück im Hafengebiet von Monrovia dominiert heute nicht mehr die Eisenerzverladung, sondern die Zementwirtschaft mit der von Heidelberg Materials betriebenen Cemenco-Zementmühle im Zentrum.



Bauprojekte der DDR in Kuba

Eine Spurensuche



Karte von Nuevitas mit der Halbinsel Guincho, gefunden im Archivo Histórico Municipal de Nuevitas



Der große Lesesaal der Biblioteca Nacional in Havanna



Beim Gespräch mit einer Zeitzeugin, die seit 1981 im Zementwerk Cienfuegos arbeitet



Juliane Richter im Archivo de la Construcción

Die Kunsthistorikerin Juliane Richter erforscht die Bautätigkeit der DDR in Kuba.

Auf der Karibikinsel erlebte sie die Herausforderungen einer transnationalen Architekturgeschichtsschreibung. Notizen von zwei Forschungsreisen.

Ich promoviere an der Bauhaus-Universität Weimar über die Geschichte von Bauprojekten der DDR in Kuba zwischen 1960 und 1990. Die noch junge und weitgehend aufgrund der Hallstein-Doktrin nicht anerkannte DDR wollte sich damals auf dem Weltmarkt als handlungsfähig beweisen. Kuba sollte außerdem das Tor für Beziehungen nach Südamerika öffnen. Deshalb schickte die DDR Delegationen von Ingenieuren, Planerinnen und Architekten auf die Karibikinsel, um Infrastrukturprojekte und andere Bauten zu realisieren.

Später wurden die Auslandsbauprojekte auch zu Tauschobjekten – etwa gegen Orangen und Nickel – und Kuba zum „Schaufenster“ der DDR-Bauindustrie. Gerade Zementwerke waren ein Verkaufsschlager der DDR. Doch wie war die kubanische Sicht auf das Vorhaben? Wie wurden die Projekte umgesetzt und was

war der kubanische Anteil daran? Was wurde später aus den Projekten und welches Erbe bleibt von ihnen?

Wer in Deutschland die Archivmaterialien aus der DDR-Zeit studiert, kommt zu dem Schluss: Die DDR plante, und in Kuba wurde umgesetzt – Architekturexport also. Der Export war technisch innovativ und global orientiert. Doch dies ist nur die Wahrnehmung aus DDR-Sicht. Die andere Seite ist: Kuba war auch in der sozialistischen Welt auf eigene Wege bedacht. Das Land wollte sich zwar mit Hilfe importierter Technologie industrialisieren. Aber war es gegenüber der DDR bereit zu einer reinen Empfängerrolle, technisch und ideologisch? Um das herauszufinden, reiste ich nach Kuba. Denn die einzige Möglichkeit, Antworten auf meine Fragen zu finden, war es, die Bauprojekte vor Ort zu studieren, mit Zeitzeug*innen zu sprechen und Planungsunterlagen

*Text von
Juliane Richter*



Auf der Landstraße in Richtung Zementwerk Cienfuegos

einzu sehen, die die kubanische Sicht wiedergeben. Im Lauf des Jahres 2023 war ich zweimal vor Ort, im Februar und im Dezember. In Havanna wollte ich in Archiven recherchieren und im ganzen Land Bauprojekte besuchen, darunter zwei Zementwerke und ein Wohnhaus.

Bei meiner Archivrecherche in Havanna spürte ich die Auswirkungen der jahrzehntelangen wirtschaftlichen Knappheit auf den Gebäudebestand unmittelbar: Historische Gebäude sind in einem schlechten Erhaltungszustand, immer wieder kommt es zu Einstürzen. Vor einigen Jahren stürzte ein Archivgebäude ein, die Archivalien liegen bis heute unter den Trümmern. Wenn Bestände vorsorglich verlagert werden, können die Materialien Schaden nehmen oder danach nicht mehr auffindbar sein. Das für meine Forschung sehr wichtige Archiv des Bauministeriums war aus verschiedenen Gründen gänzlich verlegt worden – und niemand konnte mir sagen, wohin. Erst kurz vor Ende meiner ersten Forschungsreise konnte ich es betreten.

Kubanische Archive gelten für die zeitgeschichtliche Forschung als schwer zugänglich. Es bedarf vieler Treffen und Gespräche zur Vorbereitung, die wiederum vor Ort angebahnt werden müssen, denn auf E-Mails gibt es meist keine Antwort. Besonders wichtig ist ein Empfehlungsschreiben. Ich gewöhnte mir an, mein Schreiben von der CUJAE, der Technischen Hochschule in Havanna, immer dabei zu haben. Und noch etwas wurde mir bei der Begegnung mit kubanischen Institutionen – und ihrem Wachpersonal – schnell klar: Keine kurzen Hosen! So wurde die Recherche schnell zur emotionalen und körperlichen Erfahrung. Stundenlang wartete

ich in Vorzimmern auf Genehmigungen. Während die Kinos in Havanna oft auf einstellige Temperaturen heruntergekühlt sind, haben die Archive häufig keine Klimaanlage oder auch nur verglaste Fenster. Die Luft ist auch im Winter feuchtwarm und schweißtreibend.

Dabei sind Archivmaterialien in Kuba nicht pauschal schlechter zugänglich als in Deutschland. Es ist nur anders. Manchmal scheiterte ich an den Sicherheitskräften, manchmal erhielt ich spontan und unkompliziert Hilfe. Hin und wieder durfte ich Archivalien einsehen und fotografieren, deren Erlaubnis mir in Deutschland aufgrund von Datenschutzregelungen verwehrt geblieben wäre. Oder ich erhielt Termine, auf die ich in Deutschland Monate gewartet hätte, unmittelbar nach meiner Anfrage. Die wichtigsten Kommunikationsmittel sind Mund, Ohren und Augen, weshalb es entscheidend ist, vor Ort zu sein und direkt mit den Menschen in Kontakt zu treten. Dabei sind professionelle Kontakte wertvoll und ich bin sehr froh über die Unterstützung, die ich durch das Netzwerk von Wissenschaftler*innen und Denkmalpfleger*innen vor Ort erhalten habe.

In den Archiven freute ich mich gleichermaßen über gut sortierte Quellenbestände wie über unerwartete Entdeckungen in scheinbar unsortierten Kisten. Scanner standen nicht zur Verfügung. Um Fotos von großformatigen Plänen zu machen, baute ich Stuhl- und Tischpyramiden und kletterte hinauf. Zufällige Begegnungen im Archiv erwiesen sich oft als wertvolle Quellen. Ich traf eloquente Fachleute, die mich zum Essen einluden und mir handgeschriebene Manuskripte oder Filmdateien aus ihren Privatarchiven zur Verfügung stell-



Karl Marx und Jose Martí-Plastiken auf dem Gelände des Zementwerks Cienfuegos



Die Öfen des Zementwerks Nuevitas in den 1960ern



Zementwerk Cienfuegos

ten. Überhaupt fanden sich Archivalien überraschend oft in Privathaushalten. Der Kontakt mit Menschen vor Ort wurde für mich zu einer wichtigen Erkenntnisquelle, ob mit Baufachleuten und Wissenschaftler*innen oder mit Menschen, deren Leben von Bauprojekten beeinflusst worden war.

Ich bemühte mich dabei, nicht nur Informationen abzuschöpfen und dann wieder zu verschwinden, sondern etwas zurückzugeben und längerfristige Kooperationen, zum Beispiel mit kubanischen Forscher*innen, aufzubauen. Mich beschäftigt die Frage, was eine angemessene Gegenleistung für die Hilfe ist, die ich erhalte und wie ich mit Informationen umgehe, die ich durch informelle Gespräche erhalten habe. Auch möchte ich sicherstellen, dass meine Gesprächspartner*innen keine Nachteile durch die Veröffentlichung möglicherweise kritischer Äußerungen erfahren.

Während meiner Aufenthalte stellte ich fest, dass Architektinnen, Ingenieure und Außenhandelsbeauftragte der DDR in den 1970er- und 1980er- Jahren eine recht ähnliche gebaute Umwelt in den Städten und auf dem Land vorfanden wie ich heute, da es vergleichsweise wenig Neubautätigkeit gibt. Die Gischt am Malecón Habanero, Havannas berühmter Uferpromenade, spritzt weiterhin auf dasselbe Mauerwerk, das die DDR-Berater*innen, die im nahegelegenen FOCSA-Hochhaus untergebracht waren, aus dem Fenster sahen. Die Verkehrsmittel sind ebenfalls ähnlich. Auch 2023 fuhr ich oft mit einem Taxi amerikanischer Herkunft mit einigen Jahrzehnten auf dem Getriebe über die Carretera Central, die einzige Autobahn des Landes, die zwischen 1927 und 1931

von einem kubanisch-US-amerikanischen Joint Venture erbaut wurde. Ein ähnliches Fahrgefühl hatten wohl auch die DDR-Delegierten, wenn auch meistens in russischen Skodas, wie mir eine Zeitzeugin berichtete.

Doch es gibt auch Veränderungen. Ein Beispiel ist das Zementwerk in Nuevitas im Westen Kubas, dessen riesige Ausmaße mir erst bei der Besichtigung vor Ort klar wurden. Ich sah, welche Auswirkungen ein solches Werk auf Landschaft und Umwelt hat. Um das Zementwerk herum war eine ganze Stadt entstanden. Von der Architektur des Werkes, das DDR-Ingenieure in den 1960er-Jahren mit aufgebaut hatten, sind dagegen nur noch einige Silos, Förderbänder und Mühlen zu sehen. Die Fabrik wird zurzeit grundlegend modernisiert – und neben mexikanischen sind auch deutsche Firmen wieder beteiligt.

Von meinen Reisen habe ich eine große Menge Daten in Form von Notizen und hunderten Fotos zurückgebracht. Diese müssen jetzt ausgewertet werden. Was ich jetzt schon sagen kann, ist, dass die in der DDR gepflegte Erzählung vom erfolgreichen Architekturexport nicht aufgeht. Nicht alles hat funktioniert. Ein „an die Tropen angepasstes“ Selbstbauhaus in Lehmbauweise musste beispielsweise umgeplant werden, weil das angedachte Erdmaterial in Kuba gar nicht zur Verfügung steht. Bei den Projekten kam es mitunter zu Unstimmigkeiten zwischen kubanischen und ostdeutschen Fachleuten. Die Projekte waren keine reinen Umsetzungen von DDR-Plänen. Sie waren, gemessen an der Beteiligung von Fachleuten und Planungsexpertise, mindestens zur Hälfte kubanisch.

 **KONTAKT**
Juliane Richter



In der Bierbrauerei in Camagüey wird unter anderem mit Technologie aus der DDR gearbeitet

Überlegungen zu provisorischer Architektur in der Sowjetunion

Um Öl und Gas in Westsibirien zu fördern, entwickelte die Sowjetunion verlegbare, temporäre Siedlungen für Arbeiter. So entstanden typische Bauformen der Expansion und Ressourcen-Extraktion. Die Architekturohistorikerin Ksenia Litvinenko möchte den Extraktivismus in die Geschichtsschreibung der modernen Architektur aufnehmen.

Text von
Dr. Ksenia Litvinenko



Im öffentlichen Diskurs wird die in der Sowjetunion entstandene Architektur häufig entweder mit „monotonen“ Massenwohnsiedlungen oder mit „monströsen“ öffentlichen Großbauten wie Krankenhäusern, Sanatorien, Theatern, Kulturhäusern oder Museen in Verbindung gebracht. Diese Gebäude waren zweifellos von zentraler Bedeutung für die Versprechungen, Vorstellungen und gelebten Erfahrungen der sozialistischen Moderne. Sowjetische Bau- und Designorganisationen bauten jedoch nicht nur auf Dauerhaftigkeit ausgelegte Strukturen. Sie versuchten auch, Mobilität und Expansion zu ermöglichen und zu steuern. So halfen bewegliche und provisorische Gebäude wie Baracken, modulare und zusammenlegbare Strukturen, ausrangierte Waggonen oder Selbstbau-Unterbringungen dabei, schnell eine große Zahl von Arbeitskräften unterzubringen. Diese wurden benötigt, um infrastrukturelle Megaprojekte an der Peripherie des Sowjetimperiums zu errichten. Wir können diese flüchtigen Strukturen auf Fotografien erkennen, die während verschiedener Baukampagnen aufgenommen wurden: während der „Virgin Lands Campaign“ (Nikita Chruschtschows Vorstoß zur Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion) im Norden der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik in den 1950er-Jahren, während des Baus der Druschba-Erdgaspipeline, die in den 1970er-Jahren durch die Sowjetukraine verlief, und während der Errichtung der fast 4.000 Kilometer langen

Baikal-Amur-Eisenbahnstrecke von 1974 bis 1989. Es ist diese Kombination aus Allgegenwart und scheinbarer Nebensächlichkeit provisorischer und mobiler Gebäude, die mein Interesse geweckt hat.

Als ich die verfügbare Literatur zu diesem Thema durchging, wurde mir klar, dass der Rohstoffabbau in Westsibirien während der späten Sowjet-Zeit (auf die ich mich spezialisiert habe) der Hauptgrund dafür war, dass professionelle Architektinnen und Ingenieure provisorische und mobile Architektur entwickelten. Nach der Entdeckung großer Öl- und Gasfelder rückte diese Region in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik des Landes. Seit den 1960er-Jahren und bis heute spielt die Region eine wichtige Rolle in der sowjetischen und später in der russischen Rohstoffwirtschaft. Sie deckte einen bedeutenden Teil des Energiebedarfs des Landes und erwirtschaftete erhebliche Exporteinnahmen in harter Währung. Wie Wirtschaftshistoriker*innen nachgewiesen haben, trug die Ausbeutung des Erdöls und Erdgases der Region dazu bei, dass die Sowjetunion zu einem führenden Anbieter von fossilen Brennstoffen wurde. Dies führte schließlich zu einer wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes von Öl- und Gasexporten.

Um Öl und Gas im industriellen Maßstab zu fördern, musste der Untergrund geologisch erkundet werden. Fachkräfte wurden vor Ort benötigt. Das war aufgrund



der rauen klimatischen Bedingungen in der Region eine Herausforderung. In bestimmten Gebieten waren die Sumpfböden und die Tundra nur im Winter befahrbar, wenn die Temperaturen bis auf minus 50 Grad Celsius sinken konnten. Andere Gebiete waren mit Permafrostboden bedeckt. Das Bauen unter diesen Bedingungen erforderte es, umfangreiches neues und interdisziplinäres Wissen zu erzeugen.

Ein Netz so genannter Zonaler Planungs- und Forschungsinstitute, die in der gesamten Sowjetunion in Städten wie Leningrad, Taschkent und Nowosibirsk angesiedelt waren, nahm sich der Aufgabe an. Industriebetriebe in Tallinn und Wolokolamsk sowie zahlreiche andere Organisationen und Einzelpersonen kamen dazu. Sie und andere staatliche Design-, Planungs- und Forschungsorganisationen hatten die Aufgabe, Planungsprinzipien für den „Rotationsurbanismus“, architektonische Typologien sowie strukturelle, bautechnische und logistische Lösungen zu entwickeln. Ziel war es, „Anpassung“ an die rauen klimatischen Bedingungen zu erreichen und Rohstoffabbau zu ermöglichen. Die sowjetische mobile Architektur in Westsibirien wurde daher oft als eine Technologie zur „Akklimatisierung“ der neu eingetroffenen Öl- und Gasarbeitskräfte und als ein Weg zu ihrer raschen vorübergehenden Ansiedlung beschrieben. Wie und von wem wurde die Wissensbasis für ein solch komplexes Projekt geschaffen? Wie haben sich diese Theorien der „Anpassung“ und der raschen Bereitstellung von Arbeitskräften in der Realität und den physisch-materiellen Bedingungen Westsibiriens bewährt?

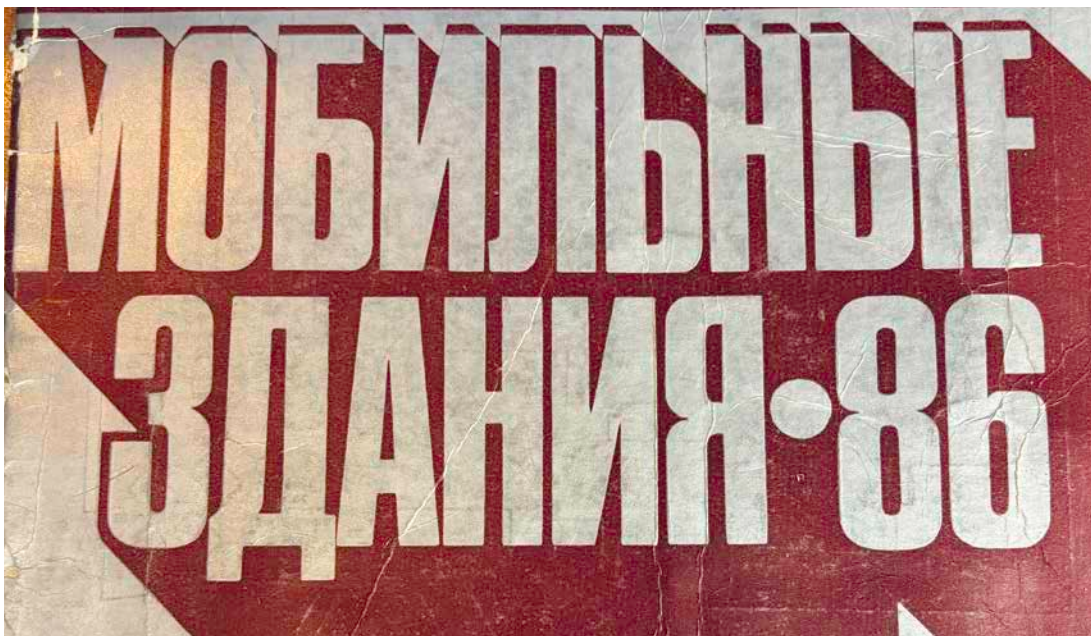
Die bauhistorische Forschung, die ich derzeit am IRS in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ durchführe, nähert sich dem intel-

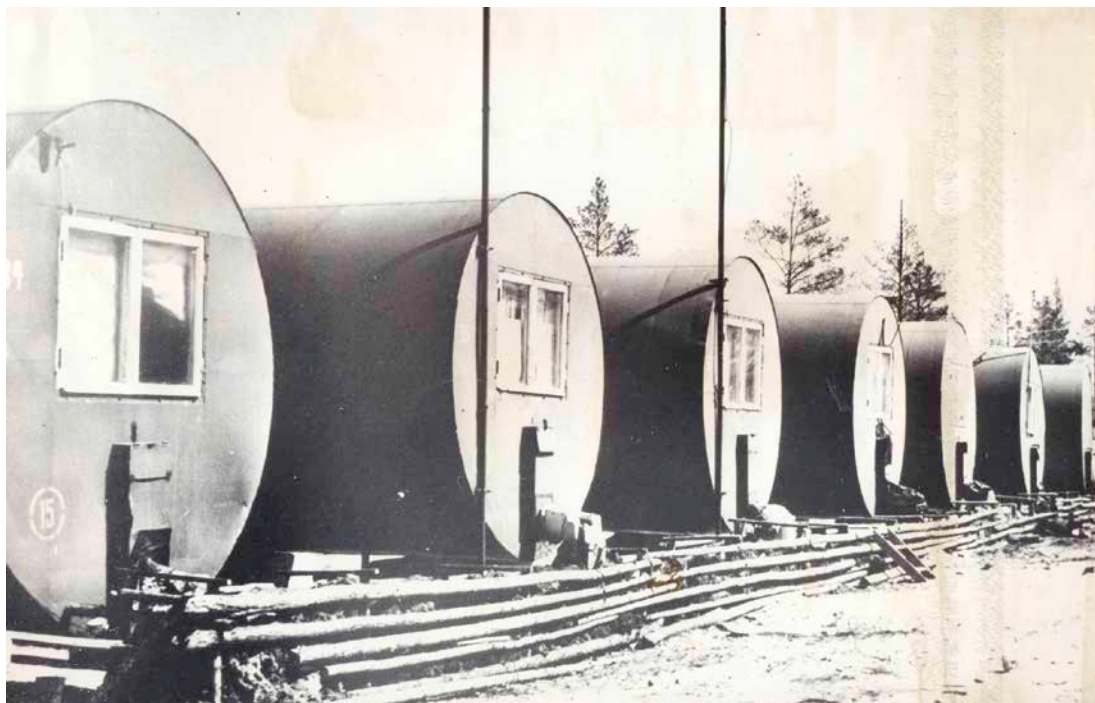
lektuellen und materiellen Erbe der sowjetischen mobilen Architektur in Westsibirien auf drei Ebenen: Urbanismus, Architektur und Baumaterialien. Eine wichtige zusätzliche Dimension der Forschung sind die Wirkungen der sowjetischen mobilen Architektur auf die in Westsibirien ansässigen indigenen Volksgruppen. Sie wurden infolge der staatlich geförderten Abbau- und Siedlungsaktivitäten verdrängt und mitunter vertrieben.

Der erste Forschungsaspekt ist der Fly-in/Fly-out oder der so genannte „Rotations“-Urbanismus. Diese neue Art von Urbanismus basierte auf temporären und – potenziell – mobilen „Rotations“-Siedlungen, die aus Baracken, Fertighäusern oder mobilen Wohneinheiten bestanden. Eine solche Siedlungsstrategie wurde in Westsibirien angewandt, um die Ankunft von Facharbeitern zu erleichtern, die in Schichten zu den aktiven Öl- und Gasfeldern in der gesamten Region geschickt wurden. Die Rotationssiedlungen entsprachen nicht dem Stereotyp der monumentalen, für die Ewigkeit gebauten staatssozialistischen Architektur. Im Gegenteil: Sie hatten ein eingebautes Verfallsdatum und entsprachen damit genau der Logik des Extraktivismus. Jede dieser Siedlungen bot nur das absolute Minimum an Infrastruktur, um die Arbeitskräfte, die in langen Schichten arbeiteten, am Leben zu halten. Sie sollten nur so lange bestehen, bis das jeweilige Öl- oder Gasfeld erschöpft war. So schätzten sowjetische Fachleute die „Lebensdauer“ einer Öl-Rotationssiedlung auf etwa 20 bis 35 Jahre, während man davon ausging, dass eine Gassiedlung nach 15 bis 20 Jahren ihr Nutzungsende erreichen und verlegt werden würde. Das Konzept der Rotationssiedlungen ist konzeptionell interessant, weil es uns erlaubt, die Definition des „sozialistischen Urbanismus“ erheblich zu erweitern.



„Mobile Gebäude-86“, Titel eines Leitfadens zur Ausstellung der besten Beispiele mobiler Gebäude. (Moskau 1986)





Temporäre Siedlung aus mobilen Wohnkapseln vom Typ TsUB-2M in Sibirien, Mitte der 1970er-Jahre

Der zweite Aspekt, der mich in dieser Untersuchung interessiert, sind Techniken und Ideen der Isolierung. Diese wurden in den sowjetischen Konstruktions- und Forschungsinstituten entwickelt, um Siedlungen an die klimatischen Bedingungen im Norden „anzupassen“ und die Körper der neu angekommenen Arbeiter „zu akklimatisieren“. Die regionale Anpassung der Gebäude an die Klima- und Bodenbedingungen erfolgte auf der Ebene der architektonischen Objekte: Die Architekt*innen experimentierten mit den „thermoeffektivsten“ Formen, die die mobilen Einheiten annehmen konnten; mit Bauelementen wie Pfahlfundamenten, die sich besonders für den Bau auf Permafrostböden eigneten, sowie mit isolierenden Baumaterialien. Die Forschung zu diesem Thema wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Rolle der Architektur und des professionellen Architektur- und Ingenieurwissens bei der „Eroberung“ und Territorialisierung Westsibiriens als eine der letzten „Frontiers“ der staatlich geförderten sowjetischen „Entwicklung“ zu verstehen.

Der dritte Aspekt der Forschungsarbeit untersucht schließlich die Wahrnehmung des sowjetischen Architektur-Establishments gegenüber „traditionellen“ Bautechniken für mobile Behausungen zum Selbstbau. Einige indigene Gruppen – Khanty, Mansi, Nganasan, Selkup und andere – benutzten solche Konstruktionen noch in der späten Sowjetperiode. Erste Forschungen haben gezeigt, dass es einerseits Versuche gab, tragbare Jurten zum Eigenbau zu klassifizieren und zu „modernisie-

ren“, indem industrialisierte Baumaterialien und Bauverfahren eingeführt wurden. Das Projekt des Leningrader LenZIEP-Instituts aus dem Jahr 1970 experimentierte mit Technologien zur Herstellung mobiler Häuser aus Kunststoff für temporäre Siedlungen von Rentierzüchtern, Jägerinnen und Fischern im hohen Norden der Sowjetunion. Einige Architekt*innen vertraten andererseits die Ansicht, dass die indigene Architektur als „Ressource“ für die „Anpassung“ an die westsibirische Umwelt dienen könnte: für die professionelle architektonische Forschung und für die Konzipierung industrialisierter mobiler Architekturmodelle in der Region. Der dritte Aspekt meiner Forschung befasst sich daher mit den internen Hierarchien von Wissen und Expertise in der Sowjetunion und wie sie sich räumlich manifestierten. Ich konnte diese Forschung von Oktober bis November 2023 dank der großzügigen Förderung durch ein Stipendium des Leibniz-Forschungsverbundes „Wert der Vergangenheit“ vorantreiben.

Die Beschäftigung mit scheinbaren Randaspekten des Designs, wie Modulbauten und Barracken, kann uns dabei helfen, das Thema Extraktivismus in die Geschichtsschreibung der modernen Architektur zu integrieren. Angesichts aktueller Diskussionen um Klimamigration und die Dekarbonisierung der Bauindustrie wird diese Aufgabe umso wichtiger.

Bund und Länder investieren: Sanierung des IRS-Gebäudes gesichert

Bei ihrem gemeinsamen Besuch am IRS gaben Bundesbauministerin Klara Geywitz und die brandenburgische Wissenschaftsministerin Manja Schüle am 14. Februar 2024 bekannt, dass ihre beiden Ministerien die Gesamtsumme von 15 Millionen Euro für die Instandsetzung des Hauptgebäudes des IRS bereitstellen.

Bereits 1995 hatte das Institut seinen heutigen Sitz, das denkmalgeschützte Verwaltungsgebäude des ehemaligen Bakelite-Werks am Flaktenfließ in Erkner bezogen. Knapp dreißig Jahre später sind Instandsetzungsmaßnahmen am Dach und an den Rohrleitungen nicht mehr aufschiebbar. Auch beim Arbeits- und Brandschutz sowie der Barrierefreiheit gilt es schnell nachzuarbeiten. Das IRS freut sich sehr über diese große Unterstützung von Seiten seiner beiden institutionellen Fördermittelgeber und sieht dies als Anerkennung und Ansporn für eine zukunftsweisende Forschung am Institut!

In einer gemeinsamen Pressemitteilung der beiden Ministerien erklärt dazu Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg: „Ob Wende oder (Struktur)Wandel: Brandenburg kennt sich aus mit Transformation! An disruptiven regionalen Entwicklungen immer dicht dran ist das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung - ein hervorragender Ansprechpartner für Akteure des Wandels von Raum und Gesellschaft weit über Brandenburg hinaus. Ich freue mich, dass wir als Land knapp eine Million Euro aus dem Brandenburg-Paket in die Energieresilienz sowie gemeinsam mit dem Bund in den nächsten Jahren insgesamt 15 Millionen Euro in die Instandsetzung des Instituts investieren. Denn: Moderne Forschungsansätze brauchen auch moderne Bedingungen!“

Dazu Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Hier



Geywitz und Schüle machten ihre Förderzusage am Rande eines Besuchs in Erkner bekannt, bei welchem sie sich über Forschungen des Instituts zum Wohnen auf dem Land, zur Bau- und Planungsbeschleunigung sowie zum seriellen Bauen informierten und diese drängenden Themen mit Forschenden des IRS diskutierten.

am IRS in Erkner wird erforscht, wie sich unser Land entwickelt. Von Brandenburg aus werden deutschlandweit Informationen erhoben, die es Dörfern, Kleinstädten und Regionen leichter machen, gute und gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort zu planen. Diese wichtige und wirkungsvolle Forschung braucht ein repariertes Dach über dem Kopf, eine moderne CO₂-sparende Wärmeversorgung und mehr Zugänglichkeit durch weniger Barrieren. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg investieren wir in die Sanierung des Gebäudes und damit in gute Forschung, die über Brandenburg hinaus wirkt.“

Dazu IRS-Direktor Oliver Ibert: „Die Gesellschaft sieht sich immer mehr Krisen und disruptiven Ereignissen ausgesetzt. Wir am IRS möchten mit unserer Forschung dazu beitragen, dass zukunftsfähige Lösungen für städtische und

ländliche Räume gefunden werden. Am Standort Erkner profitieren wir dabei von der Nähe zur Metropole Berlin und sind zugleich am Puls der dynamischen Entwicklung Brandenburgs. Unser historisches Institutsgebäude erinnert uns täglich an die Transformationen der letzten Jahrzehnte. Die Baumaßnahme gibt uns eine Perspektive für die Zukunft: Das IRS wird mehr denn je ein Ort für wissenschaftliche Originalität und den Dialog mit der Praxis sein.“

Die Umsetzung der Baumaßnahmen erfolgt von 2025 bis 2027.

 **KONTAKT**
Prof. Dr. Oliver Ibert



Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ mit neuer Leitung

An der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) wurde am 27. September 2023 die gemeinsam mit dem IRS berufene Historikerin Kerstin Brückweh zur Professorin für Historische Stadt- und Raumforschung ernannt. Am IRS übernahm sie die Leitung des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“. Mit der Ernennung zum 1. Oktober 2023 setzten die beiden Forschungseinrichtungen ein zentrales Vorhaben ihrer vor zwei Jahren geschlossenen Kooperationsvereinbarung um. Mit Kerstin Brückweh kommt eine Expertin für die deutsche und britische Geschichte des 19. bis 21. Jahr-

hunderts an die Viadrina und das IRS, die einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Erforschung der sozialistischen und postsozialistischen Gesellschaft legt. Kerstin Brückweh hatte seit 2021 die Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Berliner Hochschule für Technik (BHT) inne. Zuvor war sie an den Universitäten Trier und Duisburg-Essen tätig, leitete die Forschungsgruppe „Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989“ am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und war Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur-

und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt. Begonnen hatte ihre wissenschaftliche Laufbahn an der Universität Bielefeld, wo sie mit der Arbeit „Mordlust. Serienmorde, Gewalt und Emotionen im 20. Jahrhundert“ promoviert hat. Im Anschluss wechselte Kerstin Brückweh für sechs Jahre an das Deutsche Historische Institut (DHI) London. Mit der dort entstandenen Schrift „Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter“ habilitierte sie sich 2013 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.



KONTAKT

Prof. Dr. Kerstin Brückweh

Sicherung und Übernahme des Nachlasses von Fritz Kühn

Der Papiernachlass des bedeutenden Berliner Metallkünstlers Fritz Kühn (1910–1967) wird in den Bestand der Wissenschaftlichen Sammlungen in Erkner übernommen. Damit kann der in seltener Geschlossenheit überlieferte Nachlass des national und international renommierten Künstlers gerettet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Bestand mit Unterlagen von den 1930er- bis Ende der 1960er-Jahre besteht aus tausenden gerollten Entwurfszeichnungen und Plänen, zahlreichen Aktenordnern mit Schriftwechseln, Projektunterlagen, Werkmanuskripten. Zum Bestand gehören weiterhin Publikationen von und zu Kühn sowie eine fotografische Dokumentation der ausgeführten Werke. Der Nachlass besticht durch seine Vollständigkeit und thematische Breite wie auch eine Vielzahl an Berührungspunkten zu Fragen der deutschen Architektur- und Kunstgeschichte sowie zum Werk anderer prominenter Künstler*innen.

Fritz Kühn war der „wohl bedeutendste Metallgestalter der DDR“ und „eine der faszinierendsten Künstlerpersönlichkeiten der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte“, so der damalige Berliner Landeskonservator Jörg Haspel 2010 in einer Würdigung. „Das unerhört produktive Schaffen von Fritz Kühn“ (Haspel) schlug sich in bedeutenden Werken in beiden deutschen Staaten nieder. Dazu gehören beispielsweise



das Kuppelkreuz, das Brüstungsgitter sowie der Standleuchter in der Hedwigs-Kathedrale in Berlin, die Strukturfassade des Centrum Warenhauses Suhl und die Gitterskulptur im westdeutschen Expo-Pavillon in Brüssel. Allein in Brandenburg sind etwa 60 Auftragswerke zu finden. Kühns Schaffen konzentrierte sich auf Kunst am Bau, Kunst im öffentlichen Raum und die Innenraumgestaltung öffentlicher Gebäude.

Fritz Kühns Papiernachlass dokumentiert auch die Arbeitsweise von Kühns Firma, was bei Künstler-nachlässen selten der Fall und für die Forschung von großem Interesse ist. Am 12. Dezember 2023 holte die Leipziger Restaurierungsfirma Paperminz GmbH den Nachlass von dem seit den 1930er-

Jahren genutzten Ateliergrundstück der bekannten Kunstschmiedefamilie Kühn ab. Die Firma wird bis 2025 den Bestand fachgerecht reinigen, teilweise planlegen, restaurieren und vollständig umverpacken. Die aufwändigen Maßnahmen sind aufgrund eines Befalls mit Schimmel notwendig, um eine Archivierung erst zu ermöglichen. Für die Arbeiten haben die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS im Rahmen des renommierten BKM-Sonderprogramms zum Erhalt des schriftlichen Kulturguts Mittel des Bundes und des Landes Brandenburg eingeworben.



KONTAKT

Dr. Kai Drewes

IRS präsentiert neues Onlineportal „Stadt-Raum-Geschichte.de“

Am 6. Oktober 2023 startete das neue Onlineportal „Stadt-Raum-Geschichte.de“ des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ und seiner Wissenschaftlichen Sammlungen. Einzigartige Bestände von historischen Plänen, Fotos und Architekturentwürfen aus der DDR sind nun für Wissenschaft und Öffentlichkeit erstmals digital zugänglich.

Neben aus DDR-Institutionen übernommenen Beständen haben die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS in den letzten 30 Jahren etwa 150 Vor- und Nachlässe ostdeutscher Planer*innen und Architekt*innen zusammengetragen. So ist in Erkner ein weltweit einmaliges Spezialarchiv zur DDR-Architektur-, Planungs- und auch Alltagsgeschichte entstanden. Die Wissenschaftlichen Sammlungen umfassen eine Vielfalt an Fotos, großformatigen Plänen und Zeichnungen sowie unveröffentlichte Druckwerke, Architekturmodelle und Handakte.



Am 6. Oktober konnten Interessierte das Portal selbst ausprobieren. Rechts im Bild: Dr. Rita Gudermann, Projektleiterin für die Digitalisierung der Wissenschaftlichen Sammlungen

Zuletzt wurde das Archiv unter anderem durch die Abschlussdokumentation zum Palast der Republik mit zahlreichen Detailplänen ergänzt.

Mit Mitteln des Landes Brandenburg und des Bundes werden die Bestände schrittweise digitalisiert und veröffentlicht. Bei einer Vielzahl der Archivalien sind jedoch die Angaben zu Herkunft und genauem Inhalt nicht vollständig. Daher laden die Wissenschaftlichen Sammlungen Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich an der Erschließung zu beteiligen. Auf dem Onlineportal ist bereits eine erste Auswahl von Archivfotos mit Kommentarfunktion veröffentlicht. In Zukunft werden die Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausgebaut.

Das Onlineportal „Stadt-Raum-Geschichte“ ist unter **stadt-raum-geschichte.de** erreichbar. Digitalisierte Archivalien wie Fotos und Entwürfe können dort sowohl thematisch als auch in einer Kartenansicht gesucht und abgerufen werden.



MdB Mathias Papendieck zweimal zu Besuch am IRS

Gemeinsam mit der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Manja Schüle, besuchte der Bundestagsabgeordnete Mathias Papendieck schon im Oktober 2023 das IRS. Anlass war der Start des Onlineportals „Stadt-Raum-Geschichte.de“, das Bürgerinnen und Bürger zum Mitforschen einlädt. Bei einem zweiten Besuch Anfang November informierte sich Papendieck, Abgeordneter für den Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree nun über das aktuelle Forschungsprogramm, über die Finanzierung, die Forschungsprojekte und über das verbesserungswürdige städtebauliche Umfeld des IRS. In mehrstündigen Gesprächen mit Forschenden des Schwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ ging es zum einen um den überregionalen Forschungsauftrag des IRS als Leibniz-Einrichtung. Zu anderen interessierte sich der Politiker für Forschungsbezüge des Instituts zur regionalen Entwicklung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Ein Fokus in den Gesprächen lag deshalb auf der Standort-Region des IRS im östlichen Brandenburg. „Ich



freue mich riesig, dass sich das IRS intensiv mit der Geschichte und Genese unserer Region als Industriestandort und Lebensraum beschäftigt“, sagte der SPD-Abgeordnete, zu dessen Wahlkreis Erkner gehört. „Die Forschungsthemen des Instituts liegen mitunter direkt vor der Haustür.

Zum Beispiel die Entwicklung und Veränderung der Region durch die Ansiedlung von TESLA oder Erkner als Industriestandort mit seiner reichen Geschichte“, so Papendieck.

Papendieck äußerte sich auch zu finanziellen Belangen des IRS. „Hier brauchen wir eine bessere Lösung, um die exzellente Forschung in unserer Region weiterhin umfassend zu ermöglichen“, meinte er. „Besonders freue ich mich daher, dass wir über das Programm zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts 100.200 Euro Bundesmittel für die Erhaltung des Papiernachlasses von Fritz Kühn nach Erkner holen konnten“, betonte Mathias Papendieck.

Abschließend nahm der Abgeordnete Stellung zu den städtebaulichen Potenzialen im unmittelbaren Umfeld des IRS: „Ich möchte das Institut dabei unterstützen, sein eigenes städtebauliches Umfeld mit den Industrieruinen positiv und vor allem ansehnlicher zu entwickeln.“



Journalist in Residence: „Viele Anregungen mitgenommen“



Von Oktober 2023 bis Februar 2024 recherchierte die Journalistin Anne-Sophie Lang als Journalist in Residence des Leibniz R-Netzwerks am IRS zum Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Erhaltung des Bauerbes. Sie sagt: „Vielen Dank, IRS! Das Journalist-in-Residence-Stipendium war eine großartige Möglichkeit, ausführlich in einem Themengebiet zu recherchieren

– sowohl in der Breite (bei der Themenfindung) als auch im Detail (bei der Arbeit an konkreten Beiträgen). Der riesige Ordner namens ‚LEIBNIZ R‘ auf meiner Festplatte ist Zeuge dieser intensiven Zeit: voller Word- und PDF-Dokumente, Fotos und Tondateien, denn auch ein Ausflug ins Radio hat sich aus der Recherche ergeben. Er entwickelt sich auch nach dem offiziellen Ende

des Stipendienzeitraums weiter, denn ich stelle begonnene Beiträge gerade noch fertig. Darüber hinaus habe ich viele, viele Anregungen mitgenommen, so dass mir die Ideen in näherer Zukunft nicht ausgehen werden. Auch in Erkner werde ich sicher noch einmal vorbeischaun. Meine Besuche waren immer spannend und ergiebig. Ich wäre gern noch öfter dort gewesen. Eine persönliche Reflektion: Ja, so ein Projekt mit zwei Kleinkindern anzugehen, war etwas irre. Es hat aber gut geklappt. Ich danke meinem Mann; er dankt der Pizzeria Pinocchio. Vielen Dank an alle, die mit mir gesprochen haben und/oder sich mit meinen Abrechnungen herumschlagen mussten/müssen, vielen Dank an die Nachwuchsforscher:innen, die motiviert an meinem Workshop teilgenommen haben – und einen besonderen Dank an Felix Müller für Betreuung und Austausch. Ich weiß sehr zu schätzen, dass ich dem Zusammenspiel von Nachhaltigkeit und Baukultur so viel Aufmerksamkeit widmen durfte.“

 **KONTAKT**
Dr. Felix Müller

Die Bibliothek des IRS erhält den Open Library Badge



Für ihr Engagement für einen offenen Zugang zu Wissen und Information wurde der Bibliothek des IRS am 8. August 2023 der Open Library Badge verliehen. Die Initiative Open Library Badge hat

sich zum Ziel gesetzt, Bibliotheken zu belohnen, die sich für Offenheit in Wissenschaft und Gesellschaft einsetzen. Offenheit heißt hier: Abbau von Zugangsbarrieren, Förderung von Teilhabe und Einsatz für Transparenz. 26 Bibliotheken in deutschsprachigen Ländern erhielten den Badge im aktuellen Durchgang. Der Open Library Badge umfasst 15 Kriterien. Fünf müssen für eine Auszeichnung erfüllt sein. Best Practices werden auf der Website der Initiative dargestellt. Die Bibliothek des IRS fördert bereits seit einigen Jahren Offenheit im Rahmen von Open Access und Open Science. Nun bewarb sie sich erfolgreich um den Open Library Badge entsprechend den aktuellen, seit 2020 gültigen Standards. Sie punktete bei folgenden Kriterien:

1. Kostentransparenz bei Open Access herstellen: Die Bibliothek legt die Kosten für Open Access-Publikationen aus dem IRS offen und trägt so zu Kostentransparenz bei. Das Publizieren mit Open Access wird besser planbar.

2. Open-Access-Ressourcen sichtbar machen: Durch die Integration des Directory of Open Access Books (DOAB) in den Katalog der Bibliothek werden für die Nutzenden Open-Access-Publikationen stärker sichtbar.

3. Open-Access-Potenziale aufdecken: Die IRS-Bibliothek bietet den Beschäftigten des Instituts ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu Open Access.

4. Einbindung eigener und externer Nutzer*innen: Mit dem Umstieg auf den neuen Bibliothekskatalog, welcher auf der Open-Source-Software Koha beruht, können Nutzende den Bibliothekskatalog mit eigenen Schlagwörtern anzureichern und Medien leichter durchsuchbar machen.

5. Fotos der Bibliothek nachnutzbar machen: Fotos der Bibliothek werden auf Wikimedia Commons unter der CC BY 4.0 Lizenz zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt.

 **KONTAKT**
Simone Vogler

Nachwuchsgruppe erforscht die Erinnerung an Grenzen in europäischen Regionen



Lange wählte sich Europa auf dem Weg der Einigung. Doch in jüngerer Zeit haben disruptive Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie und große Fluchtbewegungen innereuropäische Grenzen wieder mehr zum Thema gemacht. Eine neue Nachwuchsgruppe am IRS untersucht ab 2024 in vier europäischen Grenzregionen das „Grenzgedächtnis“ der lokalen Bevölkerung und erforscht, wie es im Lauf der Geschichte geprägt wurde.

Die Soziologin Vivien Sommer erhielt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Bewilligung für die Einrichtung der Gruppe im Emmy Noether-Programm. Sie ist unter dem Namen „Grenzen und Gedächtnis“ im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ des IRS angesiedelt. Für zunächst 36 Monate mit der Aussicht auf weitere

36 Monate fördert die DFG mit insgesamt rund 1,6 Millionen Euro das Forschungsvorhaben. Neben der Leiterin Vivien Sommer werden drei Doktorand*innen in der Nachwuchsgruppe forschen.

Das Projekt zielt darauf ab zu verstehen, wie vergangene disruptive Ereignisse, wie Kriege, geopolitische Konflikte und politische Vereinigungen, den aktuellen Zustand von Grenzen beeinflusst haben. Diese vergangenen Ereignisse sind im sozialen Gedächtnis verwurzelt, das mit dem täglichen Leben der Bewohner*innen von Grenzregionen verflochten ist. Die Forschungen schließen damit an Erkenntnisse der Gedächtnisforschung an, die gezeigt haben, dass einzigartige kulturelle und ideale Räume auf beiden Seiten interner Grenzen in Europa fortbestehen. Bislang fehlen jedoch theo-

retische Konzepte, die die Bedeutung des sozialen Gedächtnisses von Grenzen für den Alltag der Bewohner*innen erfassen können.

Die Nachwuchsgruppe wird diese Lücke mit einer innovativen Studie zum sozialen Gedächtnis in Partnerstädten und Partnerdörfern in vier europäischen Grenzregionen schließen: der polnisch-deutschen Grenze, der schweizerisch-deutschen Grenze, der dänisch-deutschen Grenze und der irisch-nordirischen Grenze. Drei Dimensionen des Grenzgedächtnisses stehen dabei im Fokus: Erinnerungsrahmen, Erinnerungspraktiken und Erinnerungsmaterialität. Für Politik und Gesellschaft kann dieses neuartige Konzept eines Grenzgedächtnisses eine neue Sichtweise zum Verständnis und zur Lösung von Konflikten und Spannungen eröffnen.

Die Forschenden werden verschiedene empirische Methoden miteinander kombinieren: Mit sogenannten Erinnerungsaktivist*innen werden Experteninterviews geführt. Mit Bewohner*innen der Regionen wird die Gruppe Spaziergänge unternehmen, narrative Interviews führen und mentale Karten erheben. Darüber hinaus wird die Gruppe sowohl mit bestehendem Kartenmaterial arbeiten als auch neue – auch digitale und interaktive – Karten erstellen.



KONTAKT

Dr. Vivien Sommer

Projekt erfasst sozialen Wandel mit Drohnen und historischen Karten

Helfen Luftaufnahmen bei der historischen Forschung zu sozialem Wandel? Ab April 2024 erproben Kerstin Brückweh und Rita Guder mann vom Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ die Nutzung von Drohnen und Deep Mapping in der Zeitgeschichte. Ihr Projekt „Geodaten als Sozialdaten für die historische Längsschnittanalyse?“ untersucht anhand sich verändernder Kulturlandschaften im Berliner Umland Prozesse des sozialräumlichen Wandels. Dazu werden historische Karten und Pläne aus den Wissenschaftlichen Samm-

lungen des IRS und anderen regionalen Archiven genutzt, um Referenzpunkte in der Vergangenheit zu schaffen. Durch Drohnen-Überflüge erfasst das Projektteam den aktuellen Zustand der Räume. Im Zentrum des Interesses stehen Fragen von Raumnutzung, Eigentumsrechten sowie Zugangs- und Nutzungsbeschränkungen. Es geht also um soziale Verhältnisse, die sich im Raum manifestieren und deren Veränderungen im Raum sichtbar sind. Ziel ist es herauszufinden, wie gut sich historischer sozialer Wandel durch räumliche Daten erfassen lässt. Um Ver-

trauen herzustellen, wird das Projektteam einen intensiven Bürgerdialog pflegen. Das Vorhaben wird aus dem Incubator Funds der Nationalen Forschungsdaten-Initiative „NFDI4Memory“ gefördert. NFDI4Memory ist das Konsortium für historisch arbeitende Geisteswissenschaften innerhalb der Initiative zum Aufbau einer Nationalen Forschungsdaten-Infrastruktur. Die Initiative wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.



KONTAKT

Prof. Dr. Kerstin Brückweh
Dr. Rita Guder mann

Studie zum europäischen Start-up-Ökosystem

In einer Zeit, in der digitale Innovation und unternehmerische Dynamik im Mittelpunkt stehen, ist ein tiefes Verständnis des Startup-Ökosystems in Europa unerlässlich. Basierend auf einer Ausschreibung der Generaldirektion für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission beteiligt sich der Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesell-

schaft“ des IRS in den Jahren 2024 und 2025 am Projekt „StepUP Startups“ zur Start-up-Dynamik in Europa. Das Konsortium besteht aus Partnern aus Spanien, Belgien und Deutschland. Es möchte Handlungsperspektiven zur Stärkung des europäischen Start-up-Ökosystems entwickeln. Übergreifendes Ziel ist es, die Feinheiten, Herausforderungen und Möglichkeiten des Start-up-Ökosystems

ganzheitlich zu beleuchten und in politische Handlungsempfehlungen zu übersetzen. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens wird das IRS insbesondere datengetriebene Analysen beisteuern und konzeptionelle Erkenntnisse aus der Leitprojektforschung der vergangenen Jahre zu Innovation und Kreativität einbringen.



Citizen-Science-Tools für kleine Archive entwickelt und erprobt

Ende November 2023 endete das Projekt „CitizenArchives“. Darin entwickelten die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS zusammen mit dem Unternehmen Programmfabrik GmbH eine Eingabemaske und Verfahren zur Dateneingabe, die es kleinen und Spezialarchiven ermöglichen, ihre Bestände mit Hilfe von Freiwilligen zu erschließen. Das Projektteam, bestehend aus Rita Gudermann, Paul Perschke und Simone Lang, erarbeitete dieses innovative Verfahren anhand unerschlossener historischer Fotografien, die in den Sammlungen lagern. Auf der Citizen-Science-Plattform Zooniverse gingen knapp 10.000 Einträge von engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu den dort präsentierten Fotos ein. Teil des Projekts war die Entwicklung des „IRS AI Validator“, ein Plug-in, das auf der Basis von künstlicher Intelligenz die Eingaben der Bürger*innen für die weitere Bearbeitung durch



Geschichtslehrerin Antje Schrieber bei der Präsentation eines Schulprojekts zur DDR-Geschichte

die Online-Redaktion empfiehlt, wenn sie z.B. Hinweise auf wertende Begriffe (Sentiments), bedeutungssteigernde Markierungen oder Fake News enthalten. Auf dem neuen Online-

portal „Stadt-Raum-Geschichte“ unter „Mitmachen!“ können Interessierte weiterhin bei der Erschließung von Archivalien der Sammlungen mitwirken. Anfang 2024 nutzte der Grundkurs Geschichte der 13. Jahrgangsstufe der Bettinavon-Arnim-Schule in Berlin-Reinickendorf eine Auswahl der hier bereitgestellten Fotos für ein Lehrprojekt zur Geschichte der DDR. Die Schüler*innen identifizierten die abgebildeten Orte, glichen sie mit der heutigen Situation ab und recherchierten, ausgehend von den Bildinhalten, Bezüge zu den Themen Mangelwirtschaft und Opposition in der DDR.

Das Projekt „CitizenArchives“ wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert.



EU-Projekt zu Remote Work und sozialen Transformationen

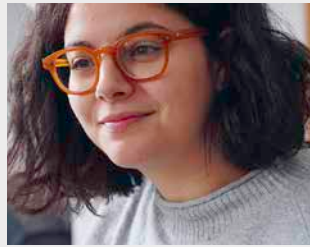
Seit Februar 2024 beteiligt sich der Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ an dem internationalen Verbundprojekt „REmote-Working Multiple Impacts in the Age of Disruptions: Socioeconomic Transformations, Territorial Retinking, and Policy Actions“, kurz REMAKING. Im Zentrum der Forschung steht Remote Work, also Online-Arbeit über physische Distanz hinweg. Das Projekt versteht Remote Work als Ausdruck mehrerer tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen oder Megatrends, wie der digitalen Transformation und der Flexibilisierung von Produktionsmodellen. Hinzu kommen disruptive Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen

die Ukraine. Letzterer trieb Millionen von Menschen zur Flucht, von denen viele nun remote arbeiten. REMAKING möchte die gesellschaftlichen Transformationen, die sich in Remote Work manifestieren, verstehen und sie politischen Entscheidungsverantwortlichen zugänglicher machen. Remote Work soll nicht mehr als isoliertes Phänomen betrachtet werden. Ziel ist es, Remote Work als Zugang zu grundlegenden Veränderungen zu verstehen und politische Maßnahmen zu Remote Work als Gestaltung von Transformation zu unterstützen, auch auf lokaler Ebene. Vier verschiedene Arten von Remote Work werden betrachtet: digitales Nomadentum,

Post-Pandemie, hochqualifizierte Arbeitskräfte in High-Tech-Sektoren und erzwungene Remote Work durch Fluchtbewegungen. Die vier Fallstudien umfassen insgesamt sieben Länder: Italien, Griechenland, Portugal, Deutschland, die Tschechische Republik, die Ukraine und Irland. Die Koordination des Projektverbunds liegt bei der Universität Bologna. Insgesamt kooperieren zwölf Forschungseinrichtungen und Praxispartner aus allen beforschten Ländern in REMAKING. Das Projekt läuft von Februar 2024 bis Juli 2027 und wird von der Europäischen Kommission gefördert.



Trainingsnetzwerk „CORAL“ auf der Zielgeraden



Kollaborative Arbeitsorte – wie z.B. Coworking Spaces, FabLabs, Maker Spaces oder Repair Cafés – galten lange als städtisches Phänomen, das sich von urbanen Verdichtungsräumen inzwischen in andere Regionen ausbreitet. In jüngerer Zeit ist eine zunehmende Ausbreitung, wie auch Differenzierung auf dem Land zu beobachten. Das Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Network (MSCA-ITN) „Exploring the Impacts of Collaborative Workspaces in Rural and Peripheral Areas in the EU“, kurz CORAL, untersucht seit 2021 kollaborative Arbeitsorte in ländlichen und peripheren Regionen der Europäischen Union.

Sein Fokus liegt auf der Frage, welche Beiträge kollaborative Arbeitsorte für die wirtschaftliche, soziale und regionale Entwicklung ländlicher Regionen leisten. Koordiniert von der Panteion-Universität Athen arbeiten vier wissenschaftliche Einrichtungen und fünf Praxispartner zusammen in der Qualifizierung von insgesamt 15 Promo-

vierenden. Zwei der „Early Stage Researchers“ (ESRs), Federica Ammaturo und Chen Gao, sind am IRS im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ beschäftigt und werden von Suntje Schmidt betreut.

Der besondere Beitrag eines MSCA-ITNs besteht darin, dass Nachwuchsforschende im Rahmen des Netzwerks praxisnah und international zu ihren jeweiligen Forschungsthemen ausgebildet werden. Die Early Stage Researchers (ESRs) arbeiten während ihrer Zeit im CORAL-Netzwerk zweitweise bei je einem der beteiligten Praxispartner und in einer weiteren wissenschaftlichen Einrichtung. Die ESRs treffen sich zweimal im Jahr zu „CORAL Schools“ und Training Events, auf welchen sie Weiterbildungen zu Methoden, wissenschaftlichem Schreiben, Fundraising und weiteren promotionsrelevanten Themen erhalten. Im November 2023 trafen sich alle ESRs beispielsweise zu einem Work Package Meeting am IRS

sowie am Kreativort „Project June“ in Jüterbog, um den Stand ihrer Arbeiten zu besprechen und sich über Karrieremöglichkeiten zu informieren.

In CORAL werden zahlreiche Produkte für Kommunikation und Weiterbildung zum Thema kollaborative Arbeitsorte erstellt. So befinden sich ein Podcast und eine Videodokumentation in Vorbereitung. Lehrmaterialien für die Fortbildung von Praktiker*innen wurden bereits in einem MOOC (Massive Open Online Course) erstellt. Die Abschlusskonferenz findet zwischen dem 11. und 13. November 2024 in Athen statt, der offizielle Projektabschluss ist für Mitte 2025 geplant.

Das Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Network (ITN) wird aus dem EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 finanziert.



Prof. Dr. Suntje Schmidt

Projekt zum Wirken der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft

Im September 2023 startete im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ ein Projekt zum Wirken der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG). Als Immobilien-Tochtergesellschaft der Treuhandanstalt (THA) verwaltete die TLG nach dem Ende der DDR ehemals volkseigene Gebäude. Sie organisierte unter anderem die Liquidierung von zum „Volkseigentum“ gehörenden Großgaststätten, betriebszugehörigen Sozialeinrichtungen, FDGB-Ferienheimen, Interhotels und CENTRUM-Warenhäusern. Diese Bauten wurden durch die neuen Eigentümer im Laufe der 1990er-Jahre umgenutzt, umgebaut, abgerissen – oder stehen bis heute leer. Die Treuhand wird für ihre oftmals schnelle und intransparente Abwicklung von Privatisierungen ostdeutscher Betriebe – bei geringer Beteiligung der ostdeutschen Bevölkerung – bis heute kritisiert. Eine architekturhistorische

Perspektive, speziell auf das Wirken ihrer Immobilien-Tochter TLG, fehlt jedoch bis jetzt.

Im Rahmen ihres bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworbenen Forschungsprojektes „Der Wert der DDR-Architektur“ untersucht die Architekturohistorikerin Stefanie Brünenberg nun, welchen Einfluss die Tätigkeit der TLG auf die öffentliche Wahrnehmung des baulichen Erbes der DDR hatte – konkret auf die identitätsstiftende Wirkung der Bauten. Förderlich für dieses Vorhaben ist der zunehmend einfachere Zugang zu Dokumenten aus der Treuhandanstalt. Unterlagen werden ins Bundesarchiv aufgenommen und digitalisiert, ihre Schutzfristen wurden verkürzt. So erhalten Forschende neue Einblicke in die Arbeit der THA und ihrer Tochterorganisationen.

Das Projekt nimmt sowohl die Institutionengeschichte der TLG als auch einzelne Bauten in den

Blick. Nicht der industrialisierte Typenbau steht dabei im Fokus, sondern einzigartige Bautypologien, die entscheidend für die Politisierung der Bevölkerung in der DDR waren: betrieblich geführte Großgaststätten und andere Sozialeinrichtungen der volkseigenen Betriebe, staatlich geleitete Kindergärten, Polikliniken und FDGB-Ferienheime sowie die Bauten der Handelsorganisation (HO). Wechselnde Eigentumsverhältnisse, Nutzungen und bauliche Veränderungen der Gebäude sollen im Projekt erfasst werden. Durch die große Aufmerksamkeit für die ausgewählten Gebäude können Bezüge zu medialen Diskursen rund um ihre Privatisierung hergestellt werden – und damit auch zum Wandel ihrer Wahrnehmung in der ostdeutschen Öffentlichkeit.



Dr. Stefanie Brünenberg



Guten Tag Herr Federwisch. Mit welchen Themen und Aufgaben befassen Sie sich gerade?

Aktuell bin ich im Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung tätig. Hier setze ich in einem großen Konsortium das Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen um. Ziel eines der größten Digitalisierungsprogramme für ländliche Räume ist die Entwicklung eines Digitalen Ökosystems. Es besteht aus digitalen Diensten zur besseren Daseinsvorsorge in 20 Landkreisen sowie einer bundesweiten IT-Plattform, inkl. Marktplatz für digitale Dienste.

Was haben Sie aus Ihrer heutigen Sicht als wichtigste Qualifikation aus dem IRS mitgenommen?

In meinem Job spielen das Wissensmanagement und der Wissenstransfer eine sehr große Rolle. Das Handwerkszeug habe ich sicher auch in meiner Zeit am IRS gelernt. Immerhin ist das IRS bekannt für seine anwendungsorientierte Forschung und den Transfer in die Praxis.

Könnten Sie im Nachhinein Ideen und Themen beschreiben, die aus Ihrer Sicht für das IRS ganz typisch sind?

Ich kenne bis heute nur wenige Forschungseinrichtungen, die so konsequent zu ländlichen Räumen forschen wie das IRS. Gerade im Bereich der Innovationen auf dem Land ist das IRS bis heute ein Vorreiter in Deutschland.

Gibt es aus Ihrer Sicht bestimmte Ideenpfade im IRS, die Sie für Ihre eigene Entwicklung erkennen können und die Sie genutzt haben oder nutzen?

Das Konzept der Open Innovation hat mich sehr beeinflusst. Mich inspiriert der Gedanke, dass verschiedene Akteure mit

ihren jeweiligen Expertisen zusammenkommen, um Neues zu erschaffen. So machen wir es ja auch im Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen. Gleiches gilt übrigens auch für mein Ehrenamt in der Dorfbewegung Brandenburg, in der ich mit vielen Mitstreitern Räume und Gelegenheiten für Austausch und Innovation schaffe. Ein schönes Beispiel ist das „Parlament der Dörfer“, das 2022 erstmals stattgefunden hat.

Haben Sie spezielle Ideen aus dem IRS mitgenommen und in Ihrem Arbeitsfeld in größere Kontexte implementiert, z.B. in größeren Projekten oder Vorhaben?

Am IRS habe ich mein Verständnis für Innovationen auf dem Land geschult. Dieses Wissen kann ich unmittelbar in die Bundesverwaltung einbringen. Egal, ob ich den Innovationsgrad eines Projektes einschätzen oder einen neuartigen Entwicklungsansatz auf die Bühne einer großen Messe bringen soll: Das Hintergrundwissen habe ich am IRS erlangt.

Welche akademischen Fachgebiete haben in letzter Zeit besonders vom IRS-Ansatz der raumbezogenen Sozialforschung profitieren können? Und wo sehen Sie Ausbaupotenziale?

Für mich steht das IRS unter anderem für soziale Innovationen und soziales Unternehmertum in ländlichen Räumen. Ich denke, hier konnte das IRS bereits wertvolle Akzente in der deutschen und europäischen Forschungslandschaft setzen. Auf Basis dieses Profils sehe ich weitere Forschungspotenziale im Bereich der Wohlfahrtsökonomie auf dem Land. Sie ist dort einer der wichtigsten Arbeitgeber mit hoher Raumwirksamkeit, aber auch in einer großen Umbruchsphase.

„Am IRS habe ich mein Verständnis für Innovationen auf dem Land geschult“

Dr. Tobias Federwisch ist aktuell im Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung (KomLE) der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) tätig. Von 2015 bis 2019 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS).

Stichwort Politik- und Gesellschaftsberatung: Gab es da am IRS für Sie prägende Ereignisse und Erfahrungen? Wie hat Sie Ihre Zeit am IRS in Bezug auf Ihr Transferverständnis geprägt?

In meiner Zeit am IRS haben wir die Politik und Verwaltung oft beraten. Mal ging es um ländliche Räume im Allgemeinen, mal um soziale Innovationen in Landgemeinden im Besonderen. Ich hatte den Eindruck, dass die Expertise am IRS sehr geschätzt wurde. Besonders viel Interesse haben wir erfahren, wenn es um Empfehlungen hinsichtlich der Förderarchitektur ging.

Wie hat sich Ihrer Meinung nach der Arbeitsmarkt im Umfeld der raumbezogenen Sozialforschung verändert? Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht die Wissenschaft und die Praxis, etwa in Politik und Verwaltung, als Berufsfelder?

*Obwohl die Wissenschaft als Arbeitgeber eine wichtige Rolle spielt, wird die Mehrzahl der sicheren Stellen in der so genannten Praxis geschaffen. Der Arbeitsmarkt reicht von der Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, über die vielfältigen Regionalmanagements und Beratungsunternehmen bis hin zu den Verbänden und sonstigen Interessensvertretungen. Seit langem sind Allrounder*innen gefragt, die mehrere fachliche Themen bedienen sowie über umfangreiche Kommunikations- und Sozialkompetenzen verfügen. Da der Arbeitsmarkt sehr stark vom Fördermittelgeschäft geprägt ist, sind Kenntnisse über die Rechtsgrundlagen, insbesondere das Haushalts-, Zuwendungs- und Vergaberecht oder das Fördermittelmanagement von großem Vorteil.*

Was empfehlen Sie Nachwuchswissenschaftler*innen?

Zu einer Karriere in der Wissenschaft gehört ein gutes Forschungsumfeld. Das IRS bietet ein solches Umfeld, weshalb

*wir auch zukünftig viele akademische Karrieren mit Bezug zum IRS sehen werden. Dennoch empfehle ich allen Nachwuchswissenschaftler*innen, nicht nur auf die Karte der Wissenschaft zu setzen. Im Gegenteil: Außerhalb der Wissenschaft gibt es viele Karrieremöglichkeiten, die sinnstiftend sind und somit gleichermaßen infrage kommen können.*

Was waren in den vergangenen Jahren aus Ihrer Sicht die größten raumpolitischen Fehleinschätzungen? Wo hätte in der raumwissenschaftlichen Community mehr Beratung bzw. Wissenstransfer stattfinden müssen?

Ich halte mich mit meinem Urteil über vermeintliche raumpolitische Fehleinschätzungen der Vergangenheit zurück. Denn auch unsere Gegenwart ist unübersichtlich geworden und Fehleinschätzungen lassen sich wohl auch heute nicht immer vermeiden. Dennoch freue ich mich, dass sich der raumpolitische Fokus von den Städten und Metropolen zugunsten der ländlichen Räume verschoben hat. Das ist auch eine gute Nachricht für die raumwissenschaftliche Community, die mit ihren Analysen und Handlungsempfehlungen rund ums Land sehr willkommen ist.

Welche Ideen und Vorschläge möchten Sie ggf. gerne für das Alumni-Netzwerk des IRS einbringen?

Mit dem Ausscheiden einer Person aus einer Organisation geht oft viel Wissen und Knowhow verloren. Das ist zwar nicht ganz zu vermeiden, aber mit einem Alumni-Netzwerk zu minimieren. Spannend ist, dass das auch smart via App geht! Gut administriert läutet das digitale Tool ein neues Kapitel im Wissensmanagement eines Alumni-Netzwerkes ein. So kann ein Expertendienst eingerichtet werden und das perfekte Match von Ehemaligen von vielseitigem Vorteil sein.

Schönen Dank für das Gespräch, Herr Federwisch!

Engagement und Aktivismus treiben lokale Klimapolitik

Zwei aktuelle Publikationen aus der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ diskutieren den Einfluss verschiedener Akteursgruppen auf kommunale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik. In einem Beitrag in der Zeitschrift „Politikum“ beleuchten Kristine Kern, Wolfgang Haupt, Elisa Kochskämper und Peter Eckersley die Rolle von Politik (z.B. Oberbürgermeister*innen), Verwaltung (z.B. Klimamanagement) und Zivilgesellschaft (z.B. Klima- und Umweltgruppen). Die Forschenden fanden heraus, dass alle drei Gruppen stark Einfluss auf kommunale Klimaaktivitäten nehmen. So

zeigte sich in Städten, die als Klimavorreiter bezeichnet werden können, oft, dass alle drei genannten Gruppen überdurchschnittlich stark engagiert und ambitioniert sind. In einem Beitrag zum neuen Sammelband „Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung“ nehmen Wolfgang Haupt, Peter Eckersley, Janne Irmisch und Kristine Kern speziell den Einfluss von Klimaaktivist*innen in den Blick. Der Beitrag fokussiert auf die Aktivität und Stärke von Fridays for Future-Ortsgruppen in 21 deutschen Groß- und Mittelstädten. Die untersuchten Städte sind beim Klimaschutz unter-

schiedlich stark aktiv. Dabei zeigt sich: Je stärker und je akzeptierter der FfF-Ortsgruppen in der Stadtgesellschaft sind, desto aktiver ist die Stadt in der Klimapolitik. Gleichzeitig treten die Aktivist*innen in Universitätsstädten meist besonders selbstbewusst auf und setzen Politik und Verwaltung unter Druck, mehr für den Klimaschutz zu tun. Die Differenzierung von Städten in klimapolitische Vorreiterstädte, Städte im Mittelfeld und Nachzüglerstädte basiert auf einem Städteranking, welches die Gruppe in den Projekten „ExTrass“ und „ExTrass-V“ erstellte.

Publikationen:



Kern, Kristine; Haupt, Wolfgang; Kochskämper, Elisa & Eckersley, Peter (2023).

Städte als Vorreiter.
Kommunale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik in Deutschland zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Politikum 3/2023



Haupt, Wolfgang; Eckersley, Peter; Irmisch, Janne; Kern, Kristine (2023)

Fridays for Future auf lokaler Ebene. Aktivität und Stärke der Ortsgruppen in deutschen Städten. In: Pollex, Jan & Soßdorf, Anna (Hrsg.). Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung.

Springer, Heidelberg

Designarbeit als Gig: Dissertation zu Platform Work in Indien

In ihrer am IRS erarbeiteten Dissertationsschrift „Global Platform Work“ beleuchtet die Kulturwissenschaftlerin Anna Oechslen den Alltag von Grafikdesigner*innen, die in Indien Designaufträge aus aller Welt bearbeiten. Designer*innen sind heute Teil der „Gig Economy“, die in den letzten Jahren rasant gewachsen ist. Darin werden Arbeitsaufträge über digitale Plattformen vermittelt, von Taxifahrten über Essenslieferungen bis hin zu Kinderbetreuung. Designer*innen können auf Freelance-Plattformen weltweit mit Auftraggebern in Verbindung treten. Mit der Fülle möglicher Aufträge kommt allerdings auch massive Konkurrenz mit anderen Anbietenden. Indien ist aktuell die weltgrößte Exportnation für online vermittelte Dienstleistungen. Die Aufträge kommen vorwiegend aus dem „Globalen Norden“.

Was bedeutet es, sich in diesem Umfeld zu organisieren und zu positionieren? Auf der Grundlage von Interviews, Beobachtungen und Fototagebüchern beschreibt Anna Oechslen die Vielzahl an unbezahlten und oft nach außen unsichtbaren Aufgaben, die den Alltag von Online-Freelancer*innen in Indien ausmachen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Flüchtigkeit und Komplexität von Arbeitsbeziehungen. Während Plattformen die Arbeit auf einzelne Gigs reduzieren, verbringen Designer*innen viel Zeit damit, Angebote zu sichten, sich zu bewerben, Beziehungen zu knüpfen und sich auf neue Kundschaft einzustellen. Um nicht ausschließlich als billige Arbeitskräfte wahrgenommen zu werden, müssen sie aufwendig den künstlerischen Wert ihrer Arbeit signalisieren. Hinzu kommt eine zeitliche Taktung

der Arbeit über verschiedene Zeitzonen hinweg. Ob die Arbeitenden in diesem Modell erfolgreich sein können, hängt auch davon ab, ob sie starke Unterstützungsnetzwerke haben.

Publikation:



Oechslen, Anna (2023):

Platform Work.
Negotiating Relations in
a Translocal Assemblage.

Campus, Frankfurt, New York
OPEN ACCESS

Resilienz: Städte im „Globalen Süden“ denken transformativer

Nachhaltigkeit und Resilienz – etwa gegen Extremwetterereignisse – sind heute weltweit zentrale Themen der Stadtentwicklung. In ihrem Artikel „Resilience and the Sustainable Development Goals“ nehmen Elisa Kochskämper und Wolfgang Haupt von der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ gemeinsam mit Lisa-Maria Glass, Shirin Malekpour und Jarrod Grainger-Brown das 100 Resilient Cities Network in den Blick. Städte, die diesem globalen Netzwerk angehören, verfolgen einen gemeinsamen Ansatz, um ihre drängendsten Resilienz- und Nachhaltigkeitsprobleme zu identifizieren und entsprechende Strategien zu entwickeln. Sie beteiligen dabei die Öffentlichkeit. Die Autor*innen werteten die Strategien von 30 Netzwerk-Städten daraufhin aus, was in ihnen zu Resilienz und Nachhaltigkeit gesagt wird. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Städte im „Globalen Norden“ ihre Resilienzstrategien

tendenziell auf den Erhalt des Status Quo ausrichten. Sie verbessern beispielsweise den Hochwasserschutz, ohne eine grundlegende ökologische oder wirtschaftliche Transformation anzustreben.

Dieser Ansatz steht im Widerspruch zum Gedanken der Nachhaltigkeit. Städte des „Globalen Südens“ verstehen Resilienz tendenziell als Weg der Transformation und bringen sie deshalb besser mit dem Ziel der Nachhaltigkeit überein. Dieser Befund ist umso bedeutender als die internationale wissenschaftliche Debatte zu urbaner Resilienz bisher von Städten des „Globalen Nordens“ dominiert wird.

Gemeinsam haben die Städte, dass sie wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeitsziele priorisieren und insgesamt ihr Engagement für Nachhaltigkeit verbessern. Der Artikel erschien als Open-Access-Publikation im „Journal of

Environmental Management and Planning“ und entstand im IRS-Leitprojekt „Kritische Infrastrukturen, Die politische Konstruktion, Räumlichkeit und Governance von Kritikalität“.

Publikation:

Kochskämper, Elisa; Haupt, Wolfgang; Glass, Lisa-Maria; Malekpour, Shirin & Grainger-Brown, Jarrod (2024).

Resilience and the Sustainable Development Goals: A Scrutiny of Urban Strategies in the 100 Resilient Cities Initiative.

Journal of Environmental Management and Planning.
ONLINE FIRST / OPEN ACCESS



Globale Verflechtungen: Architektur und Planung im Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges spielten Bauprojekte und ikonische Architektur eine wichtige Rolle in der Selbstdarstellung der beiden konkurrierenden Systeme.

So wurden Botschaftsgebäuden und der Teilnahme an internationalen Bauausstellungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs eine Schaufensterfunktion für die Leistungsfähigkeit des Systems beziehungsweise des Landes beigemessen. Zugleich finden sich in der Geschichte des Kalten Krieges aber auch vielfältige Formen der Zusammenarbeit zwischen Ost, Süd und West.

Der von Christoph Bernhardt, Andreas Butter und Monika Motyliska herausgegebene Sammelband „Between Solidarity and Economic Constraints“ untersucht die Schnittmenge zweier Forschungsstränge: Zum einen interessiert sich die architektur- und planungs-

historische Forschung zunehmend für die Interaktionen zwischen Akteuren aus sozialistischen Ländern und aus Ländern des „Globalen Südens“ im Bereich der Architektur und des Bauens.

Zum anderen haben die Cold War Studies zunehmend Kooperations- und Mobilitätsbeziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg in den Blick genommen, speziell bei den Themen wirtschaftliche Entwicklung und Forschung. Der Sammelband führt neue Erkenntnisse zur Architektur- und Stadtgeschichte, mit einem besonderen Fokus auf die wirtschaftlichen Kontexte des Kalten Krieges zusammen, wobei der Schwerpunkt auf Analysen zu den sozialistischen Ländern liegt.

Die zwölf Beiträge des Sammelbandes gehen größtenteils zurück auf die internationale Abschlusskonferenz des Projekts „Architektur-

projekte der DDR im Ausland. Bauten, Akteure und kulturelle Transferprozesse“, das, gefördert von der Gerda Henkel Stiftung, von Oktober 2016 bis September 2018 am IRS bearbeitet wurde.

Publikation:

Bernhardt, Christoph; Butter, Andreas & Motyliska, Monika (eds.) (2023):

Between Solidarity and Economic Constraints. Global Entanglements of Socialist Architecture and Planning in the Cold War Period.

DeGruyter, Berlin.



„Raumforschung und Raumordnung“ in Datenbank Scopus und Organisation COPE aufgenommen

Seit Juni 2023 ist die Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning“ Teil der Datenbank Scopus. Letztere ist eine große Abstract- und Indexdatenbank für wissenschaftliche begutachtete Literatur, die vom Verlag Elsevier angeboten wird. Um aufgenommen zu werden, müssen die Fachzeitschriften hohe wissenschaftliche Standards erfüllen. Die Aufnahme bestätigt damit die hohe Qualität und die Weiterentwicklung der Zeitschrift und stärkt zugleich ihre internationale Sichtbarkeit. Seit Januar 2024 ist „Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning“

zudem Mitglied des Committee on Publication Ethics (COPE). Die Organisation setzt sich für hohe ethische Standards in Publikationsprozessen ein, etwa beim Umgang mit Daten und Fragen der Autorenschaft. Ihre Aktivitäten richten sich darauf, Herausgebende von Fachzeitschriften weiterzubilden und für ethische Fragen zu sensibilisieren. „Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning“ behandelt Fragen der Raumentwicklung und räumlichen Planung im europäischen und internationalen Kontext. Die Zeitschrift erscheint als Open-Access-Publikation im oekom Verlag. Eigentümer sind die Akade-

mie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL), das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) sowie das IRS.



KONTAKT

Dr. Manfred Kühn

Wie Städte in Ostdeutschland sozial gespalten wurden

Ostdeutsche Städte sind heute stärker denn je – und stärker als ihre westdeutschen Pendanten – von sozial-räumlicher Spaltung betroffen. War Wohnen in der DDR noch durch eine enge räumliche Nähe unterschiedlichster sozialer Schichten gekennzeichnet, leben Besserverdienende heute in gut sanierten innerstädtischen Altbauwohnungen oder in Häusern im Umland. Einkommensschwache Haushalte werden zunehmend abgedrängt, etwa in abgelegene Großwohnsiedlungen. IRS-Stadtforscher Matthias Bernt und die Planerin Anne Volkmann gehen in ihrem Buch „Segregation in Ostdeutschland“ der Frage nach, wie es dazu kommen konnte. Am Beispiel der Stadt Halle (Saale) zeigen sie die – oft fatalen – Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte. Drei Prozesse haben die

Spaltung demnach befördert: die Gentrifizierung von Gründerzeitvierteln, der Wandel der Großwohnsiedlungen sowie die Suburbanisierung und Abwanderung in das Umland. Diese Prozesse wurden befördert von einer Kombination aus Neubauförderung auf der „grünen Wiese“, der Restitution („Rückgabe vor Entschädigung“) von Altbauten in der Innenstadt, der Privatisierung kommunaler Wohnungen in den Großwohnsiedlungen und den sozialpolitischen Hartz-Reformen. Das Zusammenwirken dieser Politiken beschreiben Bernt und Volkmann als „Segregationsmaschine“, die fortlaufend Haushalte entsprechend ihres Einkommens sortiert und in unterschiedliche räumliche Lagen weiterleitet. Das Buch basiert auf Forschungen im Rahmen des Projekts „Similar but Different:

Neighbourhood Change in Halle and Łódź (Sim-Diff)“, das von 2018 bis 2023 am IRS durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde.

Publikation:

Bernt, Matthias & Volkmann, Anne (2023):

Segregation in Ostdeutschland. Transformationsprozesse, Wohnungsmärkte und Wohnbiographien in Halle (Saale).

transcript, Bielefeld



Warum sich das vereinigte Deutschland keine neue Verfassung gab

Am 23. Mai 2024 wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Eine eigentlich als Provisorium gedachte Verfassungsordnung ist damit zum langlebigen Betriebssystem der deutschen Demokratie geworden. Dies ist umso bemerkenswerter als die deutsche Wiedervereinigung 1990 eigentlich die Gelegenheit (und laut Artikel 146 GG auch die

Notwendigkeit) brachte, eine neue gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten. Stattdessen trat das Grundgesetz in den „fünf Neuen Bundesländern“ unverändert in Kraft. Warum? Zeigt sich darin das Desinteresse „der“ Westdeutschen – wie neuerdings wieder vermutet wird? Oder ließen die Bedingungen der Zeit schlicht keine

andere Lösung zu? Ein neuer Sammelband des Arbeitskreises für Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur nimmt sich dieser Frage an. Herausgegeben von Kerstin Brückweh, Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“, versammelt der Band „Die Wieder-

belebung eines ‚Nicht-Ereignisses‘? zwölft Beiträge von namhaften Fachleuten aus Rechts- und Geschichtswissenschaft. Sie gehen aus ost- und westdeutscher sowie generationen- und disziplinenübergreifender Perspektive der Frage nach, wieso in einem so zentralen Moment der deutschen Geschichte kein Neuanfang für eine deutsche Verfassung möglich war. Die Beiträge beleuchten vor allem die Verfassungsdebatten, die zwischen 1989 und 1994 geführt wurden. Die Autorinnen und Autoren des Bandes zeigen: Während die einen in diesem historischen

Moment die Chance sahen, schon lange diskutierte Aspekte, wie Umweltschutz, angepasste Familienmodelle oder Kinderrechte in die Verfassung einzubringen, sahen andere keinen Anlass, das schon lange funktionierende Grundgesetz – zumal in Zusammenspiel mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes – zu ändern. Zwischen hohem Engagement für neue Verfassungsentwürfe, utopischen Ideen und Bürgerwünschen wurde die Frage letztlich im routinieren Betrieb von Politik und Verwaltung unter den Tisch fallen gelassen.

Das Buch erschien im April 2024 bei Mohr Siebeck.

Publikation:

Brückweh, Kerstin (Hrsg.) (2024).

Die Wiederbelebung eines
»Nicht-Ereignisses«?

Mohr Siebeck, Tübingen



„Das Kollektiv“ gehört zu den 20 besten Architekturbüchern 2023

Das Buch „Das Kollektiv. Formen und Vorstellungen gemeinschaftlicher Architekturproduktion in der DDR“ wurde von den DAM Architectural Book Awards unter die 20 besten Architekturbücher des Jahres 2023 gewählt. Es erschien 2022 als Ergebnis des Forschungsprojekts „Architektur- und Planungskollektive der DDR“. Herausgegeben wurde der Sammelband von Stefanie Brünenberg, Harald Engler und Dirk Florian Fordtran (alle IRS) in Zusammenarbeit mit Stephanie Herold, Sophie Stackmann und Scarlett Wilks. Im Mittelpunkt des Buches stehen Architekturkollektive in der DDR. Architektonische und städte-

bauliche Planung fand in der DDR in Kollektiven statt; freiberufliche Architekt*innen gab es nur in verschwindend geringer Zahl. Kollektive erfüllten politische Repräsentationsansprüche, waren routinierte Arbeitsgemeinschaften und künstlerische Gruppierungen zugleich. Doch wie kreativ konnten sie wirklich agieren? Die Autor*innen des Bandes prüfen ideologische Vision und Wirklichkeit der kollektiven Arbeitsweise, fokussieren dabei das Spannungsfeld von individueller und gemeinschaftlicher Kreativität, den Umgang mit komplexen Hierarchien und das Ausloten künstlerischer Handlungsspielräume. Der DAM Archi-

tectural Book Award ist ein seit 2009 jährlich vom Deutschen Architekturmuseum verliehener, nicht dotierter Preis für die zehn besten Architekturbücher eines Jahres. Die Shortlist für den Preis umfasst 20 Titel.

Publikation:

Engler, Harald; Herold, Stephanie; Brünenberg, Stefanie; Stackmann, Sophie; Wilks, Scarlett; & Fordtran, Dirk Florian (Hrsg.) (2022):

Das Kollektiv.
Formen und Vorstellungen
gemeinschaftlicher Architektur-
produktion in der DDR.

Urbanophil, Berlin



Wissenstransfer: Wie Forschung zu Transformation beitragen kann

Damit Wissenstransfer wirksam zur Bewältigung gesellschaftlicher und ökologischer Transformationen beiträgt, muss er anders aufgestellt werden. Zu diesem Ergebnis kommen Suntutje Schmidt und Tim Rottlieb in ihrem Policy Paper „Wissenstransfer als kritische Infrastrukturierung“, das im November 2023 erschien. Sie fordern eine Zuwendung zur Zivilgesellschaft als Zielgruppe, die Abkehr von zu starker Technologie-Orientierung und die Öffnung der Hochschulen für Impulse aus der Praxis. Die Autor*innen sehen Wissenstransfer als eine unverzichtbare, also „kritische“ Infrastruktur für eine evidenzbasiert handelnde Gesellschaft. Der Transfer muss dabei fähig sein, sich flexibel an dynamische Anforderungen anzupassen und sich immer wieder neu in gesellschaftliche Transformationen einzubringen. Deshalb wird von „Infrastrukturierung“ gesprochen.

Um diese Neuausrichtung zu erreichen sind nach Auffassung von Schmidt und Rottlieb andere, teilweise auch neue Strukturen von Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen nötig. Unter anderem müsste in wissenschaftlichen Laufbahnen das Engagement für den Wissenstransfer neben wissenschaftlichen Leistungen ebenfalls gewürdigt werden. Hochschulen sollten außerdem Forschung und Lehre für den Transfer öffnen. Öffnung schließt auch ein, dass Menschen, die lange in der Praxis tätig waren und nun über Reformen in ihrem Feld nachdenken, im Wissenschaftssystem willkommen sein sollten – über Promotionsstellen, Lehrtätigkeit oder Fellowships.

Das Policy Paper basiert auf den Erkenntnissen des Projekts „Open Region: Regionale Problem-lagen als Ausgangspunkte von Innovationen“, ein Teilprojekt der Innovativen Hochschule „Innova-

tion Hub13 – fast track to transfer“. Es lief von Januar 2018 bis Dezember 2022 und wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Die im Papier formulierten Thesen wurden vom Team des „Open Region“-Projekts in einem Policy Lab Ende 2022 gemeinsam mit Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft entwickelt. Das Policy Paper wurde in der institutseigenen Reihe IRS Dialog veröffentlicht.

Publikation:

Schmidt, Suntutje & Rottlieb, Tim (2023):

Wissenstransfer als kritische
Infrastrukturierung: Vier Thesen
zur Gestaltung von Wissenstransfer
als Zusammenspiel von Wissenschaft
und gesellschaftlicher
Innovationsfähigkeit.

Policy Paper. IRS Dialog, 3/2023



Sammeln und Entsammeln: 54. Regionalgespräch zu Platzproblemen der Berlin-Brandenburger Archive

In Berlin und Brandenburg gibt es ganz unterschiedliche Archive, Museen sowie öffentliche und private Sammlungen, die architekturgeschichtliche Quellen bewahren. Am 6. September 2023 veranstaltete das IRS das 54. Brandenburger Regionalgespräch zum Thema „Architektur im Archiv. Vom Sammeln – und Entsammeln“.



Anlass für die Beschäftigung mit Aussonderungen in Architekturarchiven gaben die knapper werdenden räumlichen, personellen und finanziellen Ressourcen in den Archiven.

In der Diskussion wurde deutlich, dass bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Einrichtungen grundsätzlich ähnliche Herausforderungen bestehen und es darum gehen muss, die Handlungsfähigkeit der Archive und Sammlungen zu bewahren. Äußerst hilfreich ist immer wieder der ehrliche Austausch zwischen den Einrichtungen selbst, etwa über Kassationskriterien und den Umgang mit Bestandsbildner*innen sowie über Möglichkeiten und Grenzen digitaler Verfahren. Deutlich wurde: Ebenso wichtig ist der Dialog mit denen, deren Bestände übernommen werden, wie auch mit solchen, die sie beforschen. Denn wichtig ist immer wieder die Frage, für welche Ziele und Nutzungsszenarien gesammelt wird.

Neben der unverzichtbaren Vernetzung der Archive selbst (bisweilen auch, um Bestände untereinander abzugeben) erscheint es wichtig, Lobbyarbeit zu betreiben, angefangen mit den eigenen Leitungsebenen und Stakeholdern bis hin zu Politik, Medien und Öffentlichkeit. Bei alledem besteht das Dilemma, dass stets Ressourcen eingesetzt werden müssen, um in der Folge Ressourcen einsparen zu können. Kurzum: Entsammeln ist nicht weniger wichtig und nicht weniger zeitintensiv als Sammeln.

Die Statements der Teilnehmenden sind auf leibniz-irs.de unter dem Punkt Veranstaltungen dokumentiert.

 **KONTAKT**
Gerhard Mahnken
Dr. Kai Drewes

Lectures zu Smart Cities und regionaler Entwicklung

Zwei internationale Gäste des IRS hielten im Oktober 2023 jeweils eine IRS Lecture (vormals IRS International Lecture) in Erkner. Beide Lectures fanden im Herbst statt, weil die Frühjahrs-Lecture wegen Krankheit der Referentin entfallen war.

Am 4. Oktober 2023 sprach Markku Sotarauta, Professor für Regionale Entwicklung an der Universität von Tampere (Finnland) zum Zusammenhang zwischen „Change Agency“ und regionalen Entwicklungspfaden. Am Beispiel mehrerer skandinavischer Regionen zeigte er, wie Forschende den Einfluss von menschlichem Handeln auf regionale Entwicklung besser wissen-schaftlich erfassen und beschreiben können. Bislang liegt der Fokus der Regionalentwicklungsforschung meist auf Strukturen wie bei-

spielsweise regionalen Institutionen. Sotarauta identifizierte dagegen mehrere Arten von „Entrepreneurship“, die wirksames menschliches Handeln charakterisieren.

Prof. Dr. Markku Sotarauta



Am 20. Oktober 2023 sprach Guy Baeten, Professor für Urban Studies an der Universität von Malmö (Schweden) darüber, wie Smart City-Maßnahmen die Privatisierung des städtischen Raums vorantreiben. Dabei bezog er sich auf ein mittlerweile eingestelltes Smart City-Projekt in Toronto, an welchem auch eine Tochtergesellschaft von Google beteiligt war. Baeten zeigte, dass Stadtplaner*innen eine wirksame Handhabe fehlt, um solche Vorhaben im öffentlichen Interesse zu steuern. Standards der – sehr umfangreichen – Datensammlung und -verarbeitung werden eher von den beteiligten Technologieunternehmen gesetzt und orientieren sich an deren Profitinteresse.

 **KONTAKT**
Stefan Lindemann

Neue Möglichkeiten für regionalen Wissenstransfer



Von links nach rechts: Prof. Dr. Alexandra Retkowski, Prof. Dr. Suntutje Schmidt, Dr. Felix Müller, Ingo Kollösche und Prof. Dr. Hans-Hennig von Grünberg.

Wissenschaftliche Einrichtungen sind Akteure der regionalen Entwicklung. Ihre Potenziale, wirtschaftliche und soziale Innovationen zu unterstützen, kommen immer stärker in den öffentlichen Blick. Auf dem 55. Brandenburger Regionalgespräch des IRS diskutierten am 8. November 2023 in Erkner Fachleute aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik über neue Perspektiven für den Wissenstransfer. Dabei wurde klar, wie stark Transfer inzwischen als integraler Bestandteil in der Forschungsplanung und Praxis gesehen wird. Hohe Aufmerksamkeit erfuhr die Rolle des Wissenschaftlers

bzw. der Wissenschaftlerin. Diese Frage stand im Raum: Wie gut passt sie zu heutigen Anforderungen? Während die Forderung nach mehr Transfer häufig als eine Überforderung der Wissenschaftler*innen gedeutet wird, kam hier zur Sprache, dass die gesellschaftliche Relevanz in Wahrheit ein zentraler Motivator für Forschende ist - und dass die Anreizstrukturen des Wissenschaftssystem („Publish or perish!“) starkes Engagement im Transfer viel stärker behindern als die angebliche Nicht-Passfähigkeit zum Wissenschaftsberuf. Institutionelle Hürden für effektiven Wissenstransfer konnten denn auch zur

Genüge aufgezählt werden: Publikationsdruck, Nichtbeachtung von Transfer bei Berufungen auf Professuren, begrenzte Projektlaufzeiten, die mühsam aufgebaute Beziehungen wieder abbrechen lassen, schlechte Beteiligungsmöglichkeiten für außerwissenschaftliche Organisationen in geförderten Projektverbünden und viele mehr. Die Statements der Teilnehmenden sind auf leibniz-irs.de unter dem Punkt Veranstaltungen dokumentiert.

 **KONTAKT**
Gerhard Mahnken
Prof. Dr. Suntutje Schmidt

Zwangsräume: Online-Ausstellung zu antisemitischer Wohnungspolitik während des Zweiten Weltkriegs

Seit Anfang 2023 haben Mitarbeiter*innen des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS gemeinsam mit dem Verein „Aktives Museum - Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“ sowie der Stiftung Stolpersteine Berlin eine Ausstellung vorbereitet. Die im Oktober 2023 feierlich eröffnete Online-Ausstellung „Zwangsräume“ betrachtet die antisemitische Wohnungspolitik in Berlin zwischen 1939 und 1945.

Darin werden die Wohnungen und Häuser untersucht, in die jüdische Personen vor ihrer Deportation umziehen mussten. Mehr als die Hälfte

der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner Berlins wurden vor ihrer Deportation aus ihren eigenen Häusern in andere, bereits von jüdischen Familien bewohnte Wohnungen zwangsumgesiedelt. Diese Wohnungen werden in der Ausstellung als „Zwangswohnungen“ bezeichnet.

Einige der Häuser wurden im Krieg zerstört und sind heute nicht mehr im Stadtraum sichtbar. Stefanie Brünenberg und Timo Vössing rekonstruierten sie dreidimensional anhand von historischem Planmaterial und mit Hilfe von CAD- und Rendering-Software, die 2022 angeschafft worden war. Christoph Bernhardt und Rita Guder mann begleiteten das Projekt inhaltlich und administrativ. Von Seiten des IRS wurden drei Häuser rekonstruiert: die Klopstockstraße 30 (heute Bartningallee 7), die Ansbacher Straße

34 und eine ehemalige Villa, die Ende des 19. Jahrhunderts im „Blumeshof“ in ein Mietshaus umgebaut wurde. Die Arbeitsgruppe rund um die Ausstellung stellte Bauakten und weiteres Material aus dem Landesarchiv Berlin zur Verfügung, damit die Baumassen, die Fassaden und die Lage der „Zwangswohnungen“ innerhalb der Gebäude rekonstruiert werden konnten. Auch die Geschichten der Bewohner*innen der Zwangsräume werden in der Online-Ausstellung dargelegt.

Die Ausstellung „Zwangsräume“ ist seit dem 16. Oktober 2023 unter zwangsraeume.berlin/de abrufbar.

 **KONTAKT**
Dr. Stefanie Brünenberg

Repository für wissenschaftliche Politikberatung vorgestellt

Das Verbundprojekt „Repository for Policy Documents“, kurz REPOD, entwickelt ein Online-Repository für Dokumente der wissenschaftlichen Politikberatung. Politische Entscheidungsträger*innen sollen damit schnell und einfach wissenschaftlich fundierte Informationen und Handlungsempfehlungen finden. Forschende veröffentlichen solche Inhalte regelmäßig in Form von Factsheets und Positionspapieren. Diese werden aber bislang nicht zentral gesammelt und sind daher schwer zu finden. Das neue Repository soll Politikberatungsdokumente aller deutschen Forschungseinrichtungen sammeln und online zugänglich machen.

Am 24. Februar 2024 präsentierte das Projektteam unter Leitung des Informatikers Klaus Tochtermann, Direktor des Leibniz-Informationszentrums Wirtschaft (ZBW), vor Fachleuten aus Forschungsinstituten, Ministerien und dem Deutschen Bundestag Ergebnisse. Das Design der neuen Plattform ermöglicht es den Nutzenden, nach inhaltlichen Schlagworten und nach bestimmten Typen von Dokumenten zu suchen,



beispielsweise nach Positionspapieren, Factsheets und Metastudien. Die wissenschaftliche Qualität will das Projektkonsortium durch strenge Regeln für den Upload neuer Dokumente sicherstellen. Das ZBW wird das Repository langfristig betreiben.

Das Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in Berlin, das Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI) in Hamburg und das IRS erforschten im REPOD-Projekt gemeinsam, wie Dokumente

der Politikberatung in wissenschaftlichen Einrichtungen verfasst werden, wie politische Entscheidungsträger*innen sie nutzen, und welche Qualitätskriterien für einen optimalen Nutzen der Plattform nötig sind. Sie zeigten, dass Verantwortliche in der Politik passfähige Beratung unter hohem Zeitdruck benötigen. Dazu kann das Repository durch hohe Transparenz, garantierte wissenschaftliche Qualität, eine gezielte Suchfunktion, aussagekräftige Inhaltsvorschauen, intuitive Bedienbarkeit sowie die Bereitstellung von Kontextinformationen und Kontaktmöglichkeiten zu Forschenden beitragen.

Das Online-Repository soll noch in der ersten Jahreshälfte 2024 live gehen. Das Verbundprojekt „Repository for Policy Documents“ lief von Januar 2023 bis März 2024. Es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.



Abschiedskolloquium für Christoph Bernhardt

Am 2. Februar 2024 feierte das Team des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“ seinen ehemaligen Leiter Christoph Bernhardt mit einem Abschiedskolloquium. Christoph Bernhardt arbeitet seit 1998 am IRS, von 2012 bis 2023 leitend verantwortlich für die zeitgeschichtliche Forschung des Instituts sowie von

2019 bis 2023 als stellvertretender Direktor. Zum Kolloquium kamen auch zahlreiche Weggefährten des Geehrten im voll besetzten Konferenzraum des IRS zusammen.

Wer heute dem IRS nahesteht, ist besonders mit Christoph Bernhardts Arbeiten zur europäischen Bau- und Planungsgeschichte vertraut, insbesondere zur DDR und Westdeutschland. In den letzten Jahren trieb Bernhardt auch die Digitalisierung der Wissenschaftlichen Sammlungen voran. Sein Stellvertreter Harald Engler dankte Bernhardt in seinem Einführungsvortrag im Namen der Mitarbeiter*innen für seine Leistungen als kollegialer und vorausdenkender Schwerpunktleiter. Der Planungs- und Architektursoziologe Harald Bodenschatz blieb in seinem Vortrag bei der Planungsgeschichte, richtete den Blick aber weiter zurück in die Vergangenheit: auf Christoph Bernhardts Dissertation an der Technischen Universität Berlin, abgeschlossen 1995, zur Gründung Groß-Berlins. Bernhardts Analyse von Akteuren und Institutionen im Planungspro-

zess sei „ideal avantgardistisch“ gewesen. Als methodisch innovativ charakterisierte die Historikerin Christiane Reinecke die „Verankerung des Raums in einer translokalen Gesellschaftsgeschichte“, die sich auch in Christoph Bernhardts Beiträgen zur Umweltgeschichte zeigt. 2007 hatte er beim Darmstädter Umwelthistoriker Dieter Schott zur transnationalen Geschichte des Rheins habilitiert und dabei Landschafts- und Gesellschaftsgeschichte miteinander verwoben. Betont wurden auch Christoph Bernhardts Verdienste um den Ausbau von Kooperationsbeziehungen. „Begegnungen mit ihm mündeten zumeist in konkrete Forschungsk Kooperationen“, sagte die Historikerin Susanne Rau, die auch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IRS ist. IRS-Direktor Oliver Ibert hob Bernhardts wichtige Rolle als geschäftsführender Direktor und Mitglied des Corona-Krisenstabes des IRS hervor.

Christoph Bernhardt ist noch drei weitere Jahre als Senior Fellow am IRS tätig.



Leitungspositionen



Prof. Dr. Kerstin Brückweh übernahm in gemeinsamer Berufung mit der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Anfang Oktober 2023 die Leitung des IRS-Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“. Zugleich hat sie den Lehrstuhl für Historische Stadt- und Raumforschung an der Viadrina inne. Zuvor war sie seit 2021 Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Berliner Hochschule für Technik und Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt.



Prof. Dr. Sunitje Schmidt wurde Ende August 2023 von der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin zur W2-Professorin für Angewandte Wirtschaftsgeographie ernannt. Die Berufung erfolgte gemeinsam mit dem IRS, wo Schmidt seit 2022 gemeinsam mit IRS-Direktor Oliver Ibert den Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ leitet. Sunitje Schmidt war bisher in verschiedenen Funktionen am IRS tätig: Zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin, Projektkoordinatorin und seit 2012 als stellvertretende Abteilungsleiterin.



Seit November 2023 leitet **Jessica Heckel** kommissarisch die Administration des IRS. Zuvor verantwortete sie als Leiterin der Gruppe Finanzen am IRS seit 2021 die jährliche Planung der Finanzen des Instituts, die Erstellung des Jahresabschlusses und der Verwendungsnachweise sowie das Finanzcontrolling. Jessica Heckel ist studierte Diplom-Betriebswirtin (FH) und verfügt über umfangreiche Berufserfahrung im Bereich Finanzen und Controlling.



Dr. Wolfgang Haupt leitet seit Dezember 2023 die Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“. Er ist seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes „Politik und Planung“. Zu Wolfgang Haupts Forschungsgebieten zählen die städtische Klimapolitik (Klimaschutz und Klimaanpassung), urbane Resilienz, die Bedeutung von materiellem und immateriellem Kultur- und Welterbe für die Stadtentwicklung, sowie Fragen des Transfers von Innovationen zwischen Städten.

Promotionen und Auszeichnungen



Dr. Alica Repenning verteidigte im August 2023 erfolgreich ihre kumulative Dissertation mit dem Titel „Digital Timespace Friction: The Tempo-Spatial Conflicts of Platform Mediation“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Suntje Schmidt hat die Arbeit betreut und begutachtet. Weitere Gutachterinnen waren Martina Fuchs (Universität Köln) und Verena Brinks (Universität Mainz). Den Vorsitz der Promotionskommission übernahm Elmar Kulke (HU Berlin). Anfang Oktober 2023 verließ Repenning das IRS, um eine Postdoktorandenstelle an der Universität Greifswald anzutreten.



Dr. Marc Schulze verteidigte im Oktober 2023 an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich seine Dissertation zum Thema „Universities' Foreign Investment on Stony Ground? Offshore Campus Development in Malaysia and Singapore Between Sector Opening and Closure“. Seine Dissertation ist eine von insgesamt drei Promotionen im Rahmen der Leibniz Nachwuchsguppe TRANSEU. Die Arbeit wurde Anfang Dezember 2023 in Heidelberg mit dem Peter-Meusbürger-Promotionspreis ausgezeichnet. Die Auszeichnung würdigt Arbeiten, die sich mit Wissen und Wissensproduktion in der räumlichen Dimension auseinandersetzen. Schulz wurde für seinen Beitrag zu einem besseren Verständnis der weltweiten Entwicklung von Universitätsauslandszweigstellen ausgezeichnet.



Dr. Julia Wigger, bis April 2023 am IRS wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Stadtewende“ des Forschungsschwerpunktes „Zeitgeschichte und Archiv“, hat Ende November 2023 erfolgreich ihre Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin verteidigt und mit der Gesamtnote „magna cum laude“ abgeschlossen. Der Titel ihrer Arbeit lautet „Gemeinsam gegen Verfall und Abriss – Engagement und Protest für die Erhaltung der historischen Bausubstanz in der DDR und Ostdeutschland“, die Betreuer*innen waren Christoph Bernhardt (IRS) und Heike Wieters (HU Berlin).



Anfang November 2023 waren **Josephine Geppert** als Auszubildende sowie Simone Vogler als Ausbilderin zur Ehrung der besten Prüfungsteilnehmer*innen 2023 von der IHK Ostbrandenburg ins Kleist Forum nach Frankfurt (Oder) eingeladen. Josephine Geppert hat ihre duale Berufsausbildung exzellent abgeschlossen und wurde für ihre Leistung von der IHK geehrt.

Mitgliedschaften



Dr. Christoph Sommer ist 2023 Mitglied im ARL-Arbeitskreis „Beiträge von Planung und Politik für eine ‚gute‘ Zukunft“ geworden. Der vom Forum Nachwuchs der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft initiierte Arbeitskreis widmet sich der Frage nach den Vorstellungen einer „guten“ Zukunft bzw. einer „guten“ Planung von Zukunft. Sowohl konzeptionell als auch anwendungsorientiert geht es zum Beispiel um die Frage, welche gesellschaftlichen und planerischen Wertvorstellungen einer „guten“ Zukunft sich bei Personen ausmachen lassen, die in Planungsprozesse involviert sind.



Dr. Małgorzata Popiolek-Roßkamp wurde in den wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift der Technischen Universität Warschau „Studia do dziejów architektury i urbanistyki w Polsce“ (Studien der Architektur- und Städtebaugeschichte in Polen) berufen.



Dr. Elisa Kochskämper ist seit Januar 2024 Mitvorsitzende der Urban Working Group des Earth System Governance Project (ESG). Der interdisziplinären Arbeitsgruppe gehören Nachwuchsforschende und erfahrene Wissenschaftler*innen aus der ESG-Community an, die sich allgemein mit der Beziehung zwischen Stadt- und Umweltfragen befassen. Sie veranstaltet unter anderem Dialogformate und jährliche Taskforce-Meetings.

Am IRS

Zahlreiche neue Kräfte ergänzen das Team der IRS-Administration. Seit Mitte September 2023 verstärkt **Melanie Schindler** das Personalteam und ist zugleich für die Reisekostensachbearbeitung verantwortlich. Im Oktober 2023 übernahm **Patricia Domagk** die Sachbearbeitung für Drittmittel und Finanzen. Ebenfalls im Oktober 2023 übernahm **Justus Jahn** die Sachbearbeitung für Vergabe und Vertragsmanagement. **Max Kautza** begann im Oktober seine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement mit dem Schwerpunkt Finanzen und Personal. Linda Pahl wurde als seine Ausbilderin bestellt.

Zugleich verließen mehrere langjährige Mitarbeiter*innen der Administration das IRS. So ging nach über 30 Jahren Institutszugehörigkeit **Angelika Sachse**, am IRS zuständig für Reisekosten, in den Ruhestand. Das IRS dankt Frau Sachse und allen anderen ehemaligen Beschäftigten für ihren langjährigen persönlichen Einsatz für das Institut.



Juliane Buba unterstützt seit Januar 2024 als Vorstandsreferentin den Vorstand des IRS in operativen und strategischen Fragestellungen. Des Weiteren ist sie zuständig für die Organisation und Begleitung der Gremien des Instituts. Zuvor war sie über zehn Jahre als Referentin des Präsidenten der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde tätig. In dieser Funktion beriet sie die Leitung der Hochschule bei der strategischen Entwicklung, erstellte Konzepte und Projektanträge, hatte Personalverantwortung inne und organisierte Veranstaltungen.



Seit November 2023 ist **Dr. Vivien Sommer** Nachwuchsgruppenleiterin der Emmy Noether-Gruppe „Das sozial-räumliche Gedächtnis der europäischen Grenzen: Dispositive des Erinnerns und Vergessens“ im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ am IRS. Sie ist zudem assoziiertes Mitglied des Sonderforschungsbereiches 1265 „Re-Figuration von Räumen“ an der Technischen Universität Berlin. Vivien Sommer studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie, Philosophie, Publizistik und Kommunikationswissenschaft. 2016 promovierte sie an der Technischen Universität Chemnitz mit einer mediensoziologischen Studie zum Thema „Erinnerungspraktiken in Online-Diskursen“.



Dr. Lisa Vollmer verstärkt seit dem 1. Februar 2024 am IRS den Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“. Sie promovierte an der Technischen Universität Berlin zu Wohnungspolitik und Mieterbewegungen in Berlin und New York und arbeitete von 2017 bis 2023 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Dort vertrat sie von Dezember 2021 bis Oktober 2022 die Professur für Stadtplanung. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Wohnungsforschung, der sozialen Bewegungsforschung sowie der kritischen Stadtforschung. Sie arbeitet am IRS als Postdoktorandin in der Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitik“.

Gäste

Von Anfang Oktober bis Ende November 2023 war die Architekturstudienhistorikerin **Dr. Ksenia Litvinenko** als Fellow im Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“ am IRS tätig. Seitdem ist sie mit der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ assoziiert. Unter der Mentorschaft von Monika Motylińska entwickelt sie ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Accommodating Extractivism. Mobile Architecture and Rotational Urbanism in Western Siberia, 1980-1992“, das mobile und temporäre Architekturen für den fossilen Rohstoffabbau in der Sowjetunion untersucht.

Dr. Danielle Kerrigan ist von Januar bis Dezember 2024 Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitik“. Sie ist Postdoktorandin an der Simon Fraser University in Kanada und arbeitet zu Strukturen und Strategien der politischen Einflussnahme von Immobilienverbänden. In Berlin interessiert sie sich für die Entwicklungen rund um den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“.

Lea Marie Nienhoff war vom 16. Oktober bis zum 23. Dezember 2023 zu Gast im Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Sie befasste sich mit der Stadtentwicklung von Schwedt/Oder in sozialistischer Zeit (DDR) und fokussierte dabei auf kulturpolitisch-ästhetische Aspekte. Frau Nienhoff präsentierte ihre Dissertationsthema im Rahmen eines Vortrags zum Thema „Pipeline Aesthetics. Negotiating Urban Futurity in Designing Schwedt/Oder (1959-1975)“. Betreut wurde sie während ihres Aufenthalts am IRS von Harald Engler.

Dr. Chengzhi Yin ist stellvertretender Dekan und Associate Professor an der School of Public Policy and Management der Tsinghua University (Tsinghua SPPM) in China. Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich auf Stadt- und Regionalplanung, städtische und ländliche Entwicklung und Governance sowie Urbanisierung in Entwicklungsländern. Er war vom 22. Januar bis zum 4. Februar 2024 zu Gast im Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ des IRS.

Vom 19. Februar bis zum 31. März 2024 war **Dr. Philip Verfürth** im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ zu Gast. Verfürth ist Mitarbeiter in der AG Humangeographie mit wirtschaftsgeographischem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück. In seiner Forschung beschäftigt er sich aktuell mit dem Einfluss von digitalen Plattformen auf die Ausgestaltung globaler Produktionsnetzwerke in der Logistik-Branche.

Von Oktober 2023 bis Februar 2024 war die Journalistin **Anne-Sophie Lang** als Journalist in Residence-Fellow am IRS tätig. Sie recherchierte in diesem Zeitraum zum Zusammenhang zwischen Klimaschutz und der Erhaltung von Gebäudebeständen. Thema war dabei auch die sich wandelnde Rolle des Denkmalschutzes. Ende Januar hielt Anne-Sophie Lang einen Workshop zu „Verständlich schreiben für die Öffentlichkeit“ für Forschende des Netzwerks „Leibniz R“, über welches das Stipendium finanziert wurde.



Titelbeiträge



Prof. Dr. Kerstin Brückweh leitet den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS und hat die Professur für Historische Stadt- und Raumforschung an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) inne. Ihre Forschungsinteressen umfassen derzeit vor allem die Geschichte des Wohneigentums und der Transformation von 1989/90 sowie die Wissensgeschichte (u.a. der Sozialwissenschaften).



Prof. Dr. Gabriela B. Christmann leitet am IRS die Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“ und ist zugleich außerplanmäßige Professorin für Raum-, Wissens- und Kommunikationssoziologie an der Technischen Universität Berlin. Sie forscht unter anderem zu ländlichen Digitalisierungsprozessen und der Rolle von Schlüsselfiguren in der Raumentwicklung.



Dr. Kai Drewes leitet die Wissenschaftlichen Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR des IRS. Er war bis März 2024 Sprecher des Arbeitskreises Archive der Leibniz-Gemeinschaft und ist seit 2019 auch stellvertretender Sprecher der Föderation deutschsprachiger Architektursammlungen.



María Ignacia Jeldes Olivares ist Doktorandin der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ im Projekt „Conquering (with) Concrete“. In ihrem Promotionsvorhaben untersucht sie die Rolle deutscher Bauunternehmen in Infrastrukturprojekten in São Paulo und Buenos Aires.

Nachrichtenbeiträge



Prof. Dr. Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

Dr. Matthias Bernt
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Kerstin Brückweh
kerstin.brueckweh@leibniz-irs.de

Dr. Stefanie Brünenberg
stefanie.bruenenberg@leibniz-irs.de

Dr. Kai Drewes
kai.drewes@leibniz-irs.de

Dr. Rita Gudermann
archiv@leibniz-irs.de

Dr. Wolfgang Haupt
wolfgang.haupt@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Oliver Ibert
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Kristine Kern
kristine.kern@leibniz-irs.de

Dr. Elisa Kochskämper
elisa.kochskaemper@leibniz-irs.de

Dr. Andreas Kuebart
andreas.kuebart@leibniz-irs.de

Dr. Manfred Kühn
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Stefan Lindemann
stefan.lindemann@leibniz-irs.de

Gerhard Mahnken
gerhard.mahnken@leibniz-irs.de

Dr. Felix Müller
felix.mueller@leibniz-irs.de

Dr. Anna Oechslen
anna.oechslen@leibniz-irs.de

Paul Perschke
archiv@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Suntje Schmidt
suntje.schmidt@leibniz-irs.de

Dr. Vivien Sommer
vivien.sommer@leibniz-irs.de

Simone Vogler
simone.vogler@leibniz-irs.de



Dr. Ksenia Litvinenko ist Architekturhistorikerin und assoziierte Wissenschaftlerin der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Geschichte der Architektur und des Architektenberufs in der sozialistischen Welt während des Kalten Krieges.



Dr. Monika Motylińska leitet am IRS die Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ und das Projekt „Conquering (with) Concrete“. Als Architektur- und Stadthistorikerin interessiert sie sich für die Zyklen der Architekturproduktion des 19. und 20. Jahrhunderts im „Globalen Süden“.



Juliane Richter ist Mitglied des Graduiertenkollegs „Identität und Erbe“ an der Bauhaus-Universität Weimar und assoziierte Doktorandin der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“. Sie forscht über die transnationale Architektur- und Wissenszirkulation zwischen der DDR und Kuba.



Paul Lennart Sprute ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Geschichte der gebauten Umwelt“ im Projekt „Constructing Transport Architecture in West Africa“. Zuvor hat er im Projekt „Conquering (with) Concrete“ seine Dissertation zu postkolonialen Hafenbauprojekten deutscher Unternehmen in Westafrika erarbeitet.

Impressum

IRS AKTUELL No 101
April 2024
ISSN 0944 7377

Bei Abdruck wird ein Belegexemplar erbeten.

Die Beiträge des Titelteils entstanden in Zusammenarbeit der angegebenen Autor*innen mit dem Redaktionsteam

Herausgeber:

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Flaktenstraße 29-31
D-15537 Erkner
Tel. 03362 793 0
www.leibniz-irs.de

Druck:

SIGMA DRUCK, Steinfurt

Leitung:

Prof. Dr. Oliver Ibert

Redaktion/Korrektorat:

Dr. Felix Müller (v.i.S.d.P.),
Stefan Lindemann,
Gerhard Mahnken,
Veronika Stumpf,
Katrin Vogel

Abonnements:

kontakt@leibniz-irs.de

Layout/Bildredaktion:

Andreas Paßens

Bildnachweise:

M. Motylińska: Titelfoto, **Anastasia Betsa:** Seite 12, **Philipp Holzmann-Archiv/Institut** für Stadtgeschichte Frankfurt am Main: Seite 15, **Geopè:** Seite 16,17, **Johan Lagae:** Seite 17(3. v.li, 5. v. li), 18 - 20, **mtcurado, iStock:** Seite 28, **SMUS India:** Seite 32 **Juliane Richter:** Seite 42-45 außer:, **Archivo Histórico Municipal de Nuevitas:** Seite 42 oben, Seite 44 unten rechts, **Juan García Cruz:** Seite 44 unten links **Billhardt, T., Jacobs, P.** Seite 46-48 (farbige Abb.), **Central State Archive of Scientific and Technical Documentation in St. Petersburg:** Seite 46-47 (s/w Abb.). **Museum Resource Centre Noyabrsk** Seite 48 re., **Henning Schacht:** Seite 49, **Ernst E. Schwahn:** Seite 50, **jo.sau,** Grenze Litauen Weißrussland 2008, Wikimedia Commons CC BY 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>: Seite 53, **Caro Wimmer:** Seite 56, **David Ausserhofer:** Seite 64, **Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS):** alle anderen Fotos

**Das Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung (IRS)**
untersucht die Zusammenhänge zwischen
gesellschaftlichen Veränderungen und
der Transformation von Räumen.

Mit seiner interdisziplinären Forschung
trägt das Institut zum Verständnis aktueller
Probleme der Raumentwicklung und
ihrer historischen Hintergründe bei.

Es gibt Impulse für die
nachhaltige Entwicklung
von Städten, Dörfern
und Regionen.

Im Mittelpunkt stehen dabei Individuen,
Gruppen und Institutionen, die Prozesse des
Wandels aktiv mitgestalten.

Das IRS arbeitet lösungsorientiert mit
Akteuren aus Politik, Verwaltung, Kultur,
Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Am IRS arbeiten etwa 50 Forschende
der Wirtschafts- und Sozialgeographie,
Politikwissenschaft, Soziologie, Planungswissenschaft,
Architekturwissenschaft, Geschichtswissenschaft,
der Kulturwissenschaften und des Archivwesens als
interdisziplinäres Team zusammen.



FOLLOW US @IRSErkner



IRS

Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung

Wenn Ihnen das Magazin IRS aktuell gefällt und Sie es ab jetzt regelmäßig lesen wollen, können Sie es unter kontakt@leibniz-irs.de als Printausgabe oder Onlineausgabe abonnieren. Sie bekommen IRS aktuell dann zwei Mal im Jahr kostenfrei zugesandt. Ihr Abonnement können Sie jederzeit kündigen.